

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 24 · 13. Juni 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Die gute Rechte

Mit gleichermaßen klugem wie charmantem Auftreten wurde die Italienerin Giorgia Meloni zu einer Leitfigur der europäischen Konservativen. Nun erschien auf Deutsch ihre Autobiographie **Seite 3**



Bundeswehr Die Debatte über die Rückkehr zur Wehrpflicht hält an **Seite 4**



Denkmal Die Wiederherstellung der Ordensburg in Tapiau **Seite 13**

BILDER: PICTURE ALLIANCE/ZUMAPRESS.COM/ROBERTO MONALDO; IMAGO/PANAMA PICTURES; CK

VON KLAUS KELLE

MIGRATION

Rechtsstreit in Deutschland, Krawalle in Kalifornien

Die Ereignisse der letzten Tage offenbaren, wie komplex die Korrektur der unkontrollierten Zuwanderungspolitik der letzten Jahre ist

Beginnen wir mir den beiden guten Nachrichten. Die neue Bundesregierung hat mit Amtsantritt ein zentrales Wahlversprechen gehalten und Kontrollen an den deutschen Außengrenzen aufgenommen. Seitdem wird abgewiesen, auch wenn illegale Migranten beim Versuch des Grenzübertritts laut „Asyl“ rufen.

Erwartungsgemäß gab es schnell einen grünen Richter, der die Verfügung des neuen Innenministers Dobrindt (CSU) kassierte und die Zurückweisung von drei somalischen Asylbewerbern auf deutschem Staatsgebiet für rechtswidrig erklärte. Und während sich die links-woke Asyl-Befürworter noch freudetrunken in den Armen lagen, kam gleich die nächste gute Nachricht: Der Innenminister erklärte, trotz dieses Urteils an den Zurückweisungen festhalten zu wollen.

Rechtswissenschaftler werden die Stirn runzeln, denn Recht ist ja eigentlich Recht. Und Urteile gelten auch – und vielleicht sogar besonders – für diejenigen, die Macht haben und sie ausüben. Andererseits lehrt die Erfahrung, dass Recht und Gesetz auch biegsam sind und sich für jeden Fall ein Jurist finden lässt, der die Meinung der eigenen Seite überzeugend und garniert mit Paragrafen und Präzedenzfällen zu belegen versteht.

So wird das vermutlich auch im Fall der drei Somalier sein. Während diese vom Berliner Verwaltungsgericht mit dem inzwischen berühmten grünen Vorsitzenden der 6. Kammer, Florian von Alemann, Recht bekamen (siehe Seite 5), erklärte Minister Dobrindt, sein Ministerium werde gegen das Urteil in einem Hauptsacheverfahren angehen, und er denke, darin „deutlich“ recht zu bekommen.

Jenseits der juristischen Auseinandersetzungen lässt sich auf politischer Ebene durchaus erkennen, dass die „Migrationswende“, die Kanzler Friedrich Merz vor der Bundestagswahl angekündigt

hatte, inzwischen Konturen annimmt. Nicht so konsequent natürlich, wie es die Vereinigten Staaten mit ihrem neuen alten Präsidenten Donald Trump durchziehen, aber immerhin.

Auf der anderen Seite des Atlantiks kann die Weltöffentlichkeit gerade live an den Fernsehbildschirmen beobachten, wohin der Wille zu Massenabschiebungen führen und wie schwierig die Balance zwischen der Notwendigkeit zum Handeln und der Treue zu Recht und Gesetz in einem demokratischen Gemeinwesen sein kann. Trump geriert sich gern als harter Hund, nicht nur beim Thema Migration, aber da ganz besonders. Man denke an den Fall der 271 salvadorianischen und venezolanischen Migranten, die die neue Administration in Washington im März 2025 nach El Salvador in das dortige Hochsicherheitsgefängnis CECOT (Centro de Confinamiento del Terrorismo – Zentrum zur Eindämmung des Terrorismus) abschieben ließ.

Fragen des Rechts und der Verhältnismäßigkeit

Zur Begründung dieser Nacht- und Nebel-Maßnahme behauptete die US-Regierung, bei den Abgeschobenen handele es sich um hochkriminelle Gangmitglieder. Wer kann schon etwas dagegen haben, Mörder, Messerstecher und Drogenhändler aus dem Land zu werfen? Dennoch urteilten auch bei jener Trump-Abschiebeaktion

Richter gegen die Maßnahme der neuen Regierung, ohne dass diese darauf mit einem Kurswechsel reagierte.

Nun erreichen uns seit Tagen erschreckende Bilder aus Los Angeles, der zweitgrößten Stadt der USA, über vandalistische Gewalttaten und Angriffe auf Polizisten. Trump verfügte unverzüglich den Einsatz der Nationalgarde und schickte 2000 Soldaten in die Vier-Millionen-Metropole, in deren Umfeld aber 18 Millionen Menschen leben. Darunter viele Migranten, sicher auch zahlreiche illegale. Und vor allem viele Anhänger der Demokraten, die genau diese unregulierte Einwanderungspolitik wollen und zuvor in vielen Wahlen gewählt haben.

Trumps – überwiegend linksliberale – Kritiker werfen dem Präsidenten vor, mit dem Einsatz der Nationalgarde und dem Drohen mit der Verhängung des Kriegsrechtes nicht nur unverhältnismäßig zu agieren, sondern auch seine Kompetenzen zu überschreiten. Dazu muss man wissen, dass die Nationalgarde in den USA grundsätzlich dem jeweiligen Bundesstaat untersteht, also der Befehlsgewalt des Gouverneurs. Der Präsident darf diese Befehlsgewalt nur an sich ziehen, wenn ein Krieg oder ein „nationaler Notstand“ ausgebrochen sind.

Aber sind die Krawalle wirklich ein solcher Notstand, wenn die Mehrheit der protestierenden Bürger friedlich gegen die Politik der Bundesregierung in Wa-

shington DC demonstriert? Ist das nichts anderes als das Wahrnehmen elementarer demokratischer Rechte, die den unbedingten Kern eines jeden freiheitlichen Gemeinwesens bilden? Seit 1965 hat kein US-Präsident mehr gewagt, sich darüber hinwegzusetzen. Dass Trump dies jetzt getan hat, sollte auch jene beunruhigen, die ihm in der Sache selbst zustimmen.

Im Hinblick auf Deutschland lehren die Vorgänge in Kalifornien aber auch, wie schwierig es ist, mit rechtsstaatlichen Mitteln die Irrwege einer verfehlten Migrationspolitik zu korrigieren. Auch hierzulande hat sich in großen Teilen der Bevölkerung die Erkenntnis durchgesetzt, dass die „Willkommenskultur“ der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel keine gute Idee war. 75 Prozent der Befragten in einer aktuellen INSA-Umfrage begrüßen das Vorgehen des neuen Innenministers an unseren Außengrenzen.

Angesichts von hunderttausenden rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern, die lediglich geduldet sind, bleibt die Aufgabe, einen Weg zur Begrenzung der Zuwanderung zu finden, der einerseits rechtsstaatlich einwandfrei ist – und andererseits politisch den Pro-Zuwanderungs-Netzwerken keine Angriffsfläche bietet. Ansonsten drohen uns angesichts eines hierzulande beachtlichen linksextremen Gewaltpotentials auch in Deutschland Verhältnisse, die die Unruhen von Los Angeles weit übertreffen können.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Immer mehr Investoren entdecken wieder den deutschen Anlagemarkt **Seite 7**

Kultur
Johann Strauss – schwungvolle Festakte zum 200. Geburtstag **Seite 9**

Die Pommersche Zeitung
Die als „Traumschiff“ bekannte MS „Hamburg“ zu Besuch in Swinemünde **Seite 19**

Heimat
Wolfskinder – Geschichte des Überlebens. Eine packende Ausstellung **Seite 23**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Isegrim ist wieder da – Doch die Risse von Nutztieren nehmen Überhand – Die EU hat sinnvoll reagiert – Jäger zweifeln aber am politischen Willen der Bundesregierung, den Wolf ins Jagdmanagement aufzunehmen

Schutzstatus des Wolfes verringert

Brüssel hat in Sachen Wolfschutz geliefert – nun ist Berlin am Zug, endlich passend zu reagieren

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Das Europäische Parlament hat in einer Eilentscheidung zur Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie entschieden, den Schutzstatus des Wolfs von „streng geschützt“ auf „geschützt“ zu senken. Die Ausbreitung des grauen Räubers und die zunehmende Risse von Nutztieren sind dieser Entscheidung vorausgegangen. „Mit der deutlichen Kursänderung beim Wolf ermöglicht Brüssel ein pragmatischeres Vorgehen zum Schutz von Haus- und Weidetieren sowie der Menschen im ländlichen Raum. Wo Wölfe dabei gefilmt werden, wie sie Hoftore überwinden, Hundehalter beim Spaziergang am Ortsrand Wolfskontakt auf Nahdistanz haben und von Wölfen getötete Weidetiere zum traurigen Alltag zählen, schwindet die Akzeptanz für den Artenschutz“, hatte der brandenburgische Bauernpräsident Henrik Wendorff die sich abzeichnende Rechtslage begrüßt.

Doch dass nun der Wolf zum munteren Abschuss freigegeben wäre, ist zumindest in Deutschland nicht der Fall. „Brüssel hat geliefert – jetzt ist Berlin am Zug“, so der Präsident der brandenburgischen Jägerschaft Dirk-Henner Wellershoff. Tatsächlich muss die Bundesregierung für die leichtere Entnahme von Wölfen zunächst das Bundesnaturschutzgesetz ändern und darüber hinaus den „günstigen Erhaltungszustand“ der Wolfspopulation feststellen. Dafür genügen laut Weltnaturschutzorganisation IUCN 1000 adulte Tiere. Es gibt zwar keine Zweifel, dass Wölfe weite Wanderungen zurücklegen und Populationen grenzüberschreitend existieren. Ob aber etwa 1000 geschlechtsreife Tiere beispielsweise in Polen und Deutschland genügen, was schon seit Jahren der Fall ist, oder Deutschland eine eigene Population von 1000 adulten Wölfen festgestellt wissen möchte, ist bislang seitens der bisherigen Bundesregierungen nicht festgelegt worden.

In Brandenburg sind inzwischen 68 Wolfsterritorien bestätigt, in denen 58 Rudel, acht Paare und zwei Einzeltiere jagen. Ähnliche Daten gibt es für Niedersachsen, wo 56 Rudel, 4 Paare und 3 Einzelwölfe jagen. Drei Jahre zuvor waren es noch 38 Rudel. Und das sind nur die bestätigten Fälle. Hinzu kommt: Die Größe

der Rudel kann durchaus variieren und hängt vom Nahrungsangebot ab. Durch Videoaufnahmen bestätigt ist unter anderem, dass das Munsteraner Rudel wenigstens 17 Tiere aufweist. Das Rudel kann recht ungestört auf eine große Wilddichte auf den Truppenübungsplätzen Munster-Nord und Bergen zugreifen. Es jagt aber auch im siedlungsnahen Bereich.

Das Wild verändert sein Verhalten

So hat Anfang Mai eine Sportlerin mutmaßlich einen Wolf gestört, der gerade erst ein Reh gerissen hatte. Der Kadaver war noch warm, als der örtliche Jäger hinzukam. Der stellte zudem fest, dass der Wolf kaum vom Fleisch gefressen, sondern sich offenbar zurückgezogen hatte. Ein Vorfall, der auch anders hätte ausgehen können, da Wölfe ihre Beute in der Regel aggressiv verteidigen. Immer wieder streunen Jungwölfe durch Dörfer. Selbst in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover ist bereits ein Wolf gesehen worden. Solche Sichtungen werden mit wachsender Population weiter zunehmen. Das gilt selbst dann, wenn die

Bundesregierung die nationale Umsetzung der europäischen Vorlage vollendet hat und ein Wolfsmanagement aufgebaut ist, denn noch immer bleibt der Wolf (Canis Lupus) geschützt.

Für Millionenbeträge wurden Herdenschutzmaßnahmen durchgeführt. Nicht immer greifen sie, da der Wolf lernfähig ist und selbst zwei Meter hohe Zäune überklettern kann, wie Videos belegen. Zumindest in Niedersachsen haben die Nutztierrisse aktuell ein Niveau erreicht, das nicht weiter zu steigen scheint.

Doch selbst dort, wo diese Vorfälle zurückgehen, macht sich die Anwesenheit des Wolfs bemerkbar. So berichten Jäger von Verhaltensänderungen des Wilds. Wildschweinrotten neigen inzwischen dazu, nicht mehr zu fliehen, wenn Gefahr droht, sondern die wehrhaften Bachen nach außen um die Jungtiere zu positionieren. „Sie bilden regelrechte Wagenburgen“, beschreibt ein Hegeringleiter. Sie stünden abwartend, um dann rasch und aggressiv anzugreifen. Auch das Rehwild verändere sein Verhalten, sei immer häufiger nah am Siedlungsbereich anzutref-

fen. Die „wolfssicheren“ Zäune hätten noch einen weiteren Negativeffekt: Alte Wildwechsel, die an Straßen auch durch Hinweisschilder erkennbar sind, gelten oft nicht mehr, weil die Wechsel durch die massiven Einzäunungen versperrt sind.

Verlust der Akzeptanz droht

„Es wird Zeit, dass gehandelt wird, Regierung und NGOs spielen Pingpong und nichts passiert“, sagt der landwirtschaftliche Sprecher der AfD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Alfred Dannenberg. Doch er hat Zweifel, dass die neue Bundesregierung zeitnah Fakten schafft. „Die Personalia Flasbarth spricht dagegen“, verweist er auf den alten, neuen Staatssekretär im Umweltministerium Jochen Flasbarth (SPD). Der frühere Nabu-Präsident gilt als „echter Bremsklotz“.

Sollte die Bundesregierung beim Wolf nicht für eine begrenzte Bestandspflege sorgen, dürfte das für den Räuber ein Bärendienst sein. In dem Verlust von Akzeptanz durch einen nicht mehr zeitgemäßen Schutz sieht der Deutsche Jagdverband die größte Gefahr.



Der europäische graue Wolf hat sich geradezu rasant in den letzten Jahrzehnten wieder in Deutschland ausgebreitet. Doch was Tierschützer zu Recht freut, wird für Viehhalter zunehmend zur Bedrohung

Bild: imago/blickwinkel

BALANCE

Der Wolf benötigt kluges Management

Europa steht vor der Herausforderung, den Schutz des Wolfs mit den Interessen von Landwirtschaft und Bevölkerung in Einklang zu bringen. Die Rückkehr des Wolfs ist zwar ein Erfolg für den Artenschutz, sorgt aber durch zunehmende Risse von Nutztieren für wachsende Spannungen. Besonders in Skandinavien, der Schweiz und Frankreich haben sich unterschiedliche Ansätze entwickelt, um diesen Zielkonflikt zu bewältigen.

In Skandinavien, allen voran in Schweden, wird der Wolfbestand durch ein striktes Populationsmanagement reguliert. Die Regierung legt eine Obergrenze für die Wolfspopulation fest – aktuell etwa 300 Tiere. Genehmigte Abschüsse durch Lizenzjagd oder Schutzjagd sind ein zentrales Element der Strategie. Norwegen verfolgt eine noch restriktivere Linie: Wölfe dürfen nur in ausgewiesenen Zonen dauerhaft leben. Außerhalb dieser Zone wird der Abschuss oft genehmigt, auch präventiv. Die schwedische Regierung plant zudem, den Referenzwert auf 170 Individuen zu senken.

Auch in der Schweiz gibt es ein spezielles Wolfskonzept. Die Kantone dürfen seit 2023 bei bestimmten Bedingungen Wolfsrudel bereits vor dem ersten Nutztierriß regulieren. Die Schweiz wurde in fünf Regionen eingeteilt, für die jeweils ein Schwellenwert von zwei bis drei Wolfsrudeln festgelegt wurde. Voraussetzung ist ein umfassender Herdenschutz, etwa mit Elektrozäunen oder Herdenschutzhunden. Ziel ist es, die Akzeptanz der Bevölkerung zu sichern und gleichzeitig den Schutzstatus des Wolfs aufrechtzuerhalten. In dem Alpenland leben aktuell 30 Rudel.

In Frankreich gibt es inzwischen über 1000 Wölfe. Der Managementplan erlaubt jedes Jahr den Abschuss eines bestimmten Prozentsatzes der Population, zuletzt 19 Prozent. Das Land setzt stark auf Prävention: subventionierter Herdenschutz, Entschädigungen für Risse und Überwachung. Die Herausforderung liegt in der Balance zwischen Artenschutz und ländlichen Interessen. B.K.

ARTENSCHUTZ

Regulieren ja – aber wie?

Die extreme Lernfähigkeit der Wölfe wird beim Schutz von Herdentieren zunehmend zum Problem

Radikale Wolfsschützer wehren sich gegen den Abschuss von Wölfen, sie wollen die Entnahme grundsätzlich verhindern. Für sie steht der Herdenschutz im Vordergrund. Wenn Nutztiere gerissen werden, sind für sie stets die Tierhalter verantwortlich. Doch ein genauer Blick auf die Daten der empfohlenen Herdenschutzmaßnahmen zeigt, dass hier laufend angepasst werden musste, weil der Wolf von der Politik noch immer unterschätzt wird. Das Land Niedersachsen hat seine Empfehlungen immer wieder angepasst. Zwischen den Jahren 2000 und 2010 wurde der Herdenschutz noch nicht empfohlen, der Fokus der Politik lag auf der Sensibilisierung von Tierhaltern.

Zwischen 2010 und 2015 empfahl die Landesregierung als Mindeststandard des Herdenschutzes eine Zaunhöhe von 90 Zentimetern für elektrifizierte Zäune. Die unterste der vier Litzen sollte 20 Zentimeter über dem Boden angebracht werden. So hoffte man das Untergraben und Überspringen der Zäune zu erschweren.

Da der Wolf aber nachweislich wiederholt die Zäune übersprang, empfahl die Landesregierung Zäune von 120 Zentimetern Höhe und zusätzliche Flatterbänder. Seit 2017 wird zusätzlicher Untergrabschutz und wenigstens fünf stromführende Litzen empfohlen. Doch auch das hat den Wolf nicht davon abgeschreckt, in Gehege einzudringen. Seit 2020 empfiehlt

die Landesregierung für Gehegewild sogar 180 Zentimeter hohe Zäune und mindestens 4000 Volt auf den Litzen mit einer Impulsenergie von zwei Joule.

Die Herdenschutzmaßnahmen mussten in Niedersachsen immer wieder angepasst werden, weil der Wolf lernfähig ist und es schafft, springend, untergrabend und vereinzelt auch kletternd Zäune zu überwinden, ganz gleich wie hoch diese inzwischen geworden sind.

Das Wildtiergehege der Örtzstadt Munster ist mit einem Zaun deutlich höher als 180 Zentimeter eingezäunt – und der wurde von einem Wolf überklettert. Jede Anpassung bedeutet das erneute Ausgeben gewaltiger Geldsummen, nur

Selbst zwei Meter hohe Zäune, Stromlitzen, Flatterbänder und Untergrabschutz halten den Wolf nicht ab, in Vieh- und Wildgehege einzudringen

weil die Empfehlung immer wieder neu angepasst werden muss.

Stromlitzen gehören zwar längst zur „Wolfssicherheit“ dazu, zwingen die Viehhalter allerdings auch dazu, ständig das schnell wachsende Grün an den Zäunen kurz zu halten – ein echter Zeitfresser für Landwirte, Schäfer und Pferdehalter. Für Viehzüchter in Landschaftsschutzgebieten ist es noch schlimmer, denn die Zahl der zugelassenen Stück Vieh je Hektar ist dort oft stark begrenzt, sodass mehr Flächen für genutzt werden müssen, sofern der Landwirt nicht wieder zur reinen Stallhaltung zurückkehren möchte. Die Daten belegen, dass Herdenschutz kein Wolfsmanagement ersetzen kann. B.K.

Rechts ist das neue Links

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat dem Konservativsein in Europa eine neue Klangfarbe verliehen. In ihrer soeben auf Deutsch erschienenen Autobiographie beschreibt sie, wie ihr dies gelungen ist

VON HOLGER FUSS

Wenn im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den linksliberalen Medien hierzulande von Giorgia Meloni die Rede ist, wird in eintöniger Ausdauer angefügt, dass die amtierende italienische Ministerpräsidentin zugleich Chefin der „Fratelli d'Italia“ (FdI), zu Deutsch „Brüder Italiens“, ist, und dies eine postfaschistische Partei sei. Was Postfaschismus eigentlich sein soll, weiß niemand so genau; der Begriff soll dem Publikum suggerieren, dass das Wurzelwerk der 2012 gegründeten FdI zurückreicht bis in den Faschismus Italiens, der 1945 mit der Hinrichtung des „Duce“ Benito Mussolini sein politisches Ende fand.

Wer indes die jetzt auf Deutsch erschienene Autobiographie Melonis „Ich bin Giorgia“ gelesen hat, dürfte das Buch mit dem Eindruck zuklappen, dass die Frau, die sich selbst als „rechts“ verortet, tatsächlich eine klassische Konservative ist. In Deutschland hätte sie sich gewiss in der Jungen Union der Ära Helmut Kohl wohlfühlt. Da sie aber 1977 in Rom zur Welt kam, schloss sie sich mit 15 Jahren der Jugendfront des „Movimento Sociale Italiano“ (MSI) an, eine Bewegung, die 1946 von Mussolini-Anhängern ins Leben gerufen worden war.

Absage an antidemokratische Regimes

Trotz ihres politischen Debüts in Jugendjahren am rechten Rand ist aus Meloni eine bürgerliche Politikerin rechts der Mitte geworden, die nur deshalb rechter wirkt als sie ist, weil der gesellschaftliche Mainstream derzeit am linken Rand des politischen Spektrums oszilliert und alles, was nicht links ist, unweigerlich „rechtsradikal-faschistoiden-Nazi“-Verdächtigungen anheimfällt.

Gleich in ihrer ersten Regierungserklärung als Ministerpräsidentin Italiens 2022 hatte sie erklärt, „niemals Sympathie oder Nähe für antidemokratische Regimes“ gehegt zu haben, „für kein Regime, auch nicht für den Faschismus“. Entsprechend „habe ich die Rassengesetze von 1938 immer als Tiefpunkt der italienischen Geschichte betrachtet, als eine Schande, die unser Volk für immer prägen wird“. Den 16. Oktober 1943 nannte sie „für Rom eine tragische, eine dunkle, eine unheilbare Stunde“. An jenem Tag hatten die deutsche Gestapo und faschistische italienische Soldaten das jüdische Ghetto in Rom umstellt und mindestens 1022 Jüdinnen und Juden, darunter mehr als 200 Kinder, in 18 Viehwaggons gepfercht nach Auschwitz transportiert. Nur 15 von ihnen haben das Vernichtungslager überlebt.

Die italienische Originalausgabe „Io sono Giorgia“ des nun auf Deutsch erschienenen Titels wurde bereits 2021 veröffentlicht, also im Jahr vor Melonis Wahl zur Regierungschefin. Vier Jahre brauchte ihr Buch, um einen deutschen Verleger zu finden, 155 hiesige Verlage sollen abgewunken haben. In der deutschen Medienszene gilt die wichtigste Politikerin Italiens als Aussätzige; der in den Ampel-Jahren eskalierte „Kampf gegen Rechts“ wird auch von den Büchermachern in vorausweisendem Gehorsam trotz winkender Umsätze exekutiert.

Dabei erzählt Meloni ihr Leben mit einer Offenherzigkeit, wie sie bei Politiker-Bekanntnissen selten ist. Zu Beginn schildert sie, wie ihre Mutter sie beinahe abgetrieben hätte und sich dann doch umentschieden hat. Mutter Anna war damals 23, hatte bereits eine anderthalbjährige Tochter und steckte in finanziellen Schwierigkeiten. Sie engagierte sich beim neofaschistischen MSI; ihr Partner, Melonis Vater, war überzeugter Kommunist. Diese Verbindung konnte nicht gutgehen, schließlich machte er sich davon. In diese



Neues Verständnis von Konservatismus: Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni – hier mit Bundeskanzler Friedrich Merz

„zerrüttete Familie“ wurde Meloni hineingeboren, wuchs mit Mutter, Schwester Arianna und den Großeltern mütterlicherseits auf.

Offene Einblicke in die eigene Psyche

Den Verlust des Vaters hat Giorgia nie verwunden. „Ich bin mit der Vorstellung aufgewachsen, nichts wert zu sein“, erzählt sie – sowie vom „Schmerz, nicht genug geliebt worden zu sein“. Sie beschreibt sich als schüchtern, bis heute habe sie „jeden Tag Angst, oft fühle ich mich unzulänglich, ich habe Angst, dass die anderen mich für unfähig halten. Aber diese Angst ist auch meine Stärke“, behauptet sie. Ihre Angst sporne sie an, halte sie wach und sei „der Grund, weshalb ich glaube, immer hundert Prozent geben zu müssen“. Meloni zeichnet von sich ein Psychogramm, wonach ihr Vater-Trauma sie dazu trieb, „so störrisch, so aufopferungsbereit“ ihre Ziele zu verfolgen und nie nachzulassen. Vielleicht sind unsere Erfolge ein Echo unserer Verwundungen.

Geborgenheit in der Pubertät, schreibt sie, fand sie in der Jugendfront des MSI, sie wollte sich „als Teil von etwas Wichtigem fühlen“. Zu den Linken zu gehen, kam für sie nicht in Frage, sie wollte unangepasst sein. In den Schulen, an den Universitäten regierten – wie heute noch – die Linken. „Wenn es alle taten, war es unkonventionell, Nein zu sagen“, lautete ihr Credo. Also war es konsequent, rechts zu sein. Rechts versprach mehr Freiheit, „die Freiheit vom Konformismus, die Freiheit, sich dem ‚Zeitgeist‘ nicht beugen zu müssen, die Freiheit einer grundlegenden Kritik, die eine in ihren ideologischen Vorstellungen gefangene Linke nicht zuließ“. Die Linken „hatten die roten Bücher, die erlaubten und die verschmähten Autoren, die Musik, die man hören durfte, und die, die verboten war.“ Konservative hingegen können die ganze Bandbreite der Kultur rezipieren, ohne ideologische Einengung.

Das klingt seltsam vertraut. Auch heute ist häufig zu beobachten, dass eher ein Konservativer mit einem Linken das Gespräch sucht als ein Linker mit einem Nicht-Linken. Cancel Culture und Brandmauer sind Erfindungen des woken Linksspektrums, um ihre Gesinnungshegemonie abzusichern. Ein Lin-

ker ist Kind der Moderne, der Aufklärung, der materialistischen Vernunft. Der geistige Horizont des Konservativen reicht hingegen weiter, über Traditionen und Erkenntnisse von Jahrtausenden hinweg verschleißt er sich auch nicht den existenziellen Sphären von Religion und Mythos. Während der Linke ohne Zukunft und Fortschritt ein Nichts ist, lebt der Konservative aus dem Ewigen. Für den Linken unterliegt der Mensch den Erwägungen der Nützlichkeit; wer nicht linientreu in die neue Zeit, ins neue Menschentum mitmarschieren will, gehört nicht dazu. Für den Konservativen hingegen ist der Mensch halb auf der Erde und halb im Himmel beheimatet, und bleibt in seinem Grunde ein Geheimnis, das sich seiner Enträtselung entzieht.

Manifest eines neuen Konservatismus

Wer in Melonis Buch ihren Aufstieg in der italienischen Politik überspringen will, kann die Schilderungen ihrer Zeit als Vizepräsidentin der Abgeordnetenkammer, als jüngste Ministerin in der Geschichte der Republik und schließlich Parteigründerin der „Fratelli d'Italia“ getrost überblättern und das vierte Kapitel „Ich bin rechts“ aufschlagen. Darin hat Meloni eine Art Manifest des Konservativseins untergebracht, das als Gründungs-urkunde einer Renaissance des gesunden Menschenverstandes und der Aufhebung einer Entfremdung zwischen Gefühl und Vernunft gelten kann.

Politisch geprägt wurde Meloni in der Jugendbewegung von einem Milieu, in dem „eine große intellektuelle Neugier“ herrschte, „die man auf dem linken Spektrum praktisch nicht fand“. Die jungen Leute verschlangen den Marxisten Antonio Gramsci genauso wie den Mussolini-Fürsprecher Ezra Pound und den Deutschen Ernst Jünger. Es habe das noble Prinzip gegolten, dass „alle bedeutenden Menschen Geschwister sind“ – unabhängig von ihrer Gesinnung.

Diese Weite des Denkens ist noch heute in Melonis politischen Standpunkten aufspürbar. Viele ihrer Ansichten klingen, als ob sie eine Sozialdemokratin sei, freilich zu Zeiten, da Sozialdemokratien noch Volksparteiformat hatten. So sei die Massenmigration nicht allein eine Belastung der kulturellen Identi-

täten in den jeweiligen Aufnahmeländern, sondern auch ein sozialpolitischer Skandal: „Die unregelte Einwanderung hat vor allem Auswirkung auf die Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt, im sozialen Bereich, an den Peripherien der Metropolen.“ Diese Aspekte wären genuine Aufgaben für Linke, aber diese, „abgeschirmt in ihren samtigen Salons, tun so, als gäbe es das Problem nicht“. Als Reaktion darauf wenden „sich im gesamten Westen die Arbeiter, die Armen, wie die Bewohner der Randbezirke, immer mehr den Rechten zu“ und entfernen „sich immer weiter von einer Linken, die unsensibel ist gegenüber ihren Problemen“.

Auch bei der Analyse der Ursachen von Massenmigrationsbewegungen klingt Meloni wie eine Linke und geißelt die Ausbeutung von Bodenschätzen auf dem afrikanischen Kontinent durch „einige europäische Länder, vor allem Frankreich“. „Seit 1957 bauen französische Staatsunternehmen in Niger Uran ab. Noch heute kann die Regierung in Paris ein Drittel des nationalen Energiebedarfs dank des Urans aus Niger decken, während mehr als 80 Prozent der nigrischen Bevölkerung keinen Zugang zu elektrischer Energie haben.“ Es könnten Worte aus dem Munde des Nord-Süd-Unterhändlers Willy Brandt sein, wenn Meloni feststellt: „Ein freies und wohlhabendes Afrika ist entscheidend für ein neues globales Gleichgewicht.“ Sind die „Fratelli d'Italia“ etwa eine bessere SPD?

Ausdruck eines politischen Paradigmenwechsels

Der Sound einer Sozialdemokratie aus einer verwerhten Epoche, als sich die linke Mitte tatsächlich noch um gesellschaftlichen Fortschritt, Teilhabe, Aufstiegsoptionen und soziale Gerechtigkeit verdient machte, anstatt Klientelpolitik für Randgruppen zu machen – all das durchzieht die Programmatik der Giorgia Meloni. Auch Sozialdemokraten aller Länder waren, insbesondere in ihren Anfangsjahren, bei aller internationaler Solidarität immer auch glühende Patrioten. Meloni betont beides, sie ist leidenschaftliche Italienerin, deren kulturelle Wurzeln bis in die glanzvolle Antike des römischen Weltreichs zurückreichen. Zugleich ist sie weltläufig, spricht eine Handvoll Sprachen, bewundert die USA, hat einen guten Draht zu Donald Trump, plädiert für eine Unterstützung der Ukraine und hat sich nach dem 7. Oktober 2023 vorbehaltlos hinter Israel gestellt, obwohl dies nicht die Mehrheitsmeinung ihrer Bevölkerung war.

Es scheint ganz so, als ob die Zeitenwende, deren Zeuge wir gegenwärtig sind, auch darin besteht, dass die politischen Kategorien Links und Rechts, wie wir sie bislang kennen, eine Art Umpolung erfahren. Linke sind heute die Strukturkonservativen. Wir können dies insbesondere im grünen Milieu beobachten, mit welcher kühler Berechnung Institutionen des Rechtsstaats politisch instrumentalisiert werden, um die eigene Agenda etwa bei Migration und Klimaschutz voranzutreiben. Dagegen bringen sich Rechte als Bastion des Wertkonservatismus in Stellung. Meloni nennt es „einen Akt des Widerstands im Namen der Freiheit, des Vertrauens in die Menschen und der Eintracht unter den Völkern“.

Der „Kampf gegen Rechts“ als rhetorischer Dauersummtton ist demnach nichts weiter als das Schießen in die Luft von einer Linken, die ihre Selbstbegeisterung verloren hat und nur noch ihr feist gewordenes Geschäftsmodell verteidigen will. Konservativsein, schreibt Meloni, hat heute dem „Realitätsgrundsatz“ zu folgen, also dem „Zurückweisen von jeglichem utopischen Beiwerk, von jedwedem ideologischen Gerüst“. In dieser Wirklichkeitsverpflichtung steckt mehr Aufbruchenergie, als wir sie bei den Linken in der jüngsten Vergangenheit erlebt haben. Rechts ist das neue Links.

Es scheint so, als ob die Zeitenwende, deren Zeuge wir gegenwärtig sind, auch darin besteht, dass die politischen Kategorien Links und Rechts, wie wir sie bislang kennen, eine Art Umpolung erfahren

Debatte



Giorgia Meloni
**Ich bin Giorgia.
Meine Wurzeln, meine
Vorstellungen**
Europa Verlag 2025,
Gebunden mit Schutzumschlag, 384 Seiten,
ISBN: 978-3-95890-654-9,
26 Euro

● MELDUNGEN

Keine Exponate für Vertriebene

Potsdam – Der Landtag Brandenburg hat in seiner Plenarsitzung am 22. Mai einen Antrag der AfD-Fraktion zur Einrichtung einer dauerhaften Landesausstellung für Vertriebene mehrheitlich abgelehnt. Die Fraktion hatte in ihrem Antrag darauf verwiesen, dass in Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern überdurchschnittlich viele deutsche Vertriebene und ihre Nachkommen leben. Zudem sei das Schicksal der Vertriebenen in der DDR ein Tabu-Thema gewesen, das erst seit dem Mauerfall aufgearbeitet werde. In dem Antrag forderte die AfD-Fraktion die Landesregierung auch zur Errichtung eines Denkmals für die Vertriebenen an einem zentralen Ort Potsdams auf. Abgelehnt wurde im Landtag auch ein Antrag der CDU-Fraktion, in dem die Bundesausstellung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in ihrer inhaltlichen Ausrichtung begrüßt wurde und eine Landesausstellung als mögliche konstruktive Ergänzung bezeichnet wurde. H.M.

Kinder haben zu oft Defizite

Dresden – Im Rahmen der seit 2014 in Sachsen obligatorischen Einschulungsuntersuchungen wurde festgestellt, dass bei mehr als einem Drittel der Kinder weder die Sprachfähigkeit noch das Sprachverständnis ausreichen, um erfolgreich eine Grundschule zu besuchen. Ebenso sind bei jedem fünften Schulanfänger die Visuomotorik und die Körperkoordination unterentwickelt. Manche scheitern sogar beim An- und Ausziehen oder dem Benutzen der Toilette. Bemerkenswerterweise besuchen die meisten zurückgebliebenen Kinder eine Kita, was die Frage aufwirft, welche Zustände in diesen Einrichtungen herrschen. Allerdings gibt es Bereiche in Sachsen, wo die Situation positiver ist. Hierzu zählen Leipzig-Stadt und Leipzig-Land. Dahingegen sind die Sprachdefizite in Chemnitz-Land am größten, während man in Dresden-Stadt die gravierendsten motorische Rückstände registrierte. W.K.

Machtkampf beim BSW

Potsdam – Einstimmig hat der BSW-Landesvorstand Brandenburg Ende Mai Friederike Benda als Kandidatin für den Landesvorsitz nominiert. Inzwischen haben aber auch Andreas Eichner und Vinzenz Lorenz angekündigt, beim Parteitag im Juli als Doppelspitze für die Nachfolge von Robert Crumbach kandidieren zu wollen. Eine Neuwahl wird erforderlich, weil Crumbach den Landesvorsitz abgibt, um sich auf sein Amt als Finanzminister zu konzentrieren. Die beiden Kandidaten, die als Doppelspitze antreten wollen, sind Ex-Mitglieder der Linkspartei. Beide verbanden die Ankündigung ihrer Kandidatur mit der Forderung nach Änderungen beim BSW. Als eine wichtige Aufgabe nennen sie eine bessere Einbeziehung der Parteibasis. Der scheidende Landesvorsitzende Crumbach – er wird dem Lager um Parteigründerin Wagenknecht zugeordnet – stellte sich deutlich hinter die vom Landesvorstand aufgestellte Kandidatin Benda. H.M.



BILD: IMAGO/PANAMA PICTURES

Strammstehen, das sollen künftig auch viele neue Rekruten der Bundeswehr, die dringend neues Personal benötigt

BUNDESWEHR

Die Truppe benötigt Soldaten

Was hilft? Wehrdienst oder Freiwilligkeit? Unterdessen rüstet Russland enorm auf

VON PETER ENTINGER

Deutschland rüstet auf – nur nicht in den Kasernen. Während im Zuge des Ukraine-Konflikts Milliardenpakete für Waffenlieferungen geschnürt werden, kämpft die Bundeswehr an der Heimatfront mit einem ganz anderen Gegner: dem Mangel an Personal. Die Zahl der Soldaten bleibt derzeit hinter allen Zielmarken zurück. Statt der angekündigten personellen Aufstockung auf 203.000 Soldaten, wie einst von der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ausgerufen, kommt die Truppe nicht einmal auf die alten Sollstärken. Die Realität ist ernüchternd. Dem Ziel, bis 2031 mehrere zehntausend zusätzliche Dienstposten zu besetzen, stehen ausgedünnte Jahrgänge, fehlende Ausbildungsplätze und schwindende Motivation gegenüber.

Hinter vorgehaltener Hand heißt es in der Truppe: „Wir können so viel Panzer bauen, wie wir wollen – wenn keiner drin sitzt, schießt und fährt nichts.“ Die Zah-

len bestätigen den sarkastischen Slogan. Zwar stiegen die Bewerbungen für militärische Dienstverhältnisse zuletzt an, doch die Diskrepanz zwischen Bedarf und Wirklichkeit bleibt dramatisch. Die angekündigten Werbekampagnen – lautstark und bunt – erzeugen Aufmerksamkeit, aber bisher keinen nachhaltigen Effekt

Innere Resilienz ist gefragt

Die politische Debatte über eine Rückkehr zur Wehrpflicht, die 2011 ausgesetzt wurde, ist deshalb zurück. Während in Berlin die üblichen Mahnungen ertönen, man dürfe nichts überstürzen, wird aus den Reihen der Union zunehmend offen darüber gesprochen. „Die Bundeswehr kann personell nur über eine Wehrpflicht nachhaltig verstärkt werden“, sagt CSU-Verteidigungspolitiker Thomas Silberhorn. Sein Kollege Roderich Kiesewetter geht noch weiter und fordert ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, auch zur Stärkung der inneren Resilienz.

In weiten Teilen der CDU/CSU gilt die damalige Aussetzung der Wehrpflicht

unter Ex-Verteidigungsminister zu Guttenberg heute als ein strategischer Fehler. Was einst als Reform gefeiert wurde, entpuppt sich unter den neuen Bedingungen einer Zeitenwende als Schwächung des Landes. Selbst langjährige Gegner der Dienstpflicht rudern zurück. Der Alt-Grüne Joschka Fischer bezeichnete die Abschaffung jüngst als „Fehleinschätzung“. Und auch in der SPD beginnt ein Umdenken – wenngleich noch eher zögerlich.

Noch wird auf Freiwilligkeit gesetzt

Die Ampelkoalition bremste auf ihren letzten Metern. Die neue, nicht mehr ganz so Große Koalition laviert. Verteidigungsminister Boris Pistorius hat zwar die Not erkannt, will aber (noch) weiterhin auf Freiwilligkeit setzen. In Interviews verteidigt er seinen Kurs mit dem Argument, eine Rückkehr zur alten Wehrpflicht sei „nicht realistisch“, es fehle an Infrastruktur, Personal, Ausbildungskapazitäten.

Pistorius plant stattdessen ein neues Modell: Alle jungen Männer sollen künftig ein Informationsschreiben erhalten, mit

dem sie zur freiwilligen Meldung ermutigt werden. Wer sich meldet, soll schnell und flexibel einsatzfähig gemacht werden – auch in Heimatschutz und Krisenhilfe.

Was auf den ersten Blick recht pragmatisch klingt, ist in Wahrheit ein gefährlicher Formelkompromiss. Die sicherheitspolitische Lage hat sich dramatisch verändert. Die Bedrohung durch hybride Kriege, Sabotageakte, Cyberattacken und destabilisierende Kräfte innerhalb Europas wächst. Doch statt entschlossen zu handeln, wählt die Bundesregierung den Weg des kleinsten Widerstands.

Militärisch betrachtet ist dieser Kurs kaum haltbar. Bundeswehr-Generalinspekteur Carsten Breuer warnt offen: „Wir brauchen bis zum Ende des Jahrzehnts über 100.000 neue Soldaten.“ Auch der neue Wehrbeauftragte Henning Otte hält es für notwendig, dass der Staat „umschalten kann“, wenn sich die Freiwilligkeit als unzureichend erweist. Klare Worte, die bisher auf taube Ohren zu stoßen drohen. In der grünen Bundestagsfraktion gilt die Wehrpflicht ohnehin nach wie vor als Relikt vergangener Zeiten – zu teuer, zu aufwendig, zu wenig konsensfähig.

Machen statt reden

Dabei zeigt die Realität längst: Die Freiwilligkeit hat ihre Grenzen. Die frühere Wehrbeauftragte Eva Högl sagte im März bei der Vorstellung ihres letzten Berichtes: „Leider weiterhin verschlechtert hat sich die sehr hohe Anzahl unbesetzter Dienstposten.“ Im Jahr 2020 – dem Beginn ihrer Amtszeit – seien rund 18 Prozent des militärischen Personals in den Laufbahnen oberhalb der Mannschaften unbesetzt gewesen. Ende 2024 seien es sogar knapp 20 Prozent gewesen. Bei den Mannschaften waren im vergangenen Jahr rund 28 Prozent aller Dienstposten unbesetzt gewesen.

Bundeswehr-Chef Breuer mahnt daher drastisch: „Russland ist spätestens in vier Jahren militärisch dazu in der Lage, die baltischen NATO-Staaten Estland, Litauen und Lettland anzugreifen. Er betonte, dass sich auch ein früherer Angriff Russlands nicht ausschließen lasse. Russland stelle pro Jahr etwa 1500 Panzer her. Breuer zufolge ist dies eine Aufrüstung in einem „enormen Ausmaß“. Seine Forderung: Der Westen müsse gegenhalten.

Doch was fehlt, ist der politische Wille. Deutschland steht in einer sicherheitspolitischen Übergangsphase, die schnelles und vorausschauendes Handeln verlangt. Es gibt viele, die sagen, die Bundeswehr könne nicht auf Freiwilligkeit hoffen, während sich die Weltlage verdüstert. Ein starker Staat beginnt bei der Wehrhaftigkeit. Wer ewig diskutiert, verspielt die Einsatzfähigkeit seiner Armee – und damit die Sicherheit des Landes.

FEMINISMUS

Klöckner will weiblichen Bundespräsidenten

Bisher unterlagen weibliche Kandidaten immer, weil die männlichen stets als Sieger bereits feststanden

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) fordert für die Zeit nach Frank-Walter Steinmeier eine Frau an der Staatsspitze. „Auf der Liste der Bundespräsidenten stehen seit 1949 zwölf Männer, keine Frau. Das ist das Gegenteil von Gleichberechtigung“, erklärte Klöckner. „Es wird höchste Zeit für Normalität auch im höchsten Staatsamt.“ Die Forderung hat parteiübergreifend Aufmerksamkeit ausgelöst. Klöckner selbst bekleidet als Bundestagspräsidentin das zweithöchste Amt im Staate – und setzt damit ein klares Signal. Auch CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann begrüßte die Idee. Er sprach von einem „guten Signal für Deutschland“. Unterstützung kam zudem aus den Reihen von SPD, Grünen, FDP – sowie von Frauenverbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann beklagte, es habe „viel zu oft Kandidatinnen gegeben, die aufgestellt wurden, obwohl längst klar war, dass erneut ein Mann das Amt übernehmen würde“. Es sei Zeit, diese symbolische Praxis zu beenden. Vor allem innerhalb der CDU herrscht Bewegung. Die Forderung Klöckners signalisiert auch, dass es eine Konsenskandidatin mit der SPD geben könnte.

In der politischen Diskussion tauchen inzwischen mehrere Namen von Persönlichkeiten auf, die als geeignete Kandidatinnen gelten. Aus den Reihen der Union werden Ilse Aigner (CSU), Präsidentin des Bayerischen Landtags, sowie die neue Bildungsministerin Karin Prien genannt. Auch Klöckner selbst wird vereinzelt als Option gehandelt. Daneben wird über An-

negret Kramp-Karrenbauer spekuliert, die als frühere Verteidigungsministerin über Standfestigkeit auf internationalem Parkett verfüge.

Im sozialdemokratischen Lager gilt Bärbel Bas, bis 2025 Bundestagspräsidentin, als Kandidatin, ebenso die Schriftstellerin Juli Zeh. Aber auch parteilose Persönlichkeiten sind im Gespräch: etwa die Soziologin Jutta Allmendinger oder Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK. Alle drei Frauen gelten als „soziale Gewissen“, die bürgerlichen Kreisen nur schwer vermittelbar wären.

Ein Blick in die Geschichte zeigt: Frauen haben mehrfach kandidiert, blieben aber stets unterlegen. Die SPD nominierte 1979 Annemarie Renger, 2004 und 2009 folgte Gesine Schwan. Für die Linke traten Uta Ranke-Heinemann, Luc Jochim-

sen und Beate Klarsfeld an. 1999 kandidierte Dagmar Schipanski, parteilos, aber mit Unterstützung der Union. Später wurde über Ursula von der Leyen oder Marianne Birthler in den Medien spekuliert, aber sie wurden nie offiziell vorgeschlagen. Die zweite Amtszeit von Steinmeier endet im Frühjahr 2027. Die Bundesversammlung, bestehend aus Bundestagsabgeordneten und Landesvertretern, wird dann über die Nachfolge entscheiden. Nach jetzigem Stand dürften CDU und CSU erheblichen Einfluss auf die Zusammensetzung haben.

Doch aufgrund der Stärke der AfD wird die Union verhandeln müssen. Eine Frau könnte da vieles leichter machen. Es gilt daher als wahrscheinlich, dass Klöckner den Zeitpunkt gewusst gewählt hat. Die Debatte ist nun eröffnet. P. E.

WIRTSCHAFTSSTANDORT

Hasso Plattner: Potsdams Problemlöser

Der SAP-Mitbegründer und Mäzen macht erneut Millionen locker für wegweisende Investitionen

VON HERMANN MÜLLER

Für Potsdam hat sich der Mitbegründer des Software-Giganten SAP, Hasso Plattner, als ausgesprochen großzügiger Mäzen erwiesen. Dank seiner Initiative wurde am Alten Markt für 60 Millionen Euro das Palais Barberini wiederaufgebaut. Als Museum beherbergt das Palais eine bedeutende Sammlung impressionistischer Kunst. Spendiert hat Plattner der Stadt auch ein Museum für DDR-Kunst. Der erfolgreiche Unternehmer gab zudem mehr als 20 Millionen Euro für die Rekonstruktion der berühmten Knobelsdorff-Fassade des Potsdamer Landtagsschlusses. Er sorgte mit einer Millionenspende auch dafür, dass der Nachbau des Hohenzollernschlusses originalgetreu mit einem Kupferdach eingedeckt werden konnte. Am Potsdamer Griebnitzsee wiederum hat der gebürtige Berliner ein weltweit anerkanntes IT-Institut aufgebaut.

Nunmehr hat Plattner sein bislang größtes Potsdam-Projekt vorgestellt. Zusammen mit dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) und der Universität Potsdam präsentierte er Pläne für den Bau eines neuen Uni-Campus und zur Erweiterung des Hasso-Plattner-Instituts (HPI).



Geschichtsträchtiger Koloss: Gebäudekomplex auf dem Potsdamer Brauhausberg

Bild: Wikimedia/Wolfgang Pehelmann

„Bauliche Wunde“ wird geschlossen

Über seine Stiftung will Plattner nahe der Potsdamer Innenstadt auf dem Brauhausberg einen neuen Campus für die Universität errichten. Im Gegenzug gibt die Uni dafür Gebäude am Standort Griebnitzsee frei. Dies schafft wiederum die Möglichkeit, an dem See das HPI erheblich zu erweitern. Die umfangreichen Bauarbeiten sollen bis 2035 abgeschlossen sein.

Mit seinen Plänen für den Brauhausberg und den Standort Griebnitzsee erweist sich der SAP-Pionier erneut als Problemlöser für Potsdam. Denn der derzeitige Anblick des Brauhausberges passt ganz und gar nicht zu Potsdam, das in den vergangenen Jahren mit dem Stadtschlöss-Nachbau, dem Wiederaufbau des Palais Barberini und dem Kirchturm der Garnisonkirche ein wichtiges Stück seiner alten Schönheit wiedererlangt hat. Bei dem derzeit stark verfallenen Gebäude auf dem Brauhausberg handelt es sich um einen Bau von Franz Schwegelen, der

1899 im Auftrag von Wilhelm II. errichtet wurde. Das Gebäude diente zunächst als Kriegsschule des preußischen Generalstabs, nach dem Ersten Weltkrieg dann als Reichsarchiv.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzte die SED das Haus für ihre Bezirksleitung Potsdam. Diese Nutzung und die rote Klinkerfassade führten dazu, dass der Bau bis zum Mauerfall im Volksmund „Kreml“ genannt wurde. Nach 1990 beherbergte das Gebäude zunächst den Landtag Brandenburgs. Als dieser 2013 den Nachbau des Stadtschlusses als neues Quartier bezog, begann der Verfall der Anlage. Pläne, den Schwegelen-Bau als Hotel oder für Luxuswohnungen zu nutzen, zerschlugen sich. Obendrein beschädigte 2023 ein Brand das Gebäude schwer.

Wie Ministerpräsident Woidke sagte, ermöglicht es Hasso Plattner mit der Sanierung des Geländes, eine „bauliche Wunde“ im Stadtgebiet zu schließen. Der Mäzen hat angekündigt, das Gebäude in

enger Abstimmung mit dem Denkmalschutz sanieren zu wollen. Auf dem Brauhausberg sollen zusätzlich Institutsgebäude und möglicherweise auch Wohnungen für Studenten und Forscher entstehen. Genaue Angaben zu den Investitionskosten machte Plattner nicht. Er versprach aber ohne Umschweife: „Was immer uns das kosten wird: Die Stiftung kann das finanzieren.“

Großer Schub für die Wissenschaft

Gegenüber dem Sender rbb sagte Plattner, er fühle sich verpflichtet, sein Vermögen zu investieren, um Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen. Deutschland brauche bessere Schulen und Hochschulen, so der 81-Jährige. Er verwies dabei auch auf die Geldknappheit der öffentlichen Hand. Tatsächlich macht die Stiftung des Multimilliardärs im Fall des neuen Universitäts-campus möglich, was sich das Land Brandenburg angesichts von Sparzwängen derzeit finanziell nicht leisten kann.

Im Zusammenhang mit der geplanten Vergrößerung des HPI am Griebnitzsee sagte Plattner, es gebe nun die historische Chance, bei der Forschung an Künstlicher Intelligenz aufzuholen. Ziel des SAP-Mitbegründers ist es, dass das Potsdamer HPI in die „erste Reihe“ der deutschen Informatik-Hochschulen vorstößt. Dazu soll die Zahl der Professuren von 34 auf 70 steigen. Wie Plattner erklärte, gibt es am HPI bereits eine erste aus Harvard kommende Hochschuldozentin für Künstliche Intelligenz. Weitere KI-Professoren sollen nach Potsdam gelotet werden.

Er sei „völlig optimistisch“ für Europa, dass der Kontinent bei der KI-Entwicklung noch nicht von China und den USA abgehängt sei. Mit Blick auf die Wissenschaftslandschaft beim Konkurrenten USA gibt er sich rundum zuversichtlich: „Wir haben eine historische Chance, in den nächsten dreieinhalb Jahren aufzuholen.“

BILDUNG

„Die Inklusion an den Schulen ist gescheitert“

Schüler mit Förderbedarf an Regelschulen: Berliner Lehrer ziehen eine düstere Bilanz

Berlin hat 2016 an seinen Schulen eine inklusive Beschulung eingeführt. Möglichst viele Kinder mit Behinderung und Förderbedarf sollen gemeinsam mit anderen Kindern an Regelschulen unterrichtet werden, so der Grundgedanke der sogenannten Inklusion. Bereits die Einführung des Modells vor rund zehn Jahren war von massiven Schwierigkeiten begleitet. Ursprünglich war für Berlin ein flächendeckender Start der Inklusion bereits im Schuljahr 2014/15 vorgesehen. Nicht zuletzt weil Geld fehlte, musste der Start auf 2016 verschoben werden.

Eine parlamentarische Anfrage an den Senat durch eine Abgeordnete der Grünen-Fraktion förderte nun zutage, dass die Versprechen des Inklusionsprojekts nicht eingelöst wurden. Laut der Antwort des Senats wurden im vergangenen Jahr

2300 bis 2800 Schüler mit Behinderung nur „verkürzt, unregelmäßig oder kaum bis gar nicht beschult“. Die Bildungsverwaltung war nicht in der Lage, eine genaue Zahl anzugeben. Ein Teil der Berliner Schulen hatte nämlich gar nicht geantwortet oder aber die Fragen der Senatsbildungsverwaltung unterschiedlich interpretiert. Naheliegender ist daher, von einer Dunkelziffer von Schülern mit Förderbedarf auszugehen, die statistisch gar nicht erfasst wurden.

Angesichts der hohen Zahl von betroffenen Schülern erklärte der Verband Bildung und Erziehung (VBE) sogar: „Die Inklusion an Berliner Schulen ist gescheitert.“ Wie der „Tagesspiegel“ berichtet, fordert der Vorstand der unabhängigen Bildungsgewerkschaft VBE in einer aktuellen Stellungnahme eine öffentliche De-

batte über die Umsetzung inklusiver Bildung. Notwendig ist es aus Sicht des VBE, dass sich „Politik und Öffentlichkeit“ über die Anforderungen und Kosten einer funktionierenden Inklusion verständigen.

Bundesweit ist Berlin mit seinen Problemen bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung und Förderbedarf kein Ausnahmefall. Der VBE fragt bereits seit einigen Jahren in ganz Deutschland Lehrkräfte nach ihren Erfahrungen mit der Inklusion an Schulen. Laut der aktuellen Lehrkräftebefragung „Inklusion in Deutschland“, durchgeführt vom Meinungsforschungsinstitut Forsa, erklärten 62 Prozent der befragten Lehrkräfte, sie hätten eine positive Einstellung zur Inklusion: „Bedingt durch hohen Personalmangel, fehlende Ressourcen und unzureichende Möglichkeiten der individuel-

len Förderung konstatieren aber viel weniger Lehrkräfte, dass es praktisch sinnvoll ist; nur 28 Prozent.“

Lediglich ein Bruchteil der Lehrkräfte, nämlich 20 Prozent, sprach sich für die vollständige Abschaffung von Förder- und Sonderschulen aus. Ein Drittel ist für den vollständigen Erhalt und knapp die Hälfte für den mehrheitlichen Erhalt der Förder- und Sonderschulen.

Die Umfrage fördert auch zutage, dass bei knapp zwei Dritteln der Lehrkräfte die Klassengröße gleichbleibt, auch wenn Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf hinzukommen. Im Klartext: Bei gleicher Klassengröße haben die Lehrer mehr Aufgaben bekommen. Mit Blick auf die Schulgebäude gaben zudem 41 Prozent der Befragten an, dass diese nicht barrierefrei seien. H.M.

KOLUMNE

Unter Verdacht

VON THEO MAASS

Am Berliner Verwaltungsgericht ist der Richter Florian von Alemann ins Gerede gekommen. Wie sich herausgestellt hat, war Grünen-Mitglied Alemann einst auch Angehöriger der seinerzeit vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremistischen Organisation „JungdemokratInnen/Junge Linke“. Das berichtet „Nius“. Das Online-Portal hat einen Artikel des heutigen Richters in der linken studentischen Juristenzeitschrift „Forum Recht“ aufgespürt. In der Autorenbeschreibung wird die Mitgliedschaft des Juristen in der marxistischen Gruppe angegeben.

Unlängst gelangte eine von „Pro Asyl“ lancierte und bundesweit beachtete Klage von drei Asylsuchern auf Alemanns Schreibtisch. Die Klage durchlief eine Wanderschaft vom Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) zu einer Berliner Einzelrichterin, die sich aber nicht zuständig fühlte und den Vorgang an die 28. Kammer abgab, die sich gleichfalls für unzuständig erklärte und den Vorgang an die 6. Kammer weiterreichte, wo Alemann mit zwei Richterkollegen saß. Die Asylsucher hatten bereits zweimal vergeblich versucht, sich Zutritt nach Deutschland zu verschaffen und waren abgewiesen worden. Erst beim dritten Anlauf stellten die drei einen Asylantrag. Alemann entschied nun, dass die Zurückweisung der drei unrechtmäßig sei.

An dieser Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts hat sich bundesweit Kritik entzündet. Die Kritiker mutmaßen, dass Alemann von ideologischen Motiven geleitet gewesen sein könnte. Gegenüber den Medien, etwa im Gespräch mit der „Neuen Zürcher Zeitung“, beklagt der Richter die Anwürfe mit allem Nachdruck. Dennoch steht, auch wegen hanebüchener Angaben der drei Asylsucher etwa über ihr Alter, der Verdacht im Raum, dass ein Richter ein politisch motiviertes Urteil gefällt haben könnte. Das wäre ein Schlag für die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats.

MELDUNG

Autofreie Kieze kritisch gesehen

Berlin – Eine Umfrage unter den Lesern der Berliner Boulevardzeitung „B.Z.“ ergab, dass 68 Prozent der Befragten nicht der Meinung sind, dass jeder Stadtteil geeignet sei, autofrei zu werden. Lediglich 16 Prozent sagten, dass prinzipiell jeder Berliner Kiez vom Autoverkehr befreit werden könnte. Grünen-Politiker wie den Reinickendorfer Bezirksstadtrat Christopher Schriener ficht das offenbar nicht an. In der Bezirksverordnetenversammlung haben zwar CDU, AfD und FDP eine satte Mehrheit. Schriener ist bei der Realisierung von Fahrradstraßen dennoch kaum zu Kompromissen bereit. So schaffte er dieser Tage knapp 300 Parkplätze an einer Kleingartenkolonie ab, um Platz für eine Fahrradstraße zu schaffen. Die Pächter der Kolonie sind ob Schriners Schritt empört: „Wenn man was in den Garten bringt oder die Ernte wegschafft, dann ist man auf ein Auto angewiesen“, so ein Anwohner. F.B.

● MELDUNGEN

Mehr sichere Drittstaaten

Berlin – Das Bundeskabinett hat am 4. Juni einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten per Rechtsverordnung möglich machen soll. Abgelehnte Asylbewerber aus Staaten, die als sicher eingestuft sind, können schneller abgeschoben werden. Das Kabinett plant, die Kategorisierung sicherer Herkunftsstaaten künftig allein auf EU-Recht zu stützen. Dadurch wäre eine Zustimmung des Bundesrates nicht mehr nötig. Die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten ist in den letzten Jahren im Bundesrat oft an Ländern mit Regierungsbeteiligung der Grünen und Linken gescheitert. Nur im Fall von Moldau und Georgien gelang die Erweiterung der Liste. Im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD vereinbart, zuerst Algerien, Indien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Dann sollen Länder folgen, deren „Anerkennungsquote seit mindestens fünf Jahren unter fünf Prozent liegt“. *H.M.*

US-Rente für 169-Jährige

Washington – Das bis vor kurzem faktisch von Elon Musk geleitete Department of Government Efficiency (DOGE), welches eine Steigerung der Effizienz der US-Bundesregierung erreichen sowie Einsparmöglichkeiten beim Einsatz von Bundesmitteln aufzeigen soll, hat jetzt 12,3 Millionen Rentenbezieher in den USA für tot erklärt. Diese Personen waren angeblich alle über 120 Jahre alt. Dabei gab es selbst in der Gruppe der „160- bis 169-Jährigen“ noch 124.170 Karteileichen. Da sich die Zahlungen auf durchschnittlich 1950 US-Dollar pro Monat beliefen, ist der finanzielle Schaden durch den Leistungsbetrug immens. Der Bürokratie-Skandal zeugt von einem flächendeckenden Behördenversagen und besitzt darüber hinaus politische Dimensionen. Immerhin kann die Sozialversicherungsnummer der Verstorbenen auch für das Beantragen von Wahlunterlagen benutzt werden. Darüber hinaus ermöglicht sie den Identitätsdiebstahl. *W.K.*

Rationierungen wegen Klima

Brüssel – Laut des EU-Ausschuss für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit plant Brüssel die digitale Überwachung des Wasserverbrauchs aller Bürger und Unternehmen sowie den Erlass von Vorschriften zur Reduzierung des Wasserverbrauchs, die auf eine Rationierung hinauslaufen. Begründet wird dies mit „globalen Herausforderungen“ wie dem Klimawandel und Kriegen. Die neue Strategie basiert vor allem auf den Ideen der US-amerikanisch-italienischen Ökonomin Mariana Mazzucato, die unter anderem als Co-Vorsitzende der Kommission für die Wasserwirtschaft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fungiert und im September 2020 bereits einen „Klima-Lockdown“ ins Gespräch gebracht hatte. Das endgültige EU-Wasserkonzept samt konkreter Handlungsempfehlungen an die Adresse der Mitgliedsstaaten soll in diesem Sommer vorliegen. *W.K.*

HEIMLICHE MACHTÜBERNAHME

Muslimbrüder unterwandern Frankreich

Wie ein Krake streckt die Moslemorganisation ihre Tentakeln nach Kommunen und Sportverbänden aus

VON BODO BOST

Die Muslimbruderschaft entstand vor etwa einem Jahrhundert in Gaza und in Ägypten. Sie befürwortet einen integralen Islamismus, das heißt einen Islam ohne Trennung von Religion und Politik. Das Ziel der Bewegung ist die Errichtung islamischer Republiken, in denen die Scharia, das heißt eine strenge, wörtliche Auslegung des Korans, angewandt wird.

Die Ideologie der Muslimbruderschaft ist nicht auf die muslimische Welt beschränkt. Vielmehr möchte die Bruderschaft auch in Europa Fuß fassen. Die ersten Muslimbrüder ließen sich daher bereits in den 1950er Jahren in Frankreich nieder, um dort ein umfangreiches Netzwerk peu à peu aufzubauen. Aber auch in Deutschland, Großbritannien und Belgien sind die organisierten radikalen Moslems zunehmend aktiv. Die Bewegung verbreitete sich zunächst an den Universitäten, bevor sie sich ab den 1980er Jahren insbesondere in Frankreich über eine Hauptorganisation strukturierte: die Union der islamischen Organisationen in Frank-

reich, die später in „Verband der französischen Muslime“ umbenannt wurde. Diese Organisation wurde von den Behörden als der französische Zweig der Muslimbruderschaft betrachtet.

Islamisches Gesetz durchsetzen

Ein offizieller von Frankreichs Innenbehörde in Auftrag gegebener Bericht über die Muslimbruderschaft und deren Machenschaften in Frankreich wurde am 23. Mai veröffentlicht. Dabei war das Resümee alarmierend. Denn es handelt sich um „eine tentakelartige Organisation“, stellt der Bericht fest, „deren politisches Projekt darin besteht, die Orte der Macht über Schulen, Vereine und Sportclubs zu infiltrieren und zu erobern, um das islamische Gesetz durchzusetzen“. Weiter spricht das Bulletin von einer „Bedrohung für den nationalen Zusammenhalt“ und beschuldigt die Muslimbruderschaft, Mitglieder ihrer Organisation in andere Vereinigungen und Institutionen einzuschleusen, um deren Praxis oder Ausrichtung zu verändern und die muslimischen Ideen dort einzubringen.

Dem Bericht zufolge verliert die Muslimbruderschaft in der arabisch-islamischen Welt zunehmend an Bedeutung, spinnt aber kontinuierlich ihr Netz in Europa „besonders auf lokaler Ebene“. Laut der Untersuchung haben die Muslimbrüder in Frankreich um die 1000 Mitglieder, aber fast 200 Kultorte, die der Bewegung zuzuordnen seien, was sieben Prozent aller muslimischen Kultstätten in Frankreich entspräche. Der Aktivismus in sozialen Netzwerken bilde einen weiteren Schwerpunkt der Infiltration, es gäbe echte Influencer, die „große Wirkung in sozialen Netzwerken“ entfalteteten. Ihre Videos sprächen verschiedene fundamentalistische Strömungen an und seien oft für Jugendliche „die erste Tür, um den Islam zu entdecken“.

Schleier für Mädchen ab sechs Jahre wird gefordert

Der Bericht empfiehlt, „gegen das Gefühl der Ablehnung anzukämpfen“. Er möchte „starke Signale an die französischen Familien muslimischen Glaubens senden, während die Muslimbruderschaft dem Opfermythos huldigt und damit Erfolg

hat. Die Organisation benutze religiöse Einfallstore, wie angeblich islamische Kleidungs Vorschriften, Bestattungsvorschriften und vieles mehr, um politische Ziele zu erreichen“. Seit einigen Monaten tobte bereits im Vorfeld der Veröffentlichung des Berichts ein Kampf in den Sportverbänden um den islamischen Schleier im Sport. Die Muslimbrüder fordern den Schleierzwang für Mädchen ab sechs Jahren. Sie haben aus Umkleidekabinen religiöse Kultorte gemacht.

Die französische Linke hat sich bereits unterworfen

Während der Recherche und Erstellung des Berichts wurden 741 islamische Kultstätten, Schulen und auch Lebensmittelgeschäfte geschlossen, und mehr als 10.000 Kontrollen durchgeführt. Emmanuel Macron forderte die Regierung angesichts der „Schwere der Fakten“ auf, bis Anfang Juni Maßnahmen zu ergreifen, um den Einfluss der Muslimbruderschaft in den sozialen Netzwerken zu begrenzen, sie aber auch mit der Frage der ausländischen Finanzierung am Geldbeutel zu treffen. Seit 2021 wurden bereits zwölf Millionen Euro vom Finanzministerium beschlagnahmt.

Innenminister Bruno Retailleau verspricht eine „bessere Organisation“ des Staates im Kampf gegen den Islamismus mit einer Sonderstaatsanwaltschaft, die Auflösungen von Vereinen und Verbänden veranlassen kann. Ein erstes Gymnasium der Muslimbrüder in Marseille wurde bereits geschlossen. Die Fédération des Musulmans de France (MF), die in dem Bericht als „nationaler Zweig der Muslimbruderschaft in Frankreich“ bezeichnet wird, verurteilte „unbegründete Anschuldigungen“ und betonte ihre Verfassungstreue. Aber gerade so macht sie sich noch mehr verdächtig, denn der Legalismus ist der Hauptweg zur Erlangung von mehr Macht für die Muslimbrüder.

Jean-Luc Mélenchon, Führer der bereits weitgehend islamistisch unterwanderten linken Volksfront im Parlament, die sich „La France insoumise“ nennt, sprach hingegen von „einer beschämenden Islamophobie der herrschenden Kräfte in Frankreich, die ihre menschenfeindliche Fratze zeigt“. Ein klares Zeichen, dass sich die Linke den Moslems bereits vollumfänglich unterworfen hat und sich lediglich weiter anbiedern will.



Provokant: Muslimbrüder beten öffentlich außerhalb ihrer große Moschee in Paris

Bild: shutterstock.com

GAZA

Hamas aushungern, ohne Zivilisten zu treffen

Nur mit einer ausgefeilten Strategie kann Israel die Terrororganisation endlich zerschlagen

Die radikalislamische Terrorgruppe Hamas ist ein reines Produkt ausländischer Hilfen. Im Gazastreifen gibt es gar nichts, mit dem man so eine Armee und ein solches Waffenarsenal hätte aufbauen können. Seit der Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen 2005 hat diese fünfmal Israel angegriffen – wie 2023. Doch der Judenstaat konnte sich wehren. Nach dem Sturz des Assad Regimes in Syrien, im Dezember 2024, verlor auch die Hisbollah im Libanon ihre Landverbindung zum Iran. Seitdem musste sie ihren Kampf sowohl in Syrien als auch im Libanon einstellen. Auch bei den Regionalwahlen im Libanon wurde die Hisbollah erstmals geschwächt. Als es der Hamas dennoch weiter gelang, vom Gazastreifen und sogar vom Libanon aus Israel mit Raketen zu beschießen, erkannte Jerusalem, dass so-

gar mit den Hilfslieferungen, die Israel 2024 zugelassen hatte, die Hamas Geschäfte machte, um sich weiter Waffen zu beschaffen. Denn alle Hilfslieferungen endeten in dem von der Hamas kontrollierten Teilen des Gazastreifens, wo die Israelis keine Kontrolle mehr bei der Verteilung hatten. Deshalb stellten die Israelis seit März die Hilfstransporte ein.

Jetzt ließen sie erstmals wieder humanitäre Hilfe zu, aber unter der Regie der in der Schweiz ansässigen Stiftung „Gaza Humanitarian help“. Die Transporte gehen in den Süden und ins Zentrum Gazas – zwei Gebiete, die unter israelischer Kontrolle stehen. Hilfesuchende müssen sich mit ihren Ausweisen an diese Orte begeben. Dort werden sie, bevor sie Hilfe empfangen, fotografiert und gescannt, damit sie nicht mehrmals anstehen.

Auch diese Hilfslieferungen verliefen zunächst im Chaos. Aber es ist damit zu rechnen, dass diese Hilfe nicht wieder bei der Hamas versickert. Dass dennoch von Hamas-Sympathisanten massive Proteste in westlichen Ländern gestartet werden und dass gleichzeitig sogar westliche Regierungen – auch die deutsche – auf diese Propaganda hereinfallen, kann die Hamas wieder als Erfolg verbuchen, der sie zum Weitermachen anstiftet wird.

Dabei sollten endlich auch die Regierungen des Westens einsehen, wie die arabischen Nachbarregierungen und die Palästinenserregierung unter Präsident Abbas, dass der einzige Weg zum Frieden die Freilassung der Geiseln, die Waffenabgabe und Kapitulation der Hamas ist. Nur so kann das Sterben ein Ende haben, kann wieder Sicherheit im Gazastreifen einkeh-

ren und der Wiederaufbau beginnen. Deutschland ist leider, wie viele weitere westliche Regierungen, der Hamas auf dem Leim gegangen, die von Anfang an nie zwischen Feind und Freund unterschieden und sich immer nur hinter unschuldigen Zivilisten versteckt hat. Dabei wurde sie fatalerweise auch noch vom Westen unterstützt.

Es bleibt zu hoffen, dass mit dem neuen Verteilmechanismus der Hilfsgüter die Hamas ausgetrocknet werden kann, diese dann endlich den Kampf einstellt und die israelischen Geiseln nach über zwei Jahren Gefangenschaft freikommen. Nur dann wird es eine Chance geben, den Gazastreifen mit Hilfe der Palästinenserregierung zu befrieden. Die Hamas aushungern, ohne die Zivilisten leiden zu lassen – das ist die Taktik der Stunde. *bob*

VON HERMANN MÜLLER

Noch im März warnte die Unternehmensberatung Ernst & Young davor, dass Deutschland für ausländische Unternehmen zunehmend unattraktiv wird: „Wir werden abgehängt, andere europäische Standorte entwickeln sich deutlich besser.“ Tatsächlich sind die Direktinvestitionen aus dem Ausland in die deutsche Wirtschaft vergangenes Jahr auf den niedrigsten Stand seit 2011 gefallen.

Nun aber meldet der Chef der bundeseigenen KfW-Bank ein steigendes Interesse internationaler Investoren an Deutschland: „In meinen mehr als 30 Berufsjahren habe ich noch nie einen so rasanten Stimmungswechsel miterlebt“, so der KfW-Chef Stefan Wintels. Gegenüber dem „Handelsblatt“ erklärte er: „Viele institutionelle Investoren sind in den USA überinvestiert und würden gern stärker in Europa und innerhalb Europas, insbesondere in Deutschland, investieren.“

Die Bundesregierung hat zwar einen Bürokratieabbau, einen Investitionsbooster und eine Senkung der Körperschaftsteuer angekündigt – bis die Maßnahmen in der Wirtschaft eine Wirkung zeigen, wird aber noch geraume Zeit vergehen.

Das eigentliche Motiv von Anlegern, in Deutschland zu investieren, dürfte vor allem in der derzeitigen Lage der USA zu suchen sein. In Übersee braut sich an den Finanzmärkten eine Entwicklung zusammen, die professionelle Investoren mit Sorge sehen. Staatsanleihen der USA, die jahrzehntlang als „sicherer Hafen“ galten, werden an den Anleihemärkten zunehmend unbeliebter. Am 21. Mai stieß die US-Finanzverwaltung bei einer Auktion von Anleihen mit 20-jähriger Laufzeit auf so schwache Nachfrage bei Investoren, dass sie ein deutlich besseres Angebot machen musste. Erst als den Anlegern ein Zinssatz von fünf Prozent geboten wurde, fanden sich genug Käufer.

Beobachter sehen als unmittelbaren Anlass für den Anstieg der Renditen auf US-Staatsanleihen die Herabstufung der US-Kreditwürdigkeit durch die Ratingagentur Moody's. Diese hat die Bonität der Vereinigten Staaten am 16. Mai von der Bestnote „AAA“ auf „AA1“ abgesenkt. Damit haben die USA auch bei der letzten der drei großen Ratingagenturen ihre Top-Bonität verloren. Die Agenturen Fitch sowie S&P hatten ihre Bonitätsbewertung der Supermacht schon vor einiger Zeit gesenkt. Moody's begründete den Schritt mit den Kosten zur Bedienung der Staatsschulden: Diese Kosten sind mittlerweile höher als bei anderen Ländern mit der Spitzen-Bonität, so Moody's.

Ende Mai summierten sich die Staatsschulden auf den historischen Höchst-



Die US-Märkte sind übersättigt und Anleger verunsichert: Deutschland ist auch wegen der neuen Regierung eine gute Alternative

ANLAGEVERHALTEN

Interesse der Investoren an Deutschland steigt rapide

KfW-Bank-Chef glaubt, dass Anleger kein Vertrauen mehr in US-Märkte haben

stand von rund 36,9 Billionen US-Dollar. Die Staatsschuldenquote der USA – also das Verhältnis von Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt – lag Anfang des Jahres bei 124 Prozent. Die Zinslast für diese Staatsverschuldung wird 2025 1,17 Billionen US-Dollar betragen.

Trump verspielt Anlagevertrauen

Im März hatte Hedgefonds-Manager Ray Dalio angesichts der hohen Schuldenquote gewarnt, dass die USA unmittelbar vor einer Schuldenkrise stehen. Dabei geht es nicht um einen Zahlungsausfall, wohl aber um einen Rückzug ausländischer Käufer von Staatsanleihen und höhere Renditeerwartungen von Investoren. Dies könnte die Kreditkosten für die Vereinigten Staaten schnell untragbar machen.

Dalio wies auf die Möglichkeit drastischer Maßnahmen wie eine Umschuldung, poli-

tischen Druck auf Käufer oder die Kürzung von Zahlungen an bestimmte Länder hin. Donald Trump nahestehende Ökonomen haben unter dem Stichwort Mar-a-Lago-Accord vorgeschlagen, ausländische Gläubiger dazu zu bringen, ihre US-Staatsanleihen in solche mit bis zu 100-jähriger Laufzeit oder keiner Verzinsung umzuwandeln. Da kein Gläubiger freiwillig auf so einen Tausch eingehen würde, soll über Zölle oder die Drohung, den militärischen Schutz zu entziehen, Druck auf ausländische Kreditgeber ausgeübt werden. Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) schreibt im Zusammenhang mit solchen Ideen: „Es gibt keinen sichereren Weg, das Vertrauen in den Dollar zu unterwandern.“ Tatsächlich dürfte allein schon die Diskussion solcher Pläne viele Investoren dazu veranlassen, das Weite zu suchen.

Auf der Suche nach Alternativen kommt Deutschland ins Blickfeld von Investoren. Zwar hat auch die Bundesregierung ein großes Schuldenpaket beschlossen, aber im Vergleich zu den USA wirkt Deutschland mit einer Schuldenquote von 63 Prozent stabil. Auch Bundesanleihen haben international immer noch den Ruf als „sicherer Hafen“.

Die Abwahl der Ampelregierung und die Neubesetzung des Wirtschaftsministeriums können für internationale Investoren durchaus Anlass sein, eine Direktinvestition in Deutschland ins Auge zu fassen. Zwar haben Autobauer und auch die Chemiebranche hierzulande ganz massive Probleme, vorhanden ist aber noch immer eine industrielle Basis und ein breiter Mittelstand samt zahlreicher Weltmarktführer, die quasi das Tafelsilber des Wirtschaftsstandortes darstellen.

US-ZÖLLE

In Chinas Wirtschaft gärt es gewaltig

Immer häufiger kommt es zu Demos, Protesten, aber auch zu Produktionsstopps und Lohnausfällen

Die exportorientierte chinesische Wirtschaft leidet zusehends unter den Strafzöllen der USA und der EU. Das hat mittlerweile ernsthafte Auswirkungen auf den sozialen Frieden im Reich der Mitte, wie im Internet kursierende Videos von Protestaktionen und anonyme Aussagen von Mitarbeitern gegenüber ausländischen Journalisten zeigen. Die Beschäftigten klagen über fehlende oder gekürzte Lohnzahlungen, Aussperrungen und Massenentlassungen sowie Fabrikschließungen ohne jegliche Vorankündigung. Zwischen dem 1. April und 21. Mai veröffentlichte der in den USA betriebene Blog „YesterdayProtests“ Bildmaterial von mehr als 60 verschiedenen Arbeiterdemonstrationen und Streiks in 21 Provinzen beziehungsweise Autonomen Regionen Chinas und auf Baustellen in Indonesien.

Dabei scheinen vor allem das Baugebäude, die Auto- und Pharma-Industrie, der Elektro- und Elektroniksektor sowie die Textil- und Spielzeugbranche betroffen zu sein.

Typische Beispiele hierfür sind der in Shanghai ansässige Elektroautobauer Hozon, der Fahrzeuge der Marke Neta produziert, die Spielzeugfabrik Weilixing Toys Ltd. in Shenzhen und die 12th Metallurgical Construction Co. Ltd. der staatlichen China Nonferrous Metal Mining Group in Peking.

Hozon galt einst als aufsteigender neuer Stern an Chinas Autohimmel und verkaufte 2022 rund 152.000 Fahrzeuge. 2024 waren es dann aber nur noch 64.000 Autos, während die Verluste sich auf umgerechnet über zwei Milliarden Euro summierten. Infolgedessen schuldet das

Unternehmen jedem seiner Mitarbeiter nun im Durchschnitt umgerechnet 12.300 Euro an ausstehenden Löhnen. Weil mittlerweile nur noch 200 Fahrzeuge pro Monat vom Band rollen, steht Hozon vor dem Konkurs, was vor allem für jene Beschäftigte dramatisch ist, welche sich zum Kauf von Unternehmensaktien nötigen ließen.

Anfang Mai protestierten auch die Arbeiter von Weilixing Toys, weil der Spielzeughersteller, der vor allem in die USA und andere westliche Länder exportiert, einen Produktionsstopp verhängt und Entlassungen angekündigt hatte. Auch hier sind die hochverschuldeten Eigentümer nicht in der Lage, die Löhne für die vergangenen Monate auszuzahlen.

Die 12th Metallurgical Construction Co. Ltd. wiederum, welche in Nordkali-

mantan auf der indonesischen Insel Borneo eine große Aluminiumfabrik errichtet, kann ihre Mitarbeiter ebenfalls nur noch sporadisch beschäftigen und setzte plötzlich alle Lohnzahlungen aus. Wer daraufhin enttäuscht in die Heimat zurückkehrte, blieb auf sämtlichen Reisekosten sitzen. Ähnliche Meldungen kommen von Baustellen in der Inneren Mongolei sowie den Provinzen Sichuan, Guangdong und Hunan.

Allerdings haben nicht nur Baukonzerne und auf den Export fixierte Unternehmen Probleme. Das zeigen die Zahlungsschwierigkeiten des Vergnügungsparks Visionland in Liuzhou und etlicher Schulen in der Provinz Shandong. Somit scheint in China jetzt eine flächendeckend explosive Wirtschaftskrise heranzureifen.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

CO₂-Preise explodieren

Berlin – Ab 2027 soll sich der CO₂-Preis für Heizöl, Erdgas sowie Kraftstoffe nicht mehr staatlich, sondern über einen neuen EU-weiten Emissionshandel (ETS 2) bilden. Das kann teuer werden, wie eine Analyse des Berliner Unternehmens Purpose Green zeigt: Schon bei einem CO₂-Preis von 100 Euro pro Tonne – möglich ab 2030 – steigen die jährlichen Zusatzkosten für ein durchschnittliches Haus in Hamburg auf rund 780 Euro. Im Extremszenario von 400 Euro läge die Belastung bei über 3000 Euro – zusätzlich zu den reinen Energiekosten. Eigentümer schlecht sanierter Mietshäuser müssen bis zu 95 Prozent dieser CO₂-Kosten selbst tragen. Der Zweck: Druck zur energetischen Sanierung. Denn diese erfolgt bislang nur schleppend. Kritiker warnen daher: Das EU-System verteuert das Wohnen, entlastet Bürger aber nicht – denn ein „Klimageld“ als Ausgleich gibt es in Deutschland bislang nicht. Tschechien fordert bereits eine Verschiebung des ETS 2. P.E.

PayPal arbeitet gegen Bargeld

San José – Seit dem 27. Mai läuft eine anonyme bundesweite Anti-Bargeld-Kampagne mit Slogans wie „Cash ist nicht mehr King“, „Du liebst Bargeld. Aber hat Bargeld dich jemals zurückgeliebt?“ oder „Später zahlen? Bargeld kann dies nicht“. Hinter der Aktion steckt der US-amerikanische Zahlungsdienstleister PayPal, welcher kürzlich entsprechende Aktivitäten angekündigt hatte. Dies geschah vor dem Hintergrund der Einführung einer mobilen elektronischen Geldbörsen von PayPal zum Bezahlen an physisch existierenden Ladenkassen. PayPal steht allerdings schon länger in der Kritik, weil es seine Kundendaten an viele Kooperationspartner weltweit weiterreicht. Darüber hinaus sehen die Geschäftsbedingungen von PayPal Kontensperrungen nach eigenem Gutdünken vor, wenn das Unternehmen denkt, dass Kunden „ungenaue Informationen“ verbreiten. W.K.

Jeder Zehnte zahlt GEZ nicht

Hamburg – Rund 2,5 Millionen deutsche Haushalte werden aktuell gemahnt und gegen 1,2 Millionen wurde bereits ein Vollstreckungsbescheid erlassen. Das ergibt rund 3,7 Millionen Fälle, die allesamt keine Rundfunkgebühren bezahlt haben. Unterm Strich zahlt also jeder Zehnte seine Gebühren nicht. Das geht aus dem aktuellen Jahresbericht des Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio hervor, also denjenigen Anstalten, die in den Genuss der vielen Milliarden an Euros kommen, welche die Deutschen zwangsweise zahlen müssen. Hauptgrund für die Zahlungssäumnisse ist angeblich mangelnde finanzielle Liquidität gefolgt von großer Unzufriedenheit mit dem Programmangebot und einer nicht vorhandenen politischen Ausgewogenheit. An der Spitze der Zahlungsverweigerer liegt NRW vor Bayern und Baden-Württemberg. Schaut man auf die prozentualen Anteile, führen Hamburg und Bremen die Liste der säumigen Zahler an. J.E.

KOMMENTAR

Zersägt Polen das Weimarer Dreieck?

HERMANN MÜLLER

Im Mai hatte Friedrich Merz als frisch gewählter Bundeskanzler auf dem Weg zum Antrittsbesuch bei Emmanuel Macron angekündigt, „ein bisschen auch einen Neustart“ in den Beziehungen zu Paris und Warschau einleiten zu wollen. Tatsächlich kann das sogenannte Weimarer Dreieck, das Gesprächsformat der Regierungschefs Frankreichs, Polens und Deutschlands, neuen Schwung dringend gebrauchen. Der vor über dreißig Jahren gestartete Versuch Hans-Dietrich Genschers, die politische Achse Paris-Berlin bis nach Warschau zu erweitern, ist bereits mehrmals totgesagt worden, auch unter der Ampelregierung war das Weimarer Dreieck mehr Pflichtveranstaltung als Chefsache.

Zumindest mit Blick auf Deutschlands östlichen Nachbarn haben sich die Erfolgsaussichten für den von Merz angekündigten „Neustart“ innerhalb weniger Wochen rapide verschlechtert.

In Polen hat sich eine knappe Mehrheit der Wähler am 1. Juni für Karol Nawrocki als neuen Staatspräsidenten ausgesprochen. Der Parteilose war für die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) angetreten. Im Wahlkampf hat Nawrocki dann auch weitgehend PiS-Positionen vertreten und auf Mittel zurückgegriffen, die sich aus Sicht der Partei immer wieder bewährt haben. Außer auf EU-Kritik setzte Nawrocki auch auf das Feindbild Deutschland, um die polnischen Wähler zu mobilisieren.

Die Bundesregierung und auch die EU müssen sich darauf einstellen, dass die Beziehungen zu Polen vorerst nicht besser und die Zusammenarbeit nicht einfacher werden. Das Amt des Staatspräsidenten hat in Polen nicht nur eine repräsentative Funktion. Dem neuen Präsidenten Nawrocki steht ein Veto-Recht gegen Gesetzesvorhaben der Regierung zu. Das Veto kann im Parlament, dem Sejm, nur mit einer Dreifünftelmehrheit überstimmt werden. Die Verfassung sieht zudem eine Zusammenarbeit von Premierminister und Staatspräsident in der Außenpolitik vor.

Angekündigt hat Nawrocki bereits, die Kooperation im Rahmen der Visegrád-Gruppe wieder zu verstärken. Für die PiS und Nawrocki sind aber die USA

der wichtigste Verbündete, nicht Frankreich oder Deutschland. Im Sinne dieses Konzepts versprach der designierte Präsident, er werde sich dafür einsetzen, dass zukünftig mehr US-Soldaten in Polen stationiert werden. Außerdem müsse Polen nach Ansicht von Nawrocki Teil der nuklearen Teilhabe an den US-Atomwaffen werden, so wie es auch Deutschland ist.

Mit der Priorität des Präsidenten auf die USA als Polens wichtigstem Verbündeten sind Konflikte mit der EU programmiert: Sei es beim Ziel der EU, Rüstungsgüter künftig sehr viel mehr bei europäischen Herstellern und nicht in den USA zu bestellen, oder aber beim Fernziel, eine gemeinsame europäische Armee aufzubauen.

Streit um Reparationszahlungen

Nawrocki und die PiS gehen mit ihrer Festlegung auf die USA als Hauptpartner ein erhebliches Risiko ein: Was passiert mit Polen, wenn die Trump-Administration endgültig das Interesse an Europa verliert und einen Deal mit Russland macht? Außenpolitisch würde Polen dann ziemlich isoliert zwischen den verprellten Europäern und den desinteressierten Amerikanern dastehen.

In einem seiner ersten Auslandsinterviews nach der Wahl hat Nawrocki auch vor einem überstürzten EU-Beitritt der Ukraine gewarnt: „Kiew muss sich zuerst um die Beziehungen zu den Nachbarstaaten kümmern, insbesondere um wirtschaftliche und historische Fragen wie das Massaker von Wolhynien.“ Auch die deutsche Bundesregierung muss sich darauf gefasst machen, dass der gebürtige Danziger versuchen wird, die Forderung nach Reparationszahlungen in den deutsch-polnischen Beziehungen erneut zu einem Hauptthema zu machen.

Mit der Wahl Nawrocki ins höchste Staatsamt steht auch Ministerpräsident Donald Tusk weiter unter hohem innenpolitischen Druck. Über seine Vetomöglichkeiten hat es der Präsident in der Hand, zentrale Vorhaben der Regierung zu blockieren, möglicherweise sogar eine Regierungskrise auszulösen. Bei der PiS dürfte die Versuchung dazu angesichts der für den Herbst 2027 angesetzten Parlamentswahlen groß sein.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Zeigten, dass ein Volk mehr ist als die Gemeinschaft der Bürger eines Staates: Demonstranten im Winter 1989/90

GEDANKEN ZUR ZEIT

Was ist ein Volk?

Zur Versachlichung einer aufgeregten und oft unsachgemäß geführten Debatte

BURGHARD GIESELER

Ob die Mauern von Jericho, wie im Alten Testament beschrieben, tatsächlich unter dem Schall der Posaunen eingestürzt sind, ist fraglich. Keine Frage ist es hingegen, dass der auf den Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 von unzähligen DDR-Bürgern selbstbewusst und mutig skandierter Ruf „Wir sind das Volk!“ zum Einsturz der Berliner Mauer beigetragen hat. Doch nach deren Fall wurde aus dem Ruf „Wir sind *das* Volk!“ alsbald der Ruf „Wir sind *ein* Volk!“ bekanntlich nahm die CDU unter Kanzler Kohl die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands auf und ließ folglich im Winter 1989/90 in beachtlicher Stückzahl einen Aufkleber herstellen, auf dem – mit Schwarz, Rot, Gold unterlegt – der Satz stand: „Wir sind ein Volk!“ Das Wort „ein“ war unterstrichen. Doch welcher Volksbegriff lag dieser Forderung zugrunde?

Bereits im alten Griechenland hatte man zwei verschiedene Begriffe von „Volk“: Zum einen den vom Volk als die in einem Staat organisierte Gemeinschaft von Bürgern – vom Staatsvolk (*Demos*), zum anderen vom Volk als Herkunftsgemeinschaft (*Ethnos*). Im Deutschen indes deckt das Wort „Volk“ beide Begriffe – sowohl den des Staatsvolkes als auch den von der Herkunftsgemeinschaft – gleichermaßen ab, sodass stets geklärt werden muss, welcher Volksbegriff jeweils gemeint ist. Im Fall des Rufes „Wir sind *ein* Volk!“ konnte es wohl nicht das Staatsvolk gewesen sein, da es vor der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR keinen einheitlichen Staat und somit auch kein gesamtdeutsches Staatsvolk gab.

Zweierlei Volksbegriffe

Noch deutlicher wird der Unterschied zwischen *Demos* und *Ethnos* in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als es in Deutschland 39 souveräne Staaten gab, von denen jeder einzelne zwar sein eigenes Staatsvolk hatte, niemand aber wohl behaupten wird, dass es damals in Deutschland 39 verschiedene Völker gegeben hätte. Vielmehr war es das Ziel der deutschen Nationalbewegung, diese staatliche Zersplitterung zu überwinden und einen einheitlichen liberalen Verfassungsstaat für die gesamte Kulturnation

zu schaffen. Genau das spiegelt sich in dem Text unserer 1841 gedichteten Nationalhymne wider: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“.

Auch in der Gegenwart haben zahlreiche Völker gar keinen eigenen Staat und können deshalb auch nicht als Staatsvolk, sondern nur als Kultur- und Herkunftsgemeinschaft – also über den ethnischen Volksbegriff – definiert werden. Das Siedlungsgebiet der Kurden etwa verteilt sich auf die Staaten Türkei, Syrien, Irak, Iran und Russland. Gleichwohl empfinden die zirka 35 Millionen Kurden aufgrund ihrer gemeinsamen Herkunft, Kultur und Sprache ein Zusammengehörigkeitsgefühl und sehnen sich nach einem gemeinsamen Staat.

Den ethnischen Volksbegriff gab es zu allen Zeiten, in allen Kulturen, und auch in unserer Gesellschaft ist er keineswegs „verfassungswidrig“ oder „ausgrenzend“

Nicht minder tragisch ist das Schicksal Tibets, das 1951 von China annektiert wurde und seither einem starken Assimilierungsdruck ausgesetzt ist. Sein geistliches Oberhaupt, der Dalai Lama, musste 1959 nach Indien ins Exil fliehen, von wo aus er sich – gegen den erbitterten Widerstand Pekings – für die Bewahrung der kulturellen und religiösen Identität seines Volkes einsetzt. Fernziel ist auch hier ein gemeinsamer Staat für alle zirka acht Millionen Tibeter.

Besonders bedroht ist bekanntlich nicht nur die Identität, sondern sogar die Existenz der etwa 826 indigenen Völker in Südamerika. Denn illegale, aber nicht selten staatlich geduldete Brandrodungen zerstören die Lebensgrundlage dieser mitunter recht kleinen und deshalb macht- und hilflosen Ethnien. Für sie setzt sich tatkräftig die Göttinger „Ge-

sellschaft für bedrohte Völker“ ein, auf deren Internetseite es heißt: „Wir engagieren uns für die indigenen Völker, denn sie stehen für die Vielfalt der Welt und das Erbe der Menschheit.“

Schöner könnte man es nicht sagen. Tatsächlich bereichern die autochthonen Völker mit ihrer kulturellen Vielfalt unsere Erde und machen sie bunt. Das gilt natürlich auch für die Völker Europas.

Rechtslage in Deutschland

Doch auch die deutsche Rechtsordnung kennt parallel sowohl den Begriff vom Volk als Staatsvolk als auch den ethnischen Volksbegriff: „Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat“ (Artikel 116 Absatz 1 GG). Dieser Artikel des Grundgesetzes ist in Verbindung mit dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) und mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) die Rechtsgrundlage dafür, dass Angehörige der deutschen Minderheit im Ausland die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können, selbst wenn sie niemals in Deutschland gelebt haben. Auch die Einbürgerung deutscher Aussiedler beispielsweise aus Kasachstan erfolgte und erfolgt auf dieser Rechtsgrundlage.

Den ethnischen Volksbegriff gab es also zu allen Zeiten in allen Kulturen dieser Welt, und auch in unserer Gesellschaft ist er, sofern er nicht absolut gesetzt wird, keineswegs „verfassungswidrig“ oder „ausgrenzend“, sondern – im Gegenteil – verbindend. Auch aus diesem Grund möchte man angesichts der unsichtbaren Mauer, die unser Land entlang der früheren innerdeutschen Grenze so sehr spaltet wie seit dem Fall der Berliner Mauer nicht mehr, wieder auf die Straße gehen und wie im Winter 1989/90 rufen: „Wir sind *ein* Volk!“

● **Burghard Gieseler** war von 2004 bis 2015 Landesvorsitzender des Niedersächsischen Althilologenverbandes sowie von 2016 bis 2024 Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V.

Universale Klänge

Der „Donauwalzer“ tanzt ins All – Ausstellungen und Veranstaltungen zum 200. Geburtstag von Johann Strauss (Sohn)

VON HELGA SCHNEHAGEN

Walzer links herum, Walzer rechts herum – der Tanz im Dreivierteltakt hat wie kein zweiter die Welt erobert. Jetzt wurde ihm diese zu klein und er reiste ins All. Am 31. Mai übertrug die Europäische Weltraumorganisation (ESA) seinen berühmtesten Vertreter „An der schönen blauen Donau“ aus einem Live-Konzert der Wiener Symphoniker im Museum für angewandte Kunst (MAK) in Wien in die unendlichen Weiten des Universums.

Unter Leitung von Chefdirigent Petr Popelka spielte das Orchester an diesem Abend ausgewählte Werke mit galaktischem Bezug. Höhepunkt war der Donauwalzer von Johann Strauss (Sohn). In Echtzeit wurde er an die Weltraumantenne der ESA in Cebreros, Spanien, übertragen, um von dort als elektromagnetische Welle in Lichtgeschwindigkeit (mit 299.792 Kilometern pro Sekunde – der schnellsten Geschwindigkeit, die in unserem Universum möglich ist) ins Weltall zu reisen.

Nach zirka 1,34 Sekunden erreichte die Walzermusik den Orbit des Mondes, nach vier Minuten und 20 Sekunden den Orbit des Mars, nach 37 Minuten den Orbit des Jupiters, nach vier Stunden den Orbit des Neptuns und nach 17 Stunden die Helio-pause. Damit verließen die Klänge unser Sonnensystem. Nach 23 Stunden und drei Minuten überholten sie die Voyager 1. Mit mehr als 25 Milliarden Kilometern Entfernung zur Erde ist die NASA-Raumsonde das am weitesten gereiste menschengemachte Objekt im All. Wie weit und wie lange der Strauss-Walzer als menschengemachter Klang durchs Weltall tourt, werden wir wohl nie erfahren.

Die Voyager 1 ist seit 1977 unterwegs und hat zwei goldene Datenplatten mit Bild- und Toninformationen an Bord, um potenzielle außerirdische Wesen mit dem Reichtum der irdischen Zivilisation bekannt zu machen, so auch Musik von Bach und Mozart. Den „Donauwalzer“ hatte



Der Schöpfer und sein Werk: Das Theatrumuseum präsentiert Figuren der Operette „Die Fledermaus“ von Strauss (oben)

man seinerzeit nicht aufgespielt. Dieses Versäumnis wurde jetzt behoben.

Bleibt die Frage, ob Außerirdische, sollte es sie denn geben, den Walzer genauso schätzen wie ihre menschlichen Kollegen. Fiktive Figuren wie Homer Simpson schweben seit Stanley Kubricks Science-Fiction-Film aus dem Jahr 1968 „2001: A Space Odyssey“ jedenfalls schon im Dreivierteltakt durchs Universum. Ganz real ist „An der schönen blauen Donau“ in der Raumfahrt fester Bestandteil bei Weckrufen und Andockmanövern. Schon während der NASA-Mission 2001 erklang beim Andocken des Space Shuttle „Discovery“ auf der International Space Station (ISS) der „Donauwalzer“ – gilt er international doch als Hymne des Welt-raums.

Mit beiden Beinen fest auf der Erde feiert Wien das gesamte Jahr über Johann Strauss (Sohn) (1825–1899) zu seinem runden Geburtstag. In Zahlen bedeutet das: 65 Produktionen an 69 über die ganze Stadt verteilten Orten in zehn Genres: Konzert, Musiktheater, Tanz, Schauspiel, Installation, Ausstellung, Wissenschaft, Zirkus, Performance, Film/Video.

Den klassischen Weg, um in das Leben und Werk des Jubilars einzutauchen, beschreitet das Theatrumuseum im Palais Lobkowitz am Lobkowitzplatz 2. Die umfassende Objekt-Schau „Johann Strauss. Die Ausstellung“ wird dabei durch Hörstationen, Rahmenprogramm und einen 288-seitigen Katalog ergänzt. Von der „Fledermaus“ bis zum „Donauwalzer“, vom Privatleben bis zum Familien-Unter-

nehmen, von Reisen nach Amerika bis Russland ist alles dabei.

Selbst zu der wenig erfolgreichen und daher kaum bekannten einzigen Strauss-Oper „Ritter Pásmán“ hat man verschollene Objekte wieder ausgegraben. Jeder der acht Räume besitzt einen besonders gekennzeichneten Höhepunkt. Wertvollstes von allen ist die Original-Partitur der „Fledermaus“ (bis 23. Juni 2025 täglich geöffnet von 10 bis 18 Uhr).

Dem Trend der Zeit folgend, hat auch Wien anlässlich des Jubiläums ein neues audiovisuelles, immersives und interaktives Museum eröffnet. Das „Johann Strauss Museum – New Dimensions“ in der Friedrichstraße 7 im Zentrum der Stadt gegenüber der Secession ist auf Dauer angelegt. Der Name ist Programm.

Historische Exponate gibt es hier nicht. Dafür wird das komplexe Leben des Stars in anschaulichen Bildern und schwungvollen Klängen mit neuester Technologie verständlich und unterhaltsam erzählt.

Die 75-minütige Zeitreise beginnt im Jahr 1825 beim als Teufelsgeiger gefeierten Johann Strauss (Vater) und geht – in der Rezeption – über den Tod von Johann Strauss (Sohn) hinaus. Besonders der letzte Raum lässt den Besucher noch einmal in die zentralen Stationen im Leben von Johann Strauss (Sohn) eintauchen, also auf Neudeutsch „immersiv“ erleben (täglich von 10 bis 19/20 Uhr).

Authentisch ist die original erhaltene Wohnung in der Praterstraße 54, die Strauss in den 1860er Jahren bezog. Hier erzählen auch wieder Porträts, Dokumente und persönliche Gegenstände – darunter ein Bösendorfer-Klavierflügel und eine Amati-Geige – aus dem Leben und Werk des Komponisten (Dienstag bis Sonntag von 10 bis 13 und 14 bis 17 Uhr).

Authentisch ist ebenfalls der Strauss-Saal im ehemaligen Casino Zögernitz, der einzige noch erhaltene Original-Konzertsaal, in dem alle vier Strauss-Legenden einst auftraten – Johann Strauss (Vater), Johann Strauss (Sohn), Josef und Eduard Strauss. Er ist Teil des neuen „House of Strauss“, Döblinger Hauptstraße 76, mit Sitz des Wiener Instituts für Strauss-Forschung. Den Besucher erwarten hier ein multimedial inszeniertes Museum, Konzert-Shows und Wiener Küche.

Konzipiert wurde das Zentrum der Wiener Unterhaltungskultur des 19. Jahrhunderts von dem renommierten Atelier Brückner, und befindet sich damit in guter Gesellschaft. Denn die Handschrift des Stuttgarter Architekturbüros prägen keine geringeren Projekte als das Grand Museum of Egypt in Gizeh, das Museum of the Future in Dubai, das Ephesus Experience Museum in der Türkei oder die neu gestaltete Archäologische Staatssammlung München.

● www.strauss.wien.info;
● www.johannstrauss2025.at

KINO

Die Axt im Schweizer Haus

War die Eidgenossenschaft schon im Mittelalter muslimisch mitgeprägt? – Der frei nach Schiller inszenierte Film „Wilhelm Tell“

Salam aleikum, ihr Eidgenossen! Euer Volksheld Wilhelm Tell war also Kreuzritter, der sich im Morgenland eine Familie besorgt hat: Eine arabische Frau und deren Sohn habe er vom Heiligen Land in die alpine Bergwelt versetzt. Und der Junge, dem er im Jahr 1307 mit einem Armbrustpfeil den Apfel vom Kopf schießt, war demnach sein Stiefsohn aus dem Orient.

Der Zwang, sich der „woken“ Gender-Diversitäts-LGBTQ-Mode zu unterwerfen, treibt im Kino die merkwürdigsten Blüten. Mit der historischen Wahrheit nimmt man es dann nicht mehr so genau. So vermittelt die britisch-italienische „Wilhelm Tell“-Version, die am 19. Juni in die Kinos kommt, den Eindruck, als sei die Schweiz schon seit Gründung der Eidgenossenschaft muslimisch mitgeprägt gewesen. Im Film hat sogar einer der drei Bauernführer vom Rütlichschwur ein unverkennbar orientalisches Aussehen.

Der Film des nordirischen Regisseurs Nick Hamm beruft sich lose auf Friedrich

Schillers „Tell“-Drama als Vorlage. Nun gut: Schon Schiller hatte sich einige Freiheiten gegönnt und Volkssagen mit historischen Tatsachen vermengt. Doch Hamm treibt es noch auf die Spitze. Während der

tyrannische Reichsvogt Gessler die Armbrust-Attacke von Tell in der Hohlen Gasse dieses Mal aus dramaturgischen Gründen überlebt – man braucht ihn für den finalen Showdown –, wird der Habsburger

König Albrecht aus feministischen Gründen von einer Frau statt – wie historisch verbürgt – von einem Neffen erdolcht.

Ben Kingsley, der einst als Gandhi auf der anderen Seite des Freiheitskampfes stand, muss jetzt als einäugiger Unterdrücker-König den Kopf hinhalten. Das rettet am Ende die Schweizer, aber nicht dieses Filmdrama, das mit Jonathan Pryce einen weiteren Filmveteran in den Kampf gegen die Tyrannei schickt. Der Waliser Schauspieler wirkte einst in dem Fantasy-Spektakel „Game of Thrones“ mit, und in eine ähnlich von Regen und Schnee ästhetisierte Matsch-verschlammte mittelalterliche Fantasy-Welt von Westeros oder Winterfell fühlt man sich hier versetzt.

Schauspielerisch bewegt sich dieser Film auf höchstem Niveau – jedenfalls dem der Einfallslosigkeit. Dem Dänen Claes Bang, der hier den Tell spielt, ist anzumerken, dass er sich in der Schweiz fremd fühlt. Er bewegt sich auf seiner Alm und unter Bauernkollegen so grazil wie

die Axt im Walde. Damit ist man zumindest nah am Original, denn schon Schiller lässt ja den Tell sagen: „Die Axt im Haus erspart den Zimmermann.“ Und dessen vom Briten Connor Swindells gespielter Widerpart Gessler beschränkt sich aufs Ziehen von Fratzen, wenn er seinen Zorn zum Ausdruck bringen will, sobald die aufständischen Bauern in Altdorf nicht vor seinem Gesslerhut niederknien.

Die Schweizer selbst liefern die Kulisse und decken den Tisch für die internationalen Gäste, bleiben von ihrem eigenen Heim aber praktisch ausgesperrt. Jedenfalls nimmt man sie nicht wahr. Der Film hätte auch in der Arktis, der Wüste oder auf dem Mond spielen können. Es hätte keinen Unterschied ausgemacht.

Seltsam, dass ein Film, der den Freiheitskampf zum Thema hat, sich selbst so vielen Zwängen unterwirft. „Wer zu viel bedenkt, wird wenig leisten“, heißt es in Schillers „Wilhelm Tell“. Dieser Film bedenkt viel und leistet nichts. Harald Tews



Der Apfel fällt dieses Mal weit vom Stamm: Tell (hinten) zielt auf seinen (Stief-)Sohn

VOR 80 JAHREN

Das Prerauer Massaker

Die Slowakei war seit 1938 eine mit Deutschland verbündete autonome Nation, als es im August 1944 einen Aufstand gegen das Tiso-Regime gab, und erstmals deutsche Truppen ins Land kamen. Vorher waren viele der damals 150.000 im Lande lebenden Karpatendeutschen in den Schlucke-nauer Zipfel nach Böhmen geflüchtet.

Im Frühjahr und Sommer 1945 kehrten Zehntausende Karpatendeutsche in ihre Heimat zurück. Auf dem Weg wurden viele Heimkehrer aber bereits in Tschechien überfallen, beraubt und getötet. Eines der schlimmsten Verbrechen aber verübten Soldaten der tschechoslowakischen Armee in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 1945 an Karpatendeutschen, deren Zug auf dem Verschiebegelände des mährischen Bahnknotenpunkts Prerau [Přerov] angehalten hatte.

Die meisten der 265 Menschen stammten aus der Ober- und Unterzips. Während der Zug hielt, lief ein Militärtransport mit tschechoslowakischen Soldaten in den Bahnhof ein. Sie befanden sich auf dem Heimweg von einer Siegesfeier in Prag. Am Nachmittag zwang der Geheimdienstoffizier Karol Pazúr (1917–1976) die Zivilisten dazu, den Zug zu verlassen. Man trieb die Menschen in Viererreihen nach Ober-Moschtienitz an die Schwedenschanze, einen Wall aus dem Dreißig-jährigen Krieg. Die Deutschen sollten in der dortigen Ziegelfabrik eingesperrt werden. Der Bürgermeister des Ortes lehnte es jedoch ab, den Soldaten die Schlüssel auszuhändigen.

Die geschundenen Menschen kehrten in Richtung Lobositz zurück und hielten auf der Kreuzung, über der sich die Schwedenschanze befindet. Pazúr befahl 15 Männern des Ortes ein Massengrab im Ausmaß von 17-mal zwei Metern auszuheben. Sie mussten auch die Hinrichtungen beobachten und später die Leichen zuschütten. Zehn Soldaten mussten sich aufstellen, um jeweils zehn Opfer vor dem Massengrab kaltblütig niederzuschießen. Dabei wurden 71 Männer, 120 Frauen und 74 Kinder ermordet.

Im Bewusstsein der tschechischen Öffentlichkeit war der Massenmord von Prerau in der kommunistischen Zeit nicht präsent. Mit dem Massaker an der Schwedenschanze befassten sich auch seit 1989 nur einzelne tschechische Historiker und Publizisten. Regisseur Jiří Havelka drehte mit den Schauspielern des Prager Nationaltheaters darüber ein Doku-Drama. Es trägt den Titel „Očítý svědek“ (zu Deutsch: Augenzeuge). Dem Drama lagen die Akten des kommunistischen Geheimdienstes ŠtB zugrunde. Es waren Aussagen derer, die damals entweder gemordet hatten, ihre Nächsten verloren oder bei der Tat zugehört hatten. 1947 wurde nur Karol Pazúr vor Gericht gestellt. Der zuständige Olmützer Staatsanwalt František Doležel wollte damals eine Exhumierung der Leichname anordnen. Der tschechische Geheimdienst ŠtB kam ihm jedoch zuvor. Man stellte fest, dass die Mehrheit der Opfer wohl noch am Leben war, als sie zugeschüttet wurden, denn viele hatten Erde im Mund und in den Händen. Pazúr wurde im Januar 1949 vom Militärgericht in Pößnitz zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt. Doch nach einem Jahr wurde er auf Grund einer Präsidentenamnestie bereits wieder entlassen. Er war weniger für seine Verantwortung am Massaker von Prerau verurteilt worden, als hauptsächlich wegen seiner faschistischen Vergangenheit. *Bost*

IM DIENSTE PREUSSENS

Peter von Colomb – die große Militär-Laufbahn eines Hugenotten

Im Krieg auf dem Schlachtfeld bewährt und versiert, machte er aber auch in Friedenszeiten eine steile Karriere und brachte es schließlich sogar zum Gouverneur von Königsberg



Friedrich August Peter von Colomb in einer Xylographie um 1845

Bild: Interfoto

VON MARTIN STOLZENAU

Der preußische General Friedrich August Peter von Colomb wurde laut Kurt von Priesdorff, der als preußischer Militärhistoriker große Bekanntheit erlangte, am 19. Juni 1775 in der ostfriesischen Stadt Aurich geboren. Er entstammte einer Hugenottenfamilie und war über die Frauen seiner Familie mit Berühmtheiten wie dem preußischen Generalfeldmarschall Gebhard Leberecht von Blücher und den Brüdern Alexander sowie Wilhelm von Humboldt verwandt. In der preußischen Armee vollzog der Ostfrieser eine erstaunliche Laufbahn.

Colomb fungierte als Militärkommandant von Berlin und zuletzt als Gouverneur von Königsberg. Sein erhaltener Grabstein befindet sich auf dem Alten Garnisonsfriedhof in Berlin-Mitte. Kurt von Priesdorff setzte ihm zudem im Band fünf seiner Reihe über „Soldatisches Führertum“, die in der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg erschien, ein literarisches Denkmal.

1813

am 29. Mai gelang Colomb gegen zahlenmäßig überlegene Franzosen ein besonders spektakulärer Erfolg: Er eroberte viele Geschützen, 700 Pferde und die Kriegskasse. Dazu nahm er 300 Mann gefangen.

Die Vorfahren Colombos stammten ursprünglich aus Burgund, wo die Familie große Glashütten besaß, ehe sie nach der Aufhebung des Edikts von Nantes als Religionsflüchtlinge in Brandenburg Zuflucht fanden. Peter Colomb, der Vater des Militärs, war 1746 als Kriegs- und Domänenrat nach Aurich in Ostfriesland versetzt worden. Er setzte zunächst beruflich Fuß in Ostfriesland und wurde Präsident der Kammer in Aurich. Dann heiratete er Marie Elisabeth Bacmeister, die Tochter des Auricher Regierungsrates Georg Albrecht Bacmeister. Das Paar hatte neun Kinder. Sohn Friedrich August Peter galt als Nesthäkchen und erhielt eine umfangreiche Bildung.

Er absolvierte das Auricher Gymnasium und erlebte 1786 voller Stolz die Erhebung des Vaters in den Adelsstand. Da war seine Cousine Marie-Elisabeth schon mit dem königlichen Kammerherrn Georg von Humboldt verheiratet. Aus dieser Ehe gingen dann die berühmten Brüder Wilhelm und Alexander hervor. 1792 trat Colomb nach dem Schulabschluss in das Husarenregiment in Berlin ein. Er hatte

sich für eine militärische Laufbahn entschieden und nahm am ersten Koalitionskrieg gegen das revolutionäre Frankreich teil. Nach der Heirat seiner Schwester mit Gebhard Leberecht von Blücher 1795 war er der Schwager des berühmten Militärs. Unter dessen Kommando nahm er dann am verlorenen Krieg Preußens 1806 gegen Frankreich teil. Dabei gehörte er zu den Stützen Blüchers bei der Verteidigung von Lübeck. Doch Preußen unterlag Frankreich, musste im Tilsiter Frieden Gebietsverluste sowie hohe Zahlungen akzeptieren und hatte zu guter Letzt nur noch eine Rumpf-Armee.

Colomb hatte Kontakt zu den Reformern um Gerhard von Scharnhorst und August Graf Neidhardt von Gneisenau, wurde 1811 zum Rittmeister befördert und kommandierte bei der hastigen Flucht Napoleons aus Russland 1813 ein Streifkorps, das den zurückweichenden Franzosen zunächst in Sachsen und dann in Thüringen erhebliche Verluste beibrachte. Seine Kampfroute führte ihn von Schandau und Dresden über das Erzgebirge, Schleiz, Gera und Zwickau bis nach Chemnitz. Colomb attackierte die Franzosen wie das bekannte Lützowsche Freikorps immer aus dem Hinterhalt.

Am 29. Mai 1813 gelang ihm auf der Straße von Zwickau nach Chemnitz in Unterzahl gegen die zahlenmäßig überlegenen Franzosen ein spektakulärer Erfolg. Er eroberte einen Artilleriepark mit vielen Geschützen, 700 Pferden und die Kriegskasse. Dazu nahm er 300 Mann gefangen. Daran erinnert bis heute in der Nähe von Zwickau am Straßenrand der erhaltene „Colombstein“. Der folgende Waffenstillstand zwischen Napoleon und den Alliierten zwang den Rittmeister allerdings zur Untätigkeit. Erst danach konnte Colomb wieder loslegen.

Mit höchsten Ehren dekoriert

Er war bis zum endgültigen Sieg über Napoleon bei Waterloo an vielen Gefechten sowie Schlachten beteiligt, wurde immer wieder neu befördert und kommandierte 1818 schließlich als Oberst das 8. Husarenregiment Preußens. Seine Karriere ging auch im Frieden weiter. Nach Tätigkeit im Kriegsministerium, der Beförderung zum Generalmajor und Übertragung des Kommandos über die 12. Kavallerie-Brigade in Neisse wurde der Aufsteiger 1838 zum Chef der 15. Division und Militärkommandant von Köln erhoben. Auch diese Aufgabe erledigte Colomb zur vollen Zufriedenheit des Königs. Das trug ihm weiteren Lorbeer ein. Er wurde Generalleutnant und am 1. Dezember 1841 Militärkommandant von Berlin. Dazu gesellten sich Orden wie der preussische Rote Adlerorden 1. Klasse mit Brillanten und der russische Orden der Heiligen Anna 1. Klasse mit Brillanten.

1843 wurde Colomb nach Posen abkommandiert, wo er als Kommandierender General des V. Armee-Korps fungierte und die Unruhen von 1846 und 1848 mit harter Hand unterband. Das trug ihm die Ernennung zum General der Kavallerie ein. Anschließend wirkte er als Gouverneur von Königsberg, wo er am 12. November 1854 auch verstarb.

Colomb war nacheinander mit den Schwestern Wilhelmine Luise von Stosch und Marie Henriette von Stosch verheiratet. Mit beiden Frauen hatte er sieben Kinder. Drei Söhne beendeten ihrerseits später ihre militärische Laufbahn im Dienst Preußens als Generalleutnant.

KOLONIALVERGANGENHEIT

Von den Männern ließ er keinen am Leben

Unter spanischer Herrschaft sank die Zahl der Inselbewohner auf den Kanaren im 15. Jahrhundert von 100.000 auf nur noch 7000

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die sieben großen kanarischen Inseln Teneriffa, Fuerteventura, Gran Canaria, Lanzarote, La Palma, La Gomera und El Hierro, die sich heute als Touristenparadiese präsentieren, blicken auf eine oftmals sehr gewaltsame Geschichte zurück. Dabei erfolgte ihre Besiedlung zunächst konfliktfrei. Ab etwa 1100 v. Chr. kamen Phönizier und später auch Berber aus Nordwestafrika auf die menschenleeren Kanaren. Zwischen dem 4. und 14. Jahrhundert entstand dort in kompletter Abgeschiedenheit von der übrigen Welt die altkanarische Kultur, wobei es deutliche Unterschiede zwischen den Inseln gab.

Dann rückten die Inseln langsam in den Fokus der Europäer, die entlang der afrikanischen Küste nach Süden vordrangen. Zwischen 1403 und 1496 wurden die Kanaren im Auftrag der spanischen Krone erobert.

Im Falle von La Gomera errichtete der Konquistador Hernán Peraza el Viejo während der Jahre von 1445 bis 1447 einen Stützpunkt. Dabei setzte er sich gegen die vier Stammesverbände der Ureinwohner, genannt Gomeros, durch und zwang deren gemeinsamem König Hupalupa einen Schutzvertrag zur Anerkennung der Oberherrschaft Kastiliens auf, der auch die Entsendung von Missionaren vorsah.

Später kontrollierte Perazas Enkel Hernán Peraza de Ayala die Insel. Der begann ab 1477 mit der Versklavung der Gomeros, obwohl diese inzwischen Christen waren und bereitwillig Steuern sowie auch den Kirchenzehnt entrichteten. Das führte zu heftigen Protesten des zuständigen Bischofs Miguel López de la Serna. Schließlich beschlossen die Häuptlinge der vier gomerischen Stämme, Peraza zu töten und einen Aufstand zu wagen.

Die Gelegenheit hierzu ergab sich am 20. November 1488, als der Spanier seine einheimische Geliebte Iballa aufsuchte. Dabei wurde er von Hupalupas designiertem Nachfolger, Pedro Hautacuperche, mit der Lanze niedergestochen. Anschließend belagerten die Stämme der Orone und Agana Perazas Witwe Beatriz de Bobadilla in der Inselhauptstadt San Sebastián. Im Verlauf der dortigen Kämpfe starb Hautacuperche durch einen Armbrustbolzen.

Ein teilweiser Genozid

Die Rebellion endete mit dem Eintreffen des Gouverneurs von Gran Canaria, Pedro de Vera y Mendoza, und dessen Truppen. Wenig später veranstalteten die Wit-



Verübte im 15. Jahrhundert ein grausames Massaker an den Gomeros: Gouverneur Pedro de Vera y Mendoza

we de Bobadilla und der Gouverneur de Vera eine Trauerfeier für den getöteten Peraza. An ihr mussten auch die Ureinwohner teilnehmen. Während der Zeremonie ließ de Vera alle anwesenden Gomeros festnehmen, auch jene, die gar nicht an dem Aufstand beteiligt gewesen waren. Dann verkündete der Konquistador das Todesurteil für die über 14-jährigen männlichen Angehörigen der Orone und Agana. Sogleich ließ er das Urteil von

seinen Soldaten auf bestialische Weise vollstrecken. Zahlreiche weitere zu der Feier gekommene Gomeros wurden versklavt und auf die Nachbarinseln oder nach Spanien verschleppt. Erst durch eine direkte Intervention von Königin Isabella I. von Kastilien, León und Aragón konnten manche der Betroffenen wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Der teilweise Genozid an den Altkanariern auf La Gomera und auch den übrigen

Inseln des Archipels, auf denen die Eroberung meist ähnlich verlief, sowie deren Versklavung und die allgemeine Verschlechterung der Lebensverhältnisse unter der spanischen Kolonialherrschaft führten im Verlauf des 15. Jahrhunderts zu einer Reduzierung der Zahl der Ureinwohner auf den sieben großen Kanarischen Inseln von rund 100.000 auf 7000. Darüber hinaus verschwanden die Sprache und Kultur der Altkanariern.

Für die spanische Gesellschaft war dies lange Zeit kein Thema. Vielmehr wurde auf den Kanaren – wie im übrigen Lande auch – jedwedes Wiedererwachen regionaler kultureller Traditionen rigide unterdrückt. Das gilt nicht zuletzt für die Herrschaftszeit Francisco Francos zwischen dessen Sieg im Spanischen Bürgerkrieg und dessen Tod. Dennoch konstituierte sich 1964 die Unabhängigkeitsbewegung MPAIAC, deren Ziel die Gründung eines unabhängigen kanarischen Staates war und die vor allem von Algerien Unterstützung erhielt, das sich gerade von der französischen Fremdherrschaft befreit hatte. Die MPAIAC stand auch nach der Rückkehr Spaniens zur Demokratie im Fokus des nationalen Geheimdienstes CESID, der 1978 einen Mordanschlag auf den MPAIAC-Chef Antonio de León Cubillo Ferreira verübte.

Ambivalente Erinnerung

Die Unabhängigkeitsbewegung verlor ihren Rückhalt in der Bevölkerung, als die Kanarischen Inseln im Jahre 1982 die Autonomie erhielten und in der Folgezeit die Staatsmacht Bemühungen unternahm, an das Erbe der Altkanariern zu erinnern. Dazu gehörte die Errichtung von Informationstafeln an den früheren Kultstätten der Ureinwohner der Kanaren, auf denen nun christliche Kirchen stehen. 2007 wurde auf Initiative des Amtes für Kulturerbe der Regierung der Kanarischen Inseln eine vier Meter hohe Bronzestatue von Hautacuperche am Strand des Valle Gran Rey auf La Gomera aufgestellt.

Bei späteren wissenschaftlichen Untersuchungen über die verschiedenen altkanarischen Sprachen sowie die genetischen Hinterlassenschaften der Urbevölkerung im Erbgut der heutigen Bewohner des Archipels stellte sich 2023 heraus, dass die Hälfte der über die mütterliche Linie weitergegebenen DNA der Bewohner der Kanarischen Inseln von den Altkanariern stammt. Dahingegen sind die väterlichen Abstammungslinien fast vollständig europäisch. Dies resultiert aus der weitgehenden Eliminierung der männlichen Urbevölkerung sowie der Vermischung der einheimischen Frauen mit den Kolonialherren.

Bis heute unterblieb eine umfassende kritische Aufarbeitung der Rolle der spanischen Eroberer bei der Vernichtung der altkanarischen Kultur. Vielmehr werden weiterhin Konquistadoren wie Hernán Peraza de Ayala vor Ort gewürdigt. Davon zeugen nicht zuletzt mehrere nach solchen Personen benannte Aussichtspunkte auf La Gomera.

GROSSDEUTSCHLAND

„Heim ins Reich“

1925 wurde der Österreichisch-Deutsche Volksbund gegründet – Eine Institution zwischen Nationalidee und politischer Realität

Sieben Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Zerfall der Habsburgermonarchie wurde in Österreich der Österreichisch-Deutsche Volksbund gegründet – eine Organisation, die tief in den politischen Spannungen der Zwischenkriegszeit wurzelte. In einer Phase, in der sich Europa neu sortierte, Grenzen verschoben und Identitäten aufgeladen wurden, versuchte der Volksbund, eine übernationale Vision zu etablieren: die Idee einer kulturellen und politischen Einigkeit aller Deutschen – und dies über Staatsgrenzen hinweg. Der Gründungsimpuls ging von national gesinnten Krei-

sen aus, die sich nicht mit dem im Vertrag von Saint-Germain verordneten Verbot des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich abfinden wollten. Die Bewegung stand in der Tradition des großdeutschen Gedankens und sah sich als Vertreter der „deutschen Volksgemeinschaft“ in Österreich. Dabei war der Volksbund nicht bloß ein Kulturverein, sondern auch ein politisch agitierendes Netzwerk mit deutschnationaler Prägung.

Ziel des Bundes war es, die kulturellen, sprachlichen und historischen Bindungen zwischen Österreich und Deutschland zu stärken und politisch zu

intensivieren. Das alles unter dem Deckmantel einer „Volksgemeinschaft“. Konkret bedeutete dies: Förderung der deutschen Sprache, Pflege deutschen Brauchtums und Einsatz für ein nationales Selbstbewusstsein, das Österreich nicht als eigenständige Nation, sondern als Teil der deutschen Kulturnation verstand.

Im Hintergrund stand die Hoffnung auf eine künftige Vereinigung mit dem Deutschen Reich – eine Vision, die offiziell verboten, aber in Teilen der Bevölkerung populär war. Die Organisation suchte besonders unter der deutschsprachigen Bevölkerung in den Randgebieten Öster-

reichs Rückhalt – etwa in Südtirol, das an Italien gefallen war, oder in Kärnten und der Steiermark mit ihrer slowenischen Minderheit. Dort trat der Volksbund kulturell und ebenso offen politisch und polemisch auf, oft mit antislawischen und antisozialistischen Tönen. Die Nähe zu deutschnationalen Parteien wie der Großdeutschen Volkspartei und später auch zur NSDAP war unverkennbar.

Der Volksbund profitierte zudem vom Ende der parlamentarischen Demokratie in Österreich 1933. Zwar wurde er zeitweise von der autoritären Regierung unter Engelbert Dollfuß kritisch beäugt, doch

teilte man in vielen Fragen ähnliche Vorstellungen von einem „wehrhaften Volkstum“ und einem autoritären, nationalen Staat. Mit dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 verlor der Volksbund seinen Zweck – das Ziel war erreicht.

Der Österreichisch-Deutsche Volksbund ist somit ein deutliches Beispiel für die nationalistische Mobilisierung in der Zwischenkriegszeit. Er steht ebenso für die Spannung zwischen staatlicher Souveränität und nationaler Identität, sowie zwischen Kulturpolitik und versteckter Irredenta. *Jens Eichler*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Architektur ist Geschmackssache. Das gilt auch und gerade für Bauwerke im Stil des Brutalismus. Diese Bezeichnung beruht zwar eigentlich nur auf dem französischen Begriff „béton brut“ für rohen, sichtbaren Beton, tatsächlich aber strahlen brutalistische Gebäude oft auch eine brachiale und geradezu überwältigende Hässlichkeit aus. Das gilt hierzulande beispielsweise für das ehemalige Zentrale Tierlaboratorium der Freien Universität Berlin mit dem Spitznamen „Mäusebunker“, die Bruder-Klaus-Feldkapelle bei Mechernich oder den Wasserturm von Backnang.

Ein typisches Kennzeichen der brutalistischen Architektur ist neben der ebenso exzessiven wie schonungslosen Verwendung von nacktem Beton die monumentale Massivität der Bauwerke, welche meist simple beziehungsweise monotone geometrische Formen samt einer Vielzahl von rechten Winkeln aufweisen. Dazu kommt der Verzicht auf dekorative Elemente jeglicher Art.

Nach dem Willen ihrer Schöpfer sollen die Gebäude besonders funktional sein, was sich in der Praxis aber oft anders darstellt. Daher witzelte Oliver Elser vom Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt am Main durchaus zu Recht: „Brutalistische Architektur erkennt man daran, dass man den Eingang nicht findet.“ Dabei verfolgen die Schöpfer brutalistischer Bauwerke neben der angestrebten, aber vielfach dann doch nur begrenzten Funktionalität noch ein weiteres Ziel, nämlich die uneingeschränkte Zugänglichkeit für alle Mitglieder der Gesellschaft. Trotzdem aber polarisieren ihre Kreationen: Entweder werden die Betonklötze geliebt und als Quelle der Inspiration verherrlicht oder gehasst und als Stein des Anstoßes betrachtet.

Besonders beliebt im Sozialismus

Die Kritiker des brutalistischen Stils sprechen von einem „Knüppelschlag ins Gesicht der Öffentlichkeit“ und „ästhetischen Vandalismus“. Zudem stören sie sich an der „destruktiven grauen Energie“, die von den „Monstern aus Beton“ ausgehe und für einen „deprimierenden, kalten, inhumanen“ Eindruck Sorge.

Demgegenüber loben die Bewunderer die „derbe Poesie“ der „kompakten, disziplinierten Architektur“ sowie die „ethische Bauweise“, welche nichts zu verbergen habe. Ebenso ist von „kraftvoller, robuster Ästhetik“ die Rede. Und vielfach wird auch noch die „zukunftsgerichtete, futuristische Aura“ der Bauwerke gefeiert. Manchmal heißt es in diesem Zusammenhang sogar, die Architekten hätten eine „Heldentat“ vollbracht, indem sie sich dem „ideologischen Geschmacksterror“ der rückschrittlichen Liebhaber konventioneller Baustile widersetzen.



Beispiele des Brutalismus: Die Unibibliothek Köln (großes Bild), die Kirche St. Gallus in Lichtensteig, Schweiz (l.), und das Atelier Bardill im ebenfalls schweizerischen Scharans (r.)

ARCHITEKTUR

Verachtet und geliebt

Die Betonmonster der 1960er und -70er Jahre prägen bis heute zahllose Stadtbilder in ganz Europa: Der „Brutalismus“ gilt seinen Kritikern als die hässlichste Stilepoche der Baugeschichte

Auf jeden Fall war der Brutalismus ein Kind seiner Zeit, das heißt eine Begleiterscheinung der ökonomischen, politischen und mentalen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg. Die ersten brutalistischen Bauwerke tauchten um 1950 herum auf, bevor sich der neue Stil dann in den 1960er Jahren über alle Kontinente verbreitete und bis weit in die 1980er hinein präsent blieb.

Somit gehörte der Brutalismus zu den Ausgeburten des Kalten Krieges. Denn damals versuchten staatliche Institutionen, nach außen und innen Macht und Autorität auszustrahlen – dazu brauchte es die gnadenlose Präsenz unangreifbar daherkommender Gebäude, welche auf die Betrachter wie Atombunker wirkten, was manchmal durchaus Absicht war.

Besonders häufig wurde diese politische Symbolik in der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas eingesetzt. Außerdem sollte der Brutalismus hier auch

Ausdruck der ideologischen Werte Gleichheit und Gemeinschaftssinn sein und parallel dazu noch von der Ewigkeit der Herrschaft der „Arbeiter- und Bauern-Klasse“ künden. Infolgedessen ist vor allem der Balkan mit charakteristischen brutalistischen Gebäuden sowie auch Denkmälern übersät. Dazu zählen das Postamt von Skopje in Mazedonien, das wie eine gestrandete „Fliegende Untertasse“ anmutende Busludsch-Denkmal in Bulgarien, die „Drei Fäuste“ im Bubanj-Gedenkpark nahe der serbischen Stadt Nisch und das Kriegerehrenmal im „Tal der Helden“ unweit der bosnischen Ortschaft Tjentische.

Gegenbild zur Postmoderne

Während man in Osteuropa bis zum Zusammenbruch des Sozialismus am brutalistischen Stil festhielt, begann die Abkehr im Westen schon Mitte der 1970er Jahre. In Großbritannien beklagte der damalige Thronfolger Prinz Charles mit

Blick auf die Pläne zur Umgestaltung der Londoner Innenstadt die „Hässlichkeit des Modernismus“. Die Reaktion des Präsidenten des Royal Institute of British Architects, Owen Luder, war zunächst ein dreistes: „Heul doch!“ Der heutige britische Monarch ließ allerdings nicht locker und verspottete das neu gebaute Royal National Theatre in London als „Atomkraftwerk“.

Dem folgte eine ausgesprochen wirkmächtige Rede, in der Charles die brutalistischen Bauwerke im Zentrum des Vereinigten Königreichs als „monströse Karbunkel im Gesicht eines geliebten und eleganten Freundes“ bezeichnete und die These aufstellte, dass der Brutalismus die englischen Städte stärker verunstaltet habe als die deutschen Luftangriffe während des Zweiten Weltkriegs.

Heute werden vor allem die „schlechte Klimabilanz“ der Betonklötze und die darin verbauten umweltschädlichen Stoffe von Asbest bis Zement kritisiert. Darüber

hinaus bemängeln Praktiker die schwierige Instandhaltung der Bauten sowie deren miserable Optik aufgrund von Verschmutzungen, Algenbewuchs und Verwitterung. Dennoch erlebt der Brutalismus seit Beginn des 21. Jahrhunderts eine gewisse Renaissance. Dies begründete der deutsche Architekturkritiker Nikolaus Bernau folgendermaßen: „Angesichts der vielen ... hohl klingenden Granitfassaden der gierigen Postmoderne erscheint der Brutalismus nun als zwar raues aber eben ‚ehrliches Gegenbild‘, als die gebaute Erinnerung an den ausgleichenden sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat, in dem sozialer Egoismus als degoutant galt.“

Außerdem macht zurzeit der sogenannte Öko-Brutalismus Furore: Durch die Hinzufügung von reichlich Grün werden brutalistische Gebäude optisch auf „Nachhaltigkeit“ getrimmt. Vor diesem Hintergrund läuft seit mehreren Jahren eine Kampagne unter dem Motto „SOS Brutalismus – Rettet die Betonmonster!“

ZIVILISATION

Es begann im Nahen Osten

Schon vor 11.000 Jahren gründeten Menschen die ältesten städtischen Siedlungen der Geschichte

Die vermutlich ältesten permanent bewohnten Städte der Welt sind Jericho im Westjordanland, Damaskus in Syrien und Byblos im Libanon. Erste Siedlungsspuren reichen hier teilweise bis in die Zeit um 9000 v. Chr. zurück. Aber auch in Europa gibt es einige Städte mit einer schon sehr lange währenden Geschichte.

Spitzenreiter ist nach derzeitigem Stand der Wissenschaft Plowdiw in der Thrakischen Ebene am Fuß der Rhodopen. Plowdiw liegt, wie das wesentlich jüngere Rom, auf sieben Hügeln, von denen der Nebet Tepe spätestens seit etwa 6000 v. Chr. vom thrakischen Volk der Bessi bewohnt wurde, welches die Ortschaft am

Fluss Mariza Pulpudeva nannte. In den nachfolgenden Jahrtausenden siedelten hier unter anderem auch Makedonen, Römer, Slawen, Osmanen, Armenier und Juden. Im 19. Jahrhundert avancierte Plowdiw dann zum Zentrum der nationalen Wiedergeburt Bulgariens. Heute ist die vor acht Jahrtausenden begründete Ortschaft die zweitgrößte Stadt des Landes.

Den zweiten Platz in der Rangliste der ältesten Städte Europas belegt die griechische Hauptstadt Athen. Auf deren Gebiet lebten bereits um 5500 v. Chr. jungsteinzeitliche Menschen, und die Akropolis trug spätestens ab etwa 5000 v. Chr. eine erste Siedlung. Im 14. Jahrhundert v. Chr.

wurde an gleicher Stelle eine mykenische Königsburg erbaut. Athen blieb auch bewohnt, als die Kultur der Mykener zum Ende der Bronzezeit zusammenbrach, und stieg nach und nach zum politischen Zentrum der griechischen Welt auf.

Das „ewige“ Rom ist recht jung

An dritter Stelle steht Argos im Nordosten der Halbinsel Peloponnes. Hier entstanden um 5000 v. Chr. auf den Hügeln Larissa und Aspis neolithische Weiler, denen später unter anderem Niederlassungen der Mykener und Dorer sowie dann auch der Byzantiner, Franken, Venezianer und Türken folgten. Argos wurde

schon in den Epen des Homer erwähnt und soll ursprünglich den Namen Phoro-neikon getragen haben. Als wahrscheinlich viertälteste Stadt unseres Kontinents gilt Genua. Die ersten Spuren einer ständigen Anwesenheit von Menschen im Bereich der heutigen nordwestitalienischen Metropole wurden auf die Zeit um 4000 v. Chr. datiert. Ab 700 v. Chr. waren hier zunächst die indogermanischen Ligurer und nachfolgend Karthager, Römer, Heruler, Langobarden und Sarazenen präsent.

Platz Nummer Fünf gebührt Mantua in der Lombardei. Um 3350 v. Chr. wurde im heutigen San Giorgio Bigarello ein jungsteinzeitliches Paar, genannt „Die Lieben-

den von Valdaro“, bestattet. 13 Jahrhunderte später gründeten die Etrusker dann unweit davon ihre Stadt „Manthva“, benannt nach dem Gott der Unterwelt. Mantua war im Laufe seiner Geschichte Zankapfel etlicher Mächte, bis es schließlich 1866 zum Königreich Italien kam.

Zu den zehn ältesten europäischen Städten zählen des Weiteren Chania auf Kreta und Larnaka auf Zypern sowie Cádiz im Südwesten Andalusiens. In diesen Fällen begann die Stadtgeschichte zwischen 1700 und 1100 v. Chr. Etwas jünger sollen hingegen Rom und Lissabon sein. Die frühesten Siedlungsreste stammen hier aus der Zeit um 1000 v. Chr. W.K.

TAPIAU

Die Wiederbelebung der Ordensburg geht voran

Museum, Sonderausstellungen und Veranstaltungen – Investoren und Behörden planen eine durchgehende Nutzung

VON CARSTEN KALLWEIT

Die Burg Tapiau im Königsberger Gebiet diente den sowjetischen beziehungsweise russischen Behörden als Gefängnis. 2013 wurde beschlossen, die Burg in den Besitz der „Kaliningrader Oblast“ zu übergeben, Restaurierungsarbeiten durchzuführen und ihre Räumlichkeiten Touristen zu öffnen.

Die heutigen Restaurierungsarbeiten finanzieren die regionale Gesellschaft für Wirtschaftsentwicklung sowie zwei Unternehmer, welche die Burg zunächst für 30 Jahre gepachtet haben. Die Ordensburg Tapiau erhält rekordverdächtige Summen im Rahmen des Programms zur Restaurierung des historischen Erbes der Region.

Zuvor hatten die Geschäftsleute Alexej Pawlikow und Igor Bilous, welche die Restaurierung der Ritterburg planen und umsetzen, erklärt, dass die Wiederbelebung von Tapiau Investitionen von umgerechnet rund 28 Millionen Euro erforderten. Dabei mussten die beiden Investoren den Großteil der Kosten übernehmen und zusätzlich sieben Millionen Euro im Rahmen des regionalen Programms zur „Einbindung von Kulturdenkmälern in den Wirtschaftskreislauf“ beantragen. Die Arbeiten dauern bereits drei Jahren an.

Im wichtigsten historischen Gebäude in Tapiau, dem Nordwestflügel der Burg, sind die Hauptarbeiten schon abgeschlossen. Die Baugerüste wurden inzwischen abgebaut. Der Innenhof ist nun nahezu ein einsatzbereiter Ort für Kulturveranstaltungen. Laut Bilous soll in Kürze direkt vor der Festung eine Bühne errichtet werden. Rundherum, auf einem gepflasterten Platz, sollen Zuschauerplätze eingerichtet werden, einschließlich einer VIP-Zone. Der Minister für Kultur und Tourismus der Region, Andrej Jermak, sagte, dass auf dem Gelände der Burg Tapiau im Sommer 2025 das Musikfestival „KANTate“ ausgerichtet wird.



Wurde bereits restauriert: Der Nordwestflügel der Burg

Foto: C.K.

Das langanhaltende gute Wetter im Sommer 2024, so betonen die heutigen Bauherren der Burg, ermöglichte einen derartigen Durchbruch, dass der Fortschritt nicht nur für Fachleute, sondern auch für Laien sichtbar ist. Zahlreiche Reisegruppen besuchen das Gelände der Festung täglich, denn nun können interessierte Touristen das Burggelände erkunden und die Reste der Burg besichtigen, wo bereits mehrere Ausstellungen gezeigt werden.

Mittelalterliche Waffen ausgestellt

Interessant ist die im ersten Obergeschoss ausstellte private Sammlung von mittelalterlichen Waffen aus der Ordenszeit – die von den heidnischen Prussen und die von den Deutschen Rittern. Die Sammlung gehört dem Geschäftsmann Wladimir Guschtschan, der auch einen Teil der Uhrensammlung im Insterburger Museum „Turm der Zeit“ besitzt.

Die ehemaligen Strafzellen in der 1902 gebauten historischen „Besserungsanstalt“ sind jedoch vorübergehend für Führungen geschlossen. Aufgrund der Bauarbeiten auf dem Gelände musste der Zugang eingeschränkt werden.

Angesichts der Tatsache, dass nach der Fertigstellung riesige Innenräume in der Ordensburg entstehen, stehen die Investoren vor der schwierigen Frage, wie sie diese mit Ausstellungen und Inhalten füllen sollen. Bisher wurden die Aufgaben der oberen Stockwerke bestimmt: Im obersten entsteht ein multifunktionaler Konferenzsaal, dessen Einrichtung fast abgeschlossen ist, und im dritten Stock wird derzeit ein multimediales Museum der Region eingerichtet – ein Team aus Moskau setzt dieses Projekt um. Die Eröffnung des Museums wird nicht lange auf sich warten lassen, da sich die wichtigsten Geräte und Exponate bereits auf dem Schlossgelände befinden und die Fertig-

stellungsarbeiten in den Räumlichkeiten abgeschlossen sind. Das Konzept für das vierte Stockwerk des Nordwestflügels wird noch erarbeitet. Dort soll künftig eine Galerie eingerichtet werden, in der Gemälde von heutigen Königsberger Künstlern ausgestellt und versteigert werden.

Das museale Konzept beibehalten

Bei den Investoren und Bauherren gehen stets neue Angebote von potentiellen Mietern ein, aber sie wollen auf jeden Fall das vorwiegend museale Konzept beibehalten. Die Bauherren räumen ein, dass, obwohl die Arbeit mit solchen Kulturerbestätten wie der Burg Tapiau eine interessante Erfahrung darstellt, es aber meist eine „Katz im Sack“ sei: Fast immer entstünden zusätzliche Baukosten durch Mängel, die Sachverständige bei ihren ursprünglichen Inspektionen nicht erkennen konnten.

Eine der größten Herausforderungen für alle an Tourismus-Großprojekten be-

teiligte Investoren ist die „tote“ Wintersaison. Hoteliers und Gastronomen an der Küste wissen heute nicht genau, was sie in der Wintersaison anbieten sollen. Daher werden diejenigen die Nase vorn haben, die auf die „Allwetter-Programme“ im Osten der Region setzen.

Residenz der Herzöge

Die Deutschordensburg in Tapiau liegt am südöstlichen Ende des Samlands, wo sich die Deime vom Pregel scheidet. Die Burg ist insbesondere dadurch berühmt, dass sie im Herzogtum Preußen zweite Residenz der Herzöge war. 1265 haben die Deutschen Ritter hier eine Holzburg mit Wall und Palisaden errichtet. Mitte des 14. Jahrhunderts wurde an ihrer Stelle die steinerne Burg errichtet. Die Pracht und die Bedeutung der einstigen Burg lässt sich daran ermesen, dass Hochadelige der damaligen Zeit dort auf ihren Reisen übernachtet haben. Als der Hochmeistersitz nach Königsberg verlegt wurde, zogen die Großkomturei sowie die Ordensbibliothek und das Archiv in die Burg Tapiau ein. Der Gründer der Königsberger Universität, Albrecht von Brandenburg-Ansbach, weilte oft in der Burg und starb dort am 20. März 1568 an der Pest.

Im 19. Jahrhundert wurde die Burg in eine Besserungsanstalt umgewandelt, man erweiterte das Gebäude um zwei Geschosse und nutzte die Burg auch als Gefängnis.

Im Zusammenhang mit der Burg Tapiau ist der preußische Architekt und Denkmalfleger Conrad Steinbrecht (1849–1923) zu erwähnen, der sich große Verdienste um den Erhalt der Burgen des Deutschen Ordens erworben hat. Man bezeichnete ihn als den „Retter der Marienburg“. Aber auch andere Ordensburgen wurden von ihm dokumentiert und restauriert, wie die Burgen Lochstädt und Tapiau. In Tapiau hat Steinbrecht die Schlusssteine der Kreuzrippengewölbe genau dokumentiert und kopiert, um diese später bei der Restaurierung der Marienburg nachzuahmen.

ALLENSTEIN

Studenten gestalten den öffentlichen Raum mit

Im Rahmen des „Offenen Akademischen Haushalts“ werden die besten Projektvorschläge in die Tat umgesetzt

An der Universität Ermland-Masuren in Allenstein hat sich ein bemerkenswertes Projekt etabliert: der Offene Akademische Haushalt. Seit 2023 ermöglicht dieses Programm Studenten, Doktoranden und Mitarbeitern, aktiv an der Gestaltung ihres Uni-Campus mitzuwirken, indem sie eigene Ideen einreichen und darüber abstimmen können. Für die Umsetzung der besten Vorschläge stellt die Universität jährlich ein Budget von umgerechnet etwa 116.000 Euro zur Verfügung.

Im Jahr 2024 fand bereits der dritte Offene Akademische Haushalt statt. Die Bandbreite der Ideen reicht von ökologischen Initiativen über kulturelle Veranstaltungen bis hin zu infrastrukturellen Verbesserungen. Dank der finanziellen Unterstützung wurde beispielsweise die Modernisierung von Sportplätzen vollzogen, es entstanden Räume zum Entspannen und Studieren, Fahrradüberdachungen, ökologische Grünanlagen, und es

wurde ein Discgolfplatz in Betrieb genommen. Dabei handelt es sich um eine ungewöhnliche Form der Freizeitgestaltung im Freien, bei der mit möglichst we-

nigen Würfeln Metallkörbe mit Scheiben getroffen werden.

Die Auswahl der zu realisierenden Projekte erfolgte durch eine Abstimmung



Die Idee von Studenten: Eine moderne Fitnessanlage in Kortau

Foto: D.K.

innerhalb der Universitätsgemeinschaft. Wichtig zu betonen ist, dass die vorgeschlagenen Projekte im Einklang mit der Strategie für nachhaltige Entwicklung der Universität stehen müssen. Dabei lohnt ein Blick auf die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die einen festen Bestandteil der Universitätsstrategie bilden und die bei der Auswertung von studentischen Ideen von Bedeutung sind.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Umsetzung eines Projekts im Rahmen des Offenen Akademischen Haushalts ist die im November 2024 eröffnete Freiluft-Fitnessanlage im Stadtteil Kortau, wo sich der Unicampus befindet. Diese moderne Anlage wurde mit Unterstützung einer Gruppe bekannter Influencer eingeweiht, die sich für Gesundheit, Bewegung und einen aktiven Lebensstil einsetzen. Ihre Präsenz bei der Eröffnung trug dazu bei, ein breites Interesse in der Studentenschaft zu wecken.

Die Fitnessanlage bietet elf verschiedene Trainingsgeräte mit einstellbarem Widerstand. Sie ist rund um die Uhr und ganzjährig kostenfrei zugänglich und richtet sich sowohl an Anfänger als auch an erfahrene Sportler. QR-Codes an den Geräten liefern Anleitungen und Sicherheitshinweise. Mit dem nahenden Sommer erfreut sich die Fitnessanlage im Freien wachsender Beliebtheit. Sie bietet eine hervorragende Möglichkeit, körperliche Aktivität mit dem Aufenthalt in der Natur zu verbinden und fördert sowohl die Gesundheit als auch das Gemeinschaftsgefühl auf dem Campus.

Der Offene Akademische Haushalt der Allensteiner Universität ist ein gelungenes Beispiel für gelebte Partizipation und zeigt, wie gemeinschaftliches Engagement in Verbindung mit nachhaltigem Denken die Lebensqualität auf dem Campusgelände dauerhaft verbessern kann.

David Kasanski

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Bessel, Else, geb. Stadie, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 17. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kröhnke, Gerhard, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni
Wysocki, Manfred, aus Lyck, am 14. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Michelkowski, Walter, aus Koschainen, Kreis Mohrunge, am 19. Juni
Schneider, Ingeborg, geb. Bendrick, Kreis Lötzen, am 19. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Katschmarek, Hildegard, geb. Offschany, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 16. Juni
Kohls, Edmund, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 19. Juni
Moneta, Dr. Erich, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 13. Juni
Stanzick, Hertha, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni
Timm, Ruth, geb. Kapeller, aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 14. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Nelius, Margarete, geb. Warstat, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juni
Rehfeldt, Bruno, aus Lyck, am 16. Juni
Rose, Günter, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 19. Juni
Schiffner, Edeltrud, geb. Dombrowsky, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 18. Juni
Wadewitz, Hildegard, geb. Brozio, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Becker, Irma, geb. Meinicke, aus Rochau, Kreis Angerburg, am 19. Juni

Handke, Ingrid, geb. Gröbert, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Juni
Nowinski, Käthe, geb. Meyer, aus Magdalen, Kreis Neidenburg, am 13. Juni
Pietruk, Ulrich, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 18. Juni
Seemann, Edith, geb. Jacksteit, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juni
Seidel, Brigitte, geb. Herold, aus Hagenau, Kreis Mohrunge, am 15. Juni
Wetterling, Lotte, geb. Chlebusch, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 13. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dorobeck, Ruth, geb. Siegmund, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 15. Juni

Falß, Ursula, geb. Cziesso, Kreis Lyck, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 16. Juni

Gayko, Emilie, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 19. Juni

Gräwer, Erna, geb. Porsch, aus Goldbach, Kreis Mohrunge, am 18. Juni

Höfert, Gertrud, geb. Mallwitz, aus Gerhardshöfen, Kreis Elchniederung, am 9. Juni

Kiefer, Lucie, geb. Seidler, aus Rothof, Fliegerhorst, Kreis Lyck, am 19. Juni

Krieg, Hildegard, aus Neidenburg, am 15. Juni

Neschokat, Waltraud, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 18. Juni

Nolde, Helga, geb. Stripling, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Juni

Pallaks, Hilda, geb. Rimkus, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 17. Juni

Schleger, Horst, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 18. Juni

Selke, Alice, geb. Fischer, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 17. Juni

Szechowiak, Günter, aus Lyck, am 15. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Behrendt, Dora, geb. Domnick, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 14. Juni

Bonawitz, Edith, geb. Laup, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 13. Juni

Diegner, Barbara, geb. Stöltzing, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 19. Juni

Ehrig, Manfred, aus Schwidern, Kreis Treuburg, am 17. Juni

Holzke, Helmut, aus Liebstadt, Kreis Mohrunge, am 18. Juni

Liedtke, Harald, aus Wehlau, am 19. Juni

Möller, Gerda, geb. Lasarzewski, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 17. Juni

Seifert, Marlene, geb. Tubenthal, aus Treuburg, am 17. Juni

Vries, Helga de, geb. Reimelt, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 14. Juni

Weissert, Gertraud, geb. Bondzio, aus Lötzen, am 13. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Göhlich, Renate, geb. Maszutt, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 19. Juni

Hellriegel, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Juni

Hermann, Alfred, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 17. Juni

Höpfner, Gerd, aus Pillau, Kreisgemeinschaft Fischhausen, am 19. Juni

Knorbin, Horst, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 12. Juni

Paulat, Herbert, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 11. Juni

Ritter, Käte, geb. Duschneit, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 9. Juni

Rosenkranz, Karin, geb. Pelludat, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 12. Juni

Teweleit, Manfred, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 9. Juni

Wischniewski, Werner, aus Treuburg, am 16. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Blasberg, Waltraut, geb. Buttkus, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 14. Juni

Braun, Günter, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 14. Juni

Busse, Helmut, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 14. Juni

Christochowitz, Hans-Dieter, aus Langheide, Kreis Lyck, am 13. Juni

Hess, Renate, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 15. Juni

Hill, Hedwig, geb. Waldhof, aus Lyck, am 14. Juni

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo



Jarmer, Erika, geb. Tiedtke, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni

Kühn, Wolfgang, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. Juni

Luxa, Herbert, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 15. Juni

Mischke, Manfred, Vorfahren aus Scheufeldsdorf, Kreis Ortelsburg, am 19. Juni

Schulz, Irma, geb. Warschuhn, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juni

Werners, Renate, geb. Borbe, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. Juni

Wilhelm, Siegfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Demankowski, Ruth, aus Bergennau, Kreis Treuburg, am 16. Juni

Dowideit, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 9. Juni

Flatt, Christel, geb. Nasgowitz, aus Ortelsburg, am 19. Juni

Gieseler, Gernot, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 9. Juni

Grünwald, Erika, geb. Czwalina, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 14. Juni

Jabs, Brunhilde, geb. Kamann, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 13. Juni

Knobloch, Elisabeth, geb. Pedina, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 19. Juni

Krell, Günter-Heinz, aus Königsberg, am 19. Juni

Kübeck, Traute, geb. Gentz, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 14. Juni

Lankat, Günter, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 16. Juni

Lorenz, Christa, geb. Dück, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 18. Juni

Nischk, Charlotte Luise, geb. Powierski, aus Neidenburg, am 18. Juni

Preuß, Heidrun, geb. Nadler, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 14. Juni

Puschwadt, Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Juni

Schillinger, Ruth, geb. Samorski, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 17. Juni

Steinkraus, Else, geb. Schweitzer, aus Neidenburg, am 17. Juni

Wackermann, Ulrich, aus Lyck, am 16. Juni

Witt, Christel, geb. Albat, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 18. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bielichen, Anni, geb. Schiller, aus Grossdorf, Kreis Neidenburg, am 16. Juni

Bittner, Erika, aus Wehlau, am 13. Juni

Eifler, Herbert, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 14. Juni

Hahnke, Günther, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 13. Juni

Limberg, Ilse, geb. Kretzing, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. Juni

Lorenz, Siegfried, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 17. Juni

Rahn, Erika, geb. Prawda, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 16. Juni

Schormann, Herma, geb. Neumann, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 14. Juni

Ziems, Manfred, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Grünke, Georg, aus Lyck, am 18. Juni

Winkelmann, Hartmut, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 15. Juni

Zusendungen für die Ausgabe 26/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 26/2025 (Erstverkaufstag 27. Juni) bis spätestens **Dienstag, den 17. Juni**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinsen@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Ostpreußisches Landesmuseum

Dienstag, 17. Juni, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,-Euro, inklusive Tee, Kaffee und Gebäck: **Nicht nur Seebäder, Burgen und Seen – Reiseland Ostpreußen, Vortrag** von Hannah Janowitz in der Reihe „Museum Erleben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich. Als im Laufe des 19. Jahrhunderts das Reisen – zumindest für wohlhabende Bürgerinnen und Bürger

– in Mode kam, etablierten sich auch in Ostpreußen touristische Angebote. Um die Jahrhundertwende war die Sommerfrische an Nord- und Ostsee äußerst populär, immer öfter führten die Reisen auch an die ostpreußischen Küsten. In der Zwischenkriegszeit lebte der Tourismus wieder auf, unterstützt durch die regelmäßige Schiffsverbindung des Seedienstes Ostpreußens. In ihrem Vortrag präsentiert Kuratorin Hannah Janowitz anhand von Rei-

seführern und Tourismusbrochüren die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Ostpreußen. Dabei beleuchtet sie auch die Entwicklung nach 1990, als Ostpreußen Ziel unzähliger Heimatreisen wurde. Museum Erleben ist unsere Veranstaltungsreihe, die jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, nachmittags ab 14.30 Uhr einlädt, das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung auf besondere Weise zu entdecken.



Postkartenmotiv: Sommer in Cranz um das Jahr 1900

Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

An Heimatinteressierte

Pforzheim – Interessieren Sie sich für Ihre ostpreußische Heimat oder die Ihrer Eltern oder Großeltern? Wollen Sie dazu beitragen, dieses Vermächtnis zu bewahren und die Erinnerung wachzuhalten?

Dann sind Sie bei uns richtig. Weitere Informationen bei Dr. Georg Müller (Erster Landesvorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Baden-Württemberg). Schreiben Sie einfach eine E-Mail an: georg.mueller.web@freenet.de

Wollen Sie bei unserer Landsmannschaft mitmachen? Schreiben Sie einfach an: georg.mueller.web@freenet.de.

Außerdem sucht die Landesgruppe Berichte über Ostpreußen. Das können Erinnerungen an die Heimat oder Erlebnisse während Flucht und Vertreibung sein. Es können auch Erlebnisse sein, die Ihnen Ihre Eltern oder andere Verwandte geschildert haben. Auch werden Schilderungen, wie Nachgeborene den Verlust der Heimat ihrer Eltern verarbeiten, gesucht. Gerne nimmt die Landesgruppe auch Reiseberichte ins heutige Ostpreußen an. Alle diese Berichte



Zur Kontaktaufnahme aufgerufen: B-W mit Interesse an Ostpreußen

sollen auf der Internetseite veröffentlichten.

Interessiert? Dann schreiben Sie an E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de. Anschließend wird der Kontakt vertieft. *Georg Müller*

Geschäftsstelle

Pforzheim – Die neue Geschäftsstelle der Landesgruppe in Baden-Württemberg: Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Ausstellung

Hof – Am 15. Mai wurde im Museum Bayerisches Vogtland in Hof die Ausstellung „Ungehört – die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung und Integration“ eröffnet. Der Besuch der Vernissage war so gut, dass noch Stühle aufgestellt werden mussten.

Die interessante Ausstellung wurde vom Haus des Deutschen Ostens, München, konzipiert und wird vom Bund der Vertriebenen Bayern unterstützt. Sie widmet sich einem bisher wenig beachteten Kapitel der deutschen Geschichte, den Erlebnissen und Leistungen von Frauen auf der Flucht, nach der Vertreibung und der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Grüßworte zur Eröffnung sprachen die stellvertretende Museumsleiterin Miriam Rautenberg, Bürgermeisterin Angela Bier, Dr. Petra Loibl und Christian Joachim vom BdV, Kreisgruppe Hof. Rautenberg berichtete kurz von der gelungenen Zusammenarbeit mit dem Bund der Vertriebenen. Bier betonte, dass die Zusammenstellung Akzente setzt, die zeigen, wie die geflüchteten Frauen sich nach dem Krieg politisch, kirchlich

oder gesellschaftlich in die Gesellschaft einbrachten. Schirmherrin Dr. Petra Loibl, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, lobte das Engagement des BdV Hof. Joachim leitete zu Patricia Erkenberg, der wissenschaftlichen Mitarbeiterin im Haus des Deutschen Ostens und eine der Kuratorinnen der Ausstellung über. Diese führte, nach einem kurzen Dank an Jutta Starosta für die Organisation, in das Projekt ein.

Die weibliche Perspektive

30 Tafeln, Fototapeten und Filme stellen das Schicksal von sechs Frauen, die die Herausforderungen von Flucht, Vertreibung und Integration meistern mussten, dar. Sie erklärte, dass es der Anspruch des Teams war, die Geschichte von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa nach dem Zweiten Weltkrieg aus einer spezifisch weiblichen Perspektive zu zeigen. Der Heimatverlust durch Flucht und Vertreibung betraf Frauen wie Männer. Aber gerade bei der Flucht vor der Roten Armee waren es vor allem Frauen, die sich mit Kindern und Alten auf den beschwerlichen Weg Richtung Westen machen mussten. Eine der Zeitzeuginnen, die im Mittelpunkt der Ausstellung stehen, ist Edith Gleisl (87). In Neuhäusen nahe Königsberg geboren, floh sie am 28. Januar 1945 mit ihrer Mutter, ihrem Bruder und einer Tante über Pillau per Schiff nach Ratzeburg, Schleswig-Holstein, wo die Familie bei einer Bauersfrau unterkam. 1951 zog die Familie nach Appelhülsen (Nordrhein-Westfalen), zehn Jahre später ging Gleisl nach Münster. Nach der Ausbildung zur Industriekaufrau arbeitete sie im Pharmabereich. Der Beruf führte sie schließlich nach München, wo sie der Landsmannschaft Ostpreußen beitrug und bis zur Auflösung der Kreisgruppe das Amt der Schriftführerin ausübte.

Erkenberg stellte fest, dass Frauen auf andere Herausforderungen

als Männer stießen und andere Erfahrungen machten. Der erste Teil der Ausstellung widmet sich daher den Themen Frauen in der NS-Herrschaft, Flucht und Vertreibung, sexualisierte Gewalt, Ankunft im Westen und Leben in Flüchtlingslagern. Im zweiten Teil liegt der Fokus auf der Integration in der Nachkriegszeit. Sie schloss ihre Ausführungen mit dem Wunsch, dass die Ausstellung im Museum Bayerisches Vogtland viele Besucher haben möge und diese zahlreichen Informationen gewinnen können. Beim anschließenden Rundgang gab es reichlich Anlass zu Gesprächen und Diskussionen.

Die Ausstellung ist bis Sonntag, 21. September, im Museum Bayerisches Vogtland zu den üblichen Öffnungszeiten zu sehen.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Heimatnachmittag

Bremen – Sonnabend, 21. Juni, 15 Uhr, Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen (erreichbar mit der Linie 6 der BSAG): Heimatlicher Nachmittag mit Schmandschinken.

In diesem Jahr muss leider auf einen „Sommerausklang mit Bietenbartsch“ verzichtet werden, da das Lokal „Lesumer Hof“ seit Beginn des Jahres geschlossen ist. Alternativ wurde beschlossen, einen „Heimatlichen Nachmittag mit Schmandschinken“ anzubieten.

Nach dreijähriger Unterbrechung treffen sich die Bremer Ostpreußen zu dieser geselligen Veranstaltung im Flughafenhotel, zunächst zur Kaffeetafel um 15 Uhr. Die „Musikerfamilie Sattelmanier aus Gifhorn“ wird sodann ein

Volks- und Heimatliederprogramm (vokal und instrumental) aus Schlesien sowie Ost- und Westpreußen vortragen. Ab etwa 17.30 Uhr folgt das gemeinsame Schmandschinkenessen nach dem Rezept von Frau Richter.

Die Kosten betragen: Kaffeetafel: Kaffee/Tee/Kakao „satt“ + ein großes Stück Kuchen: 9,50 Euro pro Person, Abendessen: Schmandschinken: 19,50 Euro pro Person.

Eine Anmeldung per E-Mail an heinrichlohmann@gmx.de oder telefonisch bei Dagmar Schramm (04298) 698765 ist unbedingt erforderlich und bindend, da die Landesgruppe für die Essensbestellung eintreten muss. *H. L.*



Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Hessentag

Bad Vilbel – Sonnabend, 14. Juni, 13 bis 17 Uhr, Platz der Polizei mit Polizei Bistro, Festplatzstraße / Ecke Büdinger Straße: „Unsere Heimat Hessen – Musik & Kulinarik der Deutschen aus dem östlichen Europa“.

Bericht

Darmstadt/Dieburg – Die LOW Hessen Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg, und die Heimatgruppe der Insterburger Darmstadt trafen sich am 17. Mai im Bürgermeister Pohl Haus in Wixhausen.

Der Willkommensgruß von Renate Buslaps und Gerhard Schröder richtete sich an 36 Heimatfreunde, die gemeinsam den Wonnemonat Mai feiern wollten. Seit dem letzten Treffen im März konnten nun sehr viele Geburtstagskinder zu ihrem Ehrentag beglückwünscht werden. Mit einem

„Schlubberchen“ wurde noch nachträglich auf den 80. Geburtstag von Renate Buslaps angestoßen.

Schröder berichtete 80 Jahre nach Kriegsende über die Bombardierung seiner Geburtsstadt Königsberg. Die Einwohner von Königsberg besonders Frauen waren sehr in Mitleidenschaft gezogen und mehr als die Hälfte der Menschen verloren ihr Leben oder waren auf der Flucht. Viele Kinder hatte es hart getroffen, sie wurden elternlos und waren auf sich selbst gestellt. Auch Schröder und Hannelore Neumann erlitten dieses Schicksal.

Der Beitrag über das Leben und Wirken von Käthe Kollwitz fand großen Anklang.

Auch Reiner Buslaps hat mit ausführlichen Worten an Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten vor 80 Jahren erinnert. Sein umfangreicher Vortrag endete mit den Worten: „Denn eines dürfen wir niemals vergessen, Sicherheit, Frieden und Nahrung sind keine Selbstverständlichkeiten. So sehr es heute Alltag für uns ist. Es kann uns alles genommen werden. Die Phantasie reicht nicht aus, sich vorzustellen, wozu Menschen fähig sein können im Schlechten, aber auch im Guten.“

Wie das Recht der Frauen bis vor 50 Jahren gelebt wurde, war auch ein guter Beitrag von ihm und wurde mit Staunen gehört.

Adalbert von Chamisso, geboren am 30. Juni 1781 wurde mit seinen Eltern vertrieben und flüchtete im Jahre 1790, bedingt durch die Französische Revolution aus dem Schloss Boncourt bei Ante in der Champagne. Die gesamten Besitztümer der Familie gingen verloren durch Brand und Raub. Der Fluchtweg ging über Holland nach Berlin. Nach vielen aufregenden Ereignissen wurde er ordentliches Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaft und war Weggefährte von Alexander von Humboldt.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Seine Träume führten ihn immer wieder in seine Heimat aus den Kinderjahren zurück. Rosemarie Kiau zeigte uns, dass Flucht und Vertreibung kein neues Erscheinungsbild sind, denn Despoten gab es schon immer.

Neben Gedichtvorträgen zum Mai und zum Muttertag und fröhlich gesungenen Liedern blieb noch Zeit, dass man sich mit seinen Tischnachbarn und seinem Gegenüber gut unterhalten konnte und dabei Kaffee und herrlichen selbstgebackenen Kuchen genoss.

Man verabschiedete sich mit allen guten Wünschen bis zum nächsten Treffen nach der Sommerpause, am Sonnabend, 20. September. Allen Kranken wünschen wir eine gute Genesung.

Christian Keller

Landeskulturtagung

Wetzlar - Sonnabend, 14. Juni, und Sonntag, 15. Juni, Saal 2, Stadthalle: Tagung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Hessen. Weitere Einzelheiten zu Programm, Tagungsgebühr und ähnlichem werden noch bekannt gegeben. Informationen erteilt Dieter Schetat unter Telefon (06122) 15358.

Auswanderung gen Osten

Wetzlar - Dienstag, 17. Juni, 11 Uhr, Senioren-Residenz Casino Wetzlar, Kalsmuntstraße 68: „Auswanderung der Vorfahren Richtung Osten“, Vortrag von Margarete Weise.

Kuno Kutz

Feierstunde

Wiesbaden - Sonnabend, 28. Juni, 11 Uhr, Kranichstraße, BdV-Gedenkstein: Feierstunde zum Tag der Heimat mit dem Leitwort „80 Jahre: Erinnern - Bewahren - Gestalten“. Bei Redaktionsschluss stand der Redner noch nicht fest, er wird bei der nächsten Veranstaltung bekannt gegeben.

Jubiläumsfeier

Wiesbaden - Dienstag, 5. August, 8 bis etwa 20 Uhr, Weißer Saal, Neues Schloss, Stuttgart: Busfahrt zur Feier von „75 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Hierzu lädt der BdV-Bundesverband zu einem besonderen Festakt ein. Auch der Landesverband Hessen nimmt an dieser bedeutenden Veranstaltung teil und organisiert eine gemeinsame Busfahrt mit Zustiegsmöglichkeiten in Wiesbaden, Hauptbahnhof, 8 Uhr und in Frankfurt, Hauptbahnhof, 8,50 Uhr.

Von dort aus geht es direkt nach Stuttgart zum Festakt im Neuen Schloss um 13 Uhr. Die Fahrtdauer beträgt insgesamt etwa 3,5 Stunden. Aufgrund der langen Anfahrt wird die Reisegruppe nicht an der Kranzniederlegung am Mahmal der Charta der deutschen Vertriebenen teilnehmen können, sondern ausschließlich an der Festveranstaltung im Neuen Schloss Stuttgart. Die Rückfahrt startet am selben Tag gegen 16.30 Uhr.

Es wird eine Schutzgebühr von 15,- Euro pro Person erhoben, die mit der Anmeldung zu entrichten ist. So soll sichergestellt werden, dass die Teilnahme verbindlich ist

und alle Plätze gut genutzt werden.

Bitte melden Sie sich bis spätestens 10. Juli verbindlich an. Die Plätze sind begrenzt! Bitte haben Sie Verständnis, dass die Anmeldung ausschließlich schriftlich über die E-Mail-Adresse: buero@bdv-hessen.de erfolgen kann. Die Kontodaten für die Überweisung der Schutzgebühr wird Ihnen nach der erfolgten Anmeldung übersandt.

Der BdV-Landesverband Hessen freut sich auf Ihre Teilnahme und einen gemeinsamen, unvergesslichen Tag im Zeichen von Erinnerung, Versöhnung und Gemeinschaft.

Jolanta Lemm



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzender: Joachim Mross, Schriftführerin: Dr. Bärbel Beutner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Landestreffen

Solingen - Sonntag, 13. Juli, ab 11 Uhr, Schloß Burg, Schloßplatz 2: Landestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen mit folgendem Programm:

11 Uhr: Platzkonzert „Bergleute Herne“, 12 bis 13.30 Uhr: Gedenkveranstaltung mit Grußworten und Ansprachen, musikalisch um-

Bildungsfahrten

Chemnitz - Im Evangelischen Schulzentrum Chemnitz trafen sich am 11. Juni 2024 Vertreter des Regionalverbandes Süd/West-Sachsen e.V., Mitglied im Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler/ Schlesische Lausitz e.V. zu ersten Gesprächen bezüglich der Bildungsfahrten nach Knappenrode zur Bildungs- und Begegnungsstätte „Transferraum



Erinnerungen an den Untergang der Wilhelm Gustloff: Das letzte Beiboot ankert am Greifswalder See

Heimat“. Mitglieder der Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen und der Deutschen aus Russland erklärten sich im Vorfeld bereit, über persönliches Erleben aus der Fluchtzeit des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit zu referieren. Die 18-jährige Maja Ulrich würde ihren BELL-Vortrag „Tradition und Brauchtum der verlorenen Heimat“ vor den Schülern halten.

Am Tag der Reise fuhr der Bus mit erwartungsvollen Schülern aus Chemnitz mit ihren Lehrern, Frau

Schröter-Rosenkranz und Michael Feige, und Begleiterinnen (Zeitzeugen) aus Limbach-Oberfrohna und Hohenstein-Ernstthal ab. Ein Imbiss im Knappenroder Klassenzimmer stärkte die Ankömmlinge. Danach führten Dr. Jörg Bernig und Dr. Jens Baumann jeweils eine Hälfte der Klasse durch die Ausstellungsräume. Die im Schulraum verbliebenen Schüler lauschten den Berichten der Zeitzeuginnen (der ostpreußischen 90-jährigen Elfriede Feldmann und Irmgard Gläser, 87 Jahre. Die 69-jährige Lil-

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Clues include: früher: Mauerbrecher, italienische Weinstadt, Druckwerk für Kinder, Großmutter, Atem ausstoßen, pusten, eine Naturwissenschaft, Viereck, Raute, Pilz, Champignon, elektronische Post (engl.), poetisch: Biene, Gebühr für Besucher, höchste Spielkarte, Stadtteil von Berlin, Märchengestalt (... im Glück), Harnstoff (lateinisch), Schwur, Fest-Tanzraum, islam. Frauengemächter, sehr schnell fahren, Insel der Kleinen Antillen, Schweiz, Kurort im Kanton Bern, Abformung, Nachbildung, demokratische Amtsenthebung, Hauptstadt Algeriens, Sichler, in hohem Maße, starke Abneigung, unvernünftige, naturhaft, Gaststätte, Café, rechter Nebenfluss der Donau, Bundesstaat der USA, spanischer Fluss, nicht bei Trost (ugs.), Name Babylons, fort; ver-schwunden, Grundstoffteilchen, bezeichnen; taufen, Wiedereingliederung Kranker (Kurzwort), Lanze, Speer, Fluss in Mitteleuropa, Hafenstadt auf Korsika, Evangelische Kirche in Deutschland (Abk.), selten, knapp, Schnaps aus Früchten, Mit-erfinder des Telefons, besitz-anzeigendes Fürwort, ein Marder, Kurzhalsgiraffe, männlicher Nachkomme, französisch: ja, Gespenst, aus gebranntem Ton gefertigt, Klosterzelle; Schlucht, Zitrusfrucht, brit. Autor: ... Follett, Kurzhalsgiraffe, männlicher Nachkomme, ein-teilen, ordnen, Stadt in Ostfriesland, Berührungsverbot, friedlicher Zustand, Lungen-tätigkeit, zauberkräftige Flüssigkeit, unvollständige Statue, französischer Strom, kleine Treppe; flache Kiste, bayerisch: Rettich, Aus-spritz-mundstück, ruhig, lautlos, dt. Kin-derbuch-autor (Michael), Kartei-karten-kenn-zeichen, ein Wa-cholder-brannt-wein, Richt-maß, Norm, bestimmter Artikel, Tier-höhle, Himmels-richtung, Laub-baum, Ruster, Mineral-oder Gesteins-körnchen, nicht folg-sam, Bruder Jakobs im A. T., zu der Zeit, während, auf-ge-brühtes Heiß-ge-trränk, feierlich versprechen, Wickel-gewand der Inderin

Magisch: 1. Skrupel, 2. puzzeln, 3. Cellist, 6. Ruckeln, 7. Maschinen - Versuch, 3. Getreide, 4. Edelstein, 5. Drucker. Mittelwortsatz: 1. Kavier, 2. Kadetten, 3. Cellist. So ist's richtig: A crossword puzzle grid with the words 'WAS', 'LAB', 'KUR', 'WAS', 'LAB', 'KUR' visible.

Schüttelrätsel

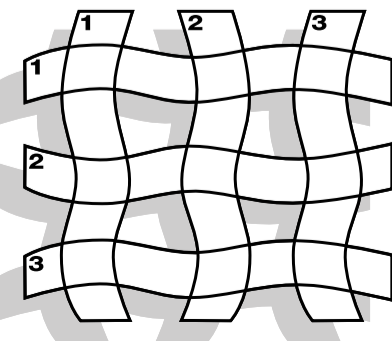
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwortsatz stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Word search grid with letters: KRU, AHLU, ARST, ERTW, AEIMN, AGRZ, EEKLU, AAEGW, EFH, ABELN, FRU, AEIL RV, ASW, ETTU, EHZ.

Mittelwortsatz

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung die Bezeichnung für ein Experiment.

Word puzzle grid with words: TAFEL, BANK, SEE, SCHULE, WINTER, ACKER, HALB, RING, BUCH, PRESSE, HAND, WIND, BAU, BAUER.



Magisch Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm. 1 Zweifel, Gewissensbisse, 2 mühsam zusammensetzen, 3 Streichmusiker

Heimatkreisgemeinschaften

li Tews und Galina Zerr, 81 Jahre, sind Deutsche aus Russland.) Nach 40 Minuten wurde getauscht.

Den anstrengenden Teil des Ausfluges belohnte ein Mittagessen am Geierswalder See. Danach stellte Dirk Rolka das ankernde Beiboot des versenkten Dampfers „Wilhelm Gustloff“ mit der grausamen Untergangserzählung vor. Über 9000 deutsche Flüchtlinge, vor allem Frauen und Kinder ertranken.

Das Gehörte wirkte in den Schülern nach, was den Lehrer Feige positiv erstaunte. Weitere Fahrten sind in Planung; für die Chemnitzler Geschichtslehrer steht schon fest, dass sie mit Schülern erneut teilnehmen werden.

Alexander Schulz

Filmnachmittag

Dresden – Dienstag, 17. Juni, 14 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Filmnachmittag zur Heimat Ost-Westpreußens. *Edith Wellnitz*



Angerapp

Kreisvertreterin (kommiss.):

Edeltraut Mai, Weißdornweg 8
22926 Ahrensburg,
www.angerapp.com

Jahrestreffen

Handeloh/Nordheide – Sonnabend, 28. Juni, 10 Uhr, Hotel Fuchs, Hauptstraße 35: Jahrestreffen. Hierzu lädt der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerapp alle Mitglieder, deren Kinder, Enkelkinder und Gäste herzlich ein. Bitte melden Sie sich per gelber Anmeldekarte, die im Heimatbrief eingelegt ist, oder telefonisch bei Edeltraut Mai für das Mittagessen an. Eventuell gewünschte Hotelübernachtungen können direkt unter der Telefonnummer (04188) 414 mit dem Hinweis „Ostpreußen“ erfolgen.



Bartenstein

Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Heimattreffen

Steimbke – Freitag, 5. September, bis Sonnabend, 6. September, Hotel zur Post, Stöckser Straße 4, 31634 Steimbke, Landkreis Nienburg/Weser, Telefon (05026) 357, E-Mail: info@hotelzurpost-steimbke.de: Treffen der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein. Wir bitten, diesen Termin vorzumerken.



Ebenrode

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

Kreistreffen

Winsen (Luhe) – Freitag, 20. Juni, bis Sonnabend, 21. Juni, Winsen (Luhe): Kreistreffen. Das Kreistreffen der Heimatkreisgemeinschaft Ebenrode wird zusammen

mit der Heimatkreisgemeinschaft Schloßberg stattfinden, und zwar mit folgendem Programm:

Freitag, 20. Juni, 16 Uhr, Schloßplatz 11: Führung durch das Museum im Marstall; Sonnabend, 21. Juni, 10 Uhr, Brasserie, Schlossplatz 5: Gedenkstunde, mit Begrüßung, Totenehrung, Grußworte, Kurzvortrag „Vor dem Vergessen bewahren“ von Prof. Rolf Wiese und Vortrag von Horst Buschalski „Wald, Wild und Jagd in Ostpreußen“, Schlusswort, Ostpreußenlied, Nationalhymne. Das Mittagessen findet in der Brasserie statt. 16 Uhr: Öffnen der Heimatstube mit der Ausstellung: Aquarelle von Kurt Beyer aus dem Nachlass.



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise:

Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Frühlingstreffen

Düsseldorf – Sonnabend, 14. Juni, 15 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, 4. Etage, Raum 412, Ostpreußen, Bismarckstraße 90: Frühlingstreffen der Memellandgruppe. Wegen der Bewirtung bitte bei Karin Gogolka telefonisch anmelden unter (02452) 62492.



Zeigen Präsenz: Der DKV Memel beim Heringsfest *Bilder: DKVM*

DKV Memel beim Heringsfest

Memel – Zum zweiten Mal nahm der Deute Kulturverein (DKV) Memel am Heringsfest seiner Heimatstadt teil. Trotz Regen und Wind und Temperaturen um die zehn Grad Celsius konnte sich der Verein wieder erfolgreich präsentieren. Während am Freitag vor allem die Touristen des Kreuzfahrtschiffes den Stand besuchten, waren es am Sonnabend die Einheimischen mit ihren Kindern. Mike und Stephan waren wieder das Traumpaar in der Kinderspielecke. Jens, Judita und Kirstin waren die Stars in der Küche und machten wieder die leckeren Fischbrötchen. Kirstin verstärkte dann mit Annika das Traumpaar der Kinderspielecke. Vielen Dank an die Kuchenlieferanten Aldona, Zermena, Linetta, Judita, Daiva, Rita und Dara für die Superkuchen und dem Aufbauteam Stephan und Jens.

Vielen Dank allen, die halfen, unsere Erzeugnisse an die Frau und den Mann zu bringen und Unterstützung bei all den Arbeiten gaben, die unsichtbar blieben, aber notwendig waren. Ein ganz beson-

deres Danke an alle, die am Sonntag den schnellen Abbau leisteten und dabei Regen und Nässe trotzten. Vielen Dank Euch allen, es war eine tolle Gemeinschaftsleistung.

Heiko Kreßin



Erfolgreiche Eiersuche: DKV Memel mit Osterhase *Bild: DKVM*

DKV Memel zu Ostern

Memel – Wie in jedem Jahr fand am Ostermontag die Osterfeier des DKV Memel statt. 38 frohgelante Mitglieder und Freunde des Vereins begaben sich auf die Reise nach Budweden, um bei Kirstin und Stephan zünftig zu feiern. In dem neuen Vereinszelt war die Festtafel aufgebaut, der Osterhase hatte gerade seine Arbeit verrichtet und die Osternester für die Kleinsten versteckt. Es gab leckere Thüringer Bratwürste und die Frauen des Vereins hatten wieder leckere Salate gemacht und duftende Kuchen gebacken. Da auch noch das Wetter sich mit herrlichem Sonnenschein und 19 Grad Celsius von seiner besten Seite zeigte, wurde die Osterfeier ein voller Erfolg. Neben Kirstin, Stephan und Jens als Gastgeber gilt unser Dank Mike am Grill, allen Frauen für die tollen Salate und Kuchen, Alvydas für die Organisation der Busfahrt, Laura unserem Osterhäuschen und allen namentlich Ungenannten, die mit ihrer Kraft zum Gelingen dieses tollen Festes beigetragen haben.

H. R. Kreßin

Vorsitzender, DKV Memel



Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle/Saale.

Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Kreistreffen

Winsen (Luhe) – Sonnabend, 21. Juni, 10 Uhr, Brasserie am Schloß, Schloßplatz 5: Kreistreffen der Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode. Nach der Begrüßung und Totenehrung und Grußworten wird Prof. Rolf Wiese einen Kurzvortrag „Vor dem Vergessen bewahren“ halten.

Höhepunkt des Treffens ist der Vortrag von Horst Buschalsky „Wald, Wild und Jagd in Ostpreußen – einst und jetzt“. Schlusswort und das Singen des Ostpreußenliedes und des Deutschlandliedes bilden den Abschluss der Gedenkstunde. Zu Mittag kann in der Brasserie gegessen werden.

Mitgliederversammlung

Winsen (Luhe) – Sonnabend, 21. Juni, 14 Uhr, Heimatstube, Rote-Kreuz-Straße 6: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Schloßberg.

Ab 16 Uhr kann die Heimatstube besichtigt werden.

Museum im Marstall

Winsen (Luhe) – Freitag, 20. Juni, 16 Uhr, Museum im Marstall, Schloßplatz 11: Führung durch das Museum. Wir freuen uns auf Ihren Besuch. *Michael Gründling*



Sensburg

Kreisvertreter kommissarisch:

Falk Möllenhoff, Vahrer Straße 97, 28309 Bremen, Telefon (0421) 452841, E-Mail: f.moellenhoff@web.de. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftensensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensensburg.de

Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 6. Juli, 9 Uhr, m/k-Hotel, Bismarckstraße 39: 56. Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Sensburg. Die Feierstunde um 11 Uhr wird musikalisch begleitet von BernStein. Gäste sind

herzlich willkommen. Das Hotel ist barrierefrei, der Raum für das Treffen ist per Aufzug erreichbar. Weitere Parkmöglichkeiten befinden sich in der Nähe im Parkhaus Presover Straße, auch der Hauptbahnhof ist nicht weit.

Falk Möllenhoff

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Caspar und Catharina. Eine verbotene Liebe in Reval, Zoom-Vortrag von Martin Klöcker, Dienstag, 17. Juni, 18 Uhr.

Caspar und Catharina sind ein Liebespaar in Reval/Tallinn in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Im Laufe der Zeit schreiben sie sich über 100 Liebesbriefe, die bis heute erhalten geblieben sind. Allein das wäre schon für Frühneuezeitforscherinnen und -forscher ein Grund zur Begeisterung. Doch dazu kommt noch der Skandal, dass Caspar zwar verheiratet ist, aber eben nicht mit Catharina. Alles weitere erzählt Martin Klöcker, der diese Briefe vor wenigen Jahren in einer kommentierten Edition herausgegeben hat.

Moderation: Martin Pabst, Deutsches Kulturforum östliches Europa, Matthew Heidtmann, Europäische Akademie Mecklenburg-Vorpommern. Die Teilnahme ist für alle Interessierten kostenlos.

Den ZOOM-Einwahllink für alle Veranstaltungen der Reihe sowie Antworten auf Rückfragen erhalten Sie bei der Europäischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern unter: e.wilk@eamv.com oder unter Telefon (03991) 153711. Eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Die Baltischen Staaten. Unser unbekannter Nachbar im Osten?“ des Deutschen Kulturforums östliches Europa und der Europäischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern.

Der Veranstaltungsort ist außergewöhnlich, das Ereignis am 21. Juni wird es mit Sicherheit auch. Dann treffen sich die Ostpreußen auf dem Gelände des Freizeitparks „Bartbo“ in Wuttrienen bei Allenstein zum diesjährigen Sommerfest. Seit 1992 veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) in Zusammenarbeit mit dem Verband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) und den örtlichen deutschen Vereinen Sommerfeste. Eine erfolgreiche Kooperation, denn das Ereignis nimmt seit vielen Jahren einen festen Platz im Terminkalender der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen ein. Üblicherweise nehmen fast alle deutschen Vereine – gegenwärtig sind es 22 – mit ihren Mitgliedern und Sing- und Tanzgruppen teil. Das Sommerfest ist für sie eine einmalige Möglichkeit, ihre Kulturarbeit einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Der dortige Auftritt ist Bestätigung und Ansporn zugleich, das heimatliche Kulturgut in seiner Ursprungsregion dauerhaft zu erhalten, und Motivation, sich in den deutschen Vereinen zu engagieren. Das Sommerfest beginnt um 10.30 Uhr mit einem ökumenischen Feldgottesdienst, es folgen Grußworte und die Ansprache von LO-Sprecher Stephan Grigat. Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der Chöre und Tanzgruppen der deutschen Vereine. Der Eintritt ist frei.

ERNST VANHÖFFEN

Von der Arktis bis nach Indonesien

Der Zoologe und weit gereiste Forscher aus Preußen war ein Entdecker der Welt und der Meere

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Albertus-Universität in Königsberg brachte eine Vielzahl herausragender Wissenschaftler hervor, welche im Laufe der Zeit leider häufig in Vergessenheit geraten sind. Zu diesen zählt beispielsweise auch der Zoologe und Forschungsreisende Ernst Vanhöffen.

Der Sohn eines Getreidehändlers kam am 15. November 1858 in Wehlau zur Welt und studierte nach dem Besuch des Löbenichtischen Realgymnasiums ab 1878 an der Alma Mater in Königsberg Naturwissenschaften. Nach seiner Promotion im Jahre 1888 ging er mit einem Stipendium des Preußischen Kultusministeriums an die Zoologische Forschungsstation Neapel. Anschließend wechselte Vanhöffen zur Christian-Albrechts-Universität in Kiel. Dort avancierte der Experte für die Unterwassertierwelt 1896 zum Privatdozenten, bevor er im März 1901 zum Professor berufen wurde. Diese Ehre resultierte nicht zuletzt aus dem Umstand, dass der gebürtige Ostpreuße bereits an zwei wichtigen wissenschaftlichen Expeditionen teilgenommen hatte.

Mit Fürsprache des Kaisers

Im Mai 1892 war Vanhöffen gemeinsam mit dem aus Königsberg stammenden Polarforscher Erich von Drygalski und anderen Wissenschaftlern an Bord des dänischen Dreimasters „Peru“ nach Westgrönland gesegelt. Hier überwinterte die von der Berliner Gesellschaft für Erdkunde ausgerüstete Expedition in Ummannaq, einer kleinen Siedlung nahe des 71. nördlichen Breitengrades, bevor sie am 14. Oktober 1893 wieder in der deutschen Heimat eintraf.

Jahre später hatte Carl Chun, der Leiter der Deutschen Tiefsee-Expedition, Vanhöffen auch in sein Wissenschaftlerteam aufgenommen. Die neunmonatige Reise des speziell für Tiefenlotungen und



Der in Wehlau geborene Vanhöffen studierte in Königsberg und eroberte danach die zoologische Welt Bild: mauritius images/Central Historic Books/Alamy Stock Photos

das Sammeln von biologischen Proben ausgerüsteten ehemaligen Postdampfers „Valdivia“ begann am 31. Juli 1898 mit dem Auslaufen in Hamburg. Die für die damalige Zeit beachtlichen Kosten von 300.000 Reichsmark übernahm das deutsche

Reich auf Fürsprache von Kaiser Wilhelm II. und Beschluss des Rates beziehungsweise Reichstages.

Nachdem die Wissenschaft bis 1850 angenommen hatte, dass in Wassertiefen über 500 Meter kein Leben möglich sei,

konnten britische, norwegische, französische, österreich-ungarische und US-amerikanische Expeditionen Meerestiere aus mehreren tausend Metern Tiefe an die Oberfläche holen. Dabei war der Indische Ozean bis hinunter zur Antarktis aber noch weitestgehend unbeachtet geblieben, weswegen er das Hauptziel der „Valdivia“ sein sollte.

Das Forschungsschiff traf im November 1898 im Antarktischen Meer ein und drang dann in Richtung des Enderbylandes auf dem Siebten Kontinent vor. Anschließend durchquerte die „Valdivia“ den Indischen Ozean mit Kurs Nordost bis zur indonesischen Insel Sumatra. Ihre weitere Reise führte über Ceylon und die Malediven beziehungsweise Seychellen nach Deutsch-Ostafrika und durch das Rote Meer und Mittelmeer zurück nach Hamburg, wo die Heimkehrer am 1. Mai 1899 begeistert empfangen wurden. Die wissenschaftliche Ausbeute der Fahrt über 32.000 Seemeilen war so überwältigend, dass die Herausgabe des 24 Bände umfassenden Forschungsberichtes erst 1940 abgeschlossen werden konnte. Vanhöffen steuerte dabei den Band drei über die Medusen bei, der 1902 erschien.

Vom Eis eingeschlossen

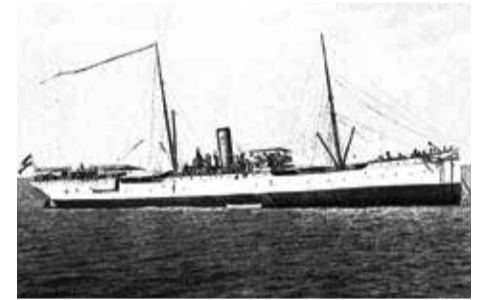
Zum selben Zeitpunkt absolvierte der Zoologe bereits seine dritte Erkundungsfahrt. Die erste deutsche Südpolar-Expedition unter der Leitung von Drygalski war am 11. August 1901 gestartet – an diesem Tag verließ der Dreimastschoner mit Schraubenantrieb „Gauß“ den Hafen von Kiel. An Bord des 1,2 Millionen Mark teuren, neu gebauten eistauglichen Forschungsschiffes befanden sich neben Drygalski und Vanhöffen noch 30 weitere Wissenschaftler. Nunmehr sollte das bislang kaum befahrene Gebiet zwischen dem Kerguelen-Archipel und der Antarktis erkundet werden.

Am 21. Februar 1902 tauchte erstmals unbekanntes Land am Horizont auf. Die-

ses lag südlich der Davis-See und erhielt den Namen „Kaiser-Wilhelm-II.-Land“. Wenige Tage später wurde die „Gauß“ 50 Seemeilen vor der Küste vom Eis eingeschlossen. Dort steckte sie bis zum 8. Februar 1903 fest, während ihre Besatzung etliche Schlittenfahrten in die Umgebung unternahm. Darüber hinaus gelangten Drygalski mehrere Ballonaufstiege, die zur Entdeckung des Vulkans Gaußberg führten.

Da die Reichsregierung keine Mittel für eine Fortsetzung der Forschungsfahrt bereitstellte, endete diese am 23. November 1903 mit dem Einlaufen in Kiel. Die Ergebnisse der Gauß-Expedition wurden in 20 Bänden publiziert. Band 15 stammte dabei von Vanhöffen.

1906 wurde der inzwischen recht prominente Zoologe als Kustos an das Zoologische Museum in Berlin berufen. Außerdem übernahm er später noch die Leitung der Herausgabe der wissenschaftlichen Ergebnisse der „Valdivia“-Expedition sowie das Amt des Schriftführers der Deutschen Zoologischen Gesellschaft. Dieses konnte Vanhöffen jedoch nur kurz ausüben, weil er am 14. Juni 1918 während eines Erholungsurlaubs im ostpreussischen Legitten an Lungenentzündung starb – wahrscheinlich verursacht durch die damals grassierende Spanische Grippe, welche am Ende mehr Todesopfer forderte als die Kampfhandlungen des gesamten Ersten Weltkrieges.



Der ehemalige Postdampfer „Valdivia“ auf großer Fahrt Bild: Wikimedia

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Dralle Kurven voller Sinnlichkeit im Nationalmuseum

Ob der flämische Maler Peter Paul Rubens in Schlesien war, hat die Forschung bisher noch nicht bestätigen können

„Rubens in Schlesien“ ist die erste Ausstellung, die zeigt, welche Faszination die Kunst des flämischen Barockmalers Peter Paul Rubens (1577–1640) auslöste – auch in Schlesien. Das Breslauer Nationalmuseum präsentiert beinahe 200 Stücke aus seiner Sammlung sowie Leihgaben aus anderen Museen europaweit sowie aus privaten und kirchlichen Beständen.

Eine deutschsprachige Führung lockte am Pfingstweekende etwa 20 Interessierte aus Deutschland, die mit dem „Kulturzug“ von Berlin über Cottbus nach Breslau anreisten. Unter ihnen waren auch Familien, welche die Heimat ihrer Vorfahren kennenlernen wollten. Andere Besucher waren von dem berühmten Flamen angezogen. „Der Name Rubens ist das Lockmittel. Wir zeigen vier Originalwerke von Rubens. Leihgaben, welche die Ausstellung eröffnen. Der Schwerpunkt der Schau ist jedoch der große Einfluss auf die schlesischen Künstler bereits zu Rubens Lebzeiten, aber auch später“, erklärt Kunsthistorikerin Nicole Ullrich, die durch die Ausstellung führte.

Rubens Leben war wohl das eines erfüllten Mannes, der zweimal verheiratet war, zahlreiche Nachkommen hatte und auf eine beeindruckende Karriere mit fi-

nanziellem Erfolg zurückblicken konnte. „Rubens ist berühmt geworden – außer, dass er ein sehr guter Maler war – wegen des Sinnlichen seiner Werke. Sie haben sicher schon von der Rubensfigur gehört. Seine weiblichen Figuren sind besonders sinnlich, fleischlich und rundlich“, sagt Ullrich und zeigt das Gemälde „Justitia“. Sie deutet zudem dabei auf die starken Kontraste zwischen Hell und Dunkel in Rubens Werken hin.

Neben vier Originalwerken des Flamen zeigt die Ausstellung Werke schlesischer Künstler, die versucht haben, seinen einzigartigen Stil nachzuahmen, was zu Hunderten, wenn nicht gar Tausenden Werken geführt hat, die in Nieder- und Oberschlesien zu finden sind. Meister, wie Michael Willmann, Martin Fest und Georg Scholz, aber auch der Breslauer Maler Johann Lichtenstein, der während eines Besuchs in Antwerpen in Rubens Werkstatt war, hatten sich inspirieren lassen. „Rubens selbst war wohl nie in Schlesien gewesen“, sagt Ullrich, zumindest gäbe es dafür keine Beweise.

Die Ausstellung im Breslauer Nationalmuseum zeigt auch, wie zu Rubens Zeiten der Umgang mit Kunstwerken und der Zugang zu Kunst waren. Denn bevor



Erklärt den Einfluss Rubens auf Künstler in Schlesien: Nicole Ullrich Bild: Wagner

es in Breslau Museen gab, wurden in drei Stadtkirchen, der Elisabeth-, der Maria-Magdalenen und der Bernhardin-von-Siena-Kirche Kabinette, also eine Art Bibliotheken, eingerichtet. „In der Elisabeth-Kirche wurden bis zu 10.000 Blätter gesammelt. Man konnte sie an einigen Wochentagen für zwei Stunden bewundern. Diese Sammlungen verstreuten sich im 18. Jahrhundert im Zuge der Säkularisierung in Bibliotheken und Museen“, so Ull-

rich. Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg sei vom Nationalmuseum der Versuch gestartet worden, „einen Eindruck zu vermitteln, wie solche Bibliotheken ausgesehen haben. Man kann sagen, dass diese Blätter für eine kurze Zeit zwar nicht in die Elisabeth-Kirche, aber immerhin nach Breslau zurückgekehrt sind.“

Die Ausstellung zeigt auch das Schicksal des berühmtesten schlesischen Barockschlosses in Briese [Brzezinka] bei

Oels [Oleśnica]. Vor dem Krieg gehörte der Palast der Familie von Kospoth, die eine beeindruckende Kunstsammlung besaß. Heute stehen in Briese nur noch Ruinen. „Normalerweise denkt man, das Schloss wäre im Krieg zerstört worden. Allerdings hat dieses Schloss den Krieg fast unbeschadet überstanden“, erklärt Ullrich. „Es gibt einen Eintrag in der Denkmalpflege, dass in den frühen 50er Jahren die Denkmalpfleger dorthin gereist waren und gesagt hätten: ‚Der Ballsaal wurde zum Schweinestall umgebaut‘ und man hatte das Objekt sich selbst überlassen. In den 60er Jahren kamen die Denkmalpfleger noch einmal und vermerkten: ‚Das Schloss ist bereits eine Ruine, aber wir können noch etwas retten – wie die Decke mit der Allegorie der Musik‘, was heute im Besitz des Breslauer Nationalmuseums ist“, sagt sie. Die Breslauer Ausstellung stellt einen Teil des Ballsaals mit einem barocken Wandbild von Johann Franz de Backer, einem mit Antwerpen verbundenen Maler, nach.

Die Ausstellung „Rubens in Schlesien“ in Polnisch und Englisch kann noch bis zum 30. November im Breslauer Nationalmuseum, plac Powstańców Warszawy 5, besichtigt werden. Chris W. Wagner

MARITIM

„Hamburg“ in Stralsund

Das „Traumschiff“ ist wieder da – Der Kreuzfahrer lief zum zweiten Mal in Swinemünde und Stralsund ein

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Vergangene Woche hat die MS „Hamburg“ – seit 2021 zum zweiten Mal – in der Hansestadt Swinemünde angelegt. Am 31. Mai begann ihre traditionelle Ostseereise in Kiel, führte ins dänische Aarhus, nach Travemünde, Rönne auf Bornholm und zuletzt nach Swinemünde. Dort hat sie am attraktivsten Liegeplatz mitten in der Stadt festgemacht. Gegenüber liegt das Gebäude des Hafenkapitäns, Kapitanat Portu.

Die Begrüßung der 400 Passagiere und der Crew in der Hansestadt Stralsund ließ sich der Oberbürgermeister Alexander Badrow nicht nehmen. Er überreichte dem Kapitän als Andenken einen Bildband über Stralsund und eine historische Aufnahme vom ersten Besuch der MS „Hamburg“ im Jahr 2021.

Mit ihren Abmessungen von 15.000 Bruttoregistertonnen, 144 Metern Länge und 21,5 Metern Tiefgang ist sie das größte Kreuzfahrtschiff, das jemals die Sundstadt angelaufen hat. Diesmal hat man sie am Liegeplatz 24 – dem Nordzipfel der Volkswerft – festgemacht. So will es die „Schiffsandienung“ der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, wie die Anmeldung für Seeschiffe höchst amtlich lautet. Hinzugefügt ist auch: „Kein Gefahrgut“. Zum Zweck des Besuchs heißt es hübsch bürokratisch: „Durchführung eines touristischen Anlaufs“. Für die Gäste ging es von der Gangway mit Pendelbussen direkt zur Besichtigung der historischen Altstadt mit Besuch des Ozeaneums und der restaurierten „Gorch Fock I“ oder weiter auf Landgang zur Insel Rügen, um die Schönheit der Region zu entdecken.

Zartes Kreuzfahrt-Pflänzchen

Für die MS „Hamburg“ ist die Hansestadt etwas Besonderes, auch wenn sie schon alle Weltmeere befahren hat und die meisten großen und viele kleine Häfen kennt. Der Autor dieser Zeilen war mit ihr mehrfach unter anderem in Südamerika, der Antarktis und auf den Großen Seen in den USA und Kanada unterwegs. Immer mit begeisterter Resonanz bei den dort



Der zweite Besuch in der Hansestadt Stralsund: Die MS „Hamburg“ auf heimischen Gewässern unterwegs, denn sie wurde 1997 als MS „Columbus“ auf der MTW Schiffswerft Wismar gebaut
Bild: ARGUSEYE/Agency for News & Pictures, Stralsund

ansässigen Deutschen, die das Schiff jedes Mal mit „großem Bahnhof“ empfangen haben. Der Name ist natürlich Programm und klingt nach ferner Sehnsucht, wie sie auch die immer noch sehr beliebte „Traumschiff“-Serie erfolgreich bedient.

Der Bremer Veranstalter Plantours, der auch das häufig den Sund anlaufende Flusskreuzfahrtschiff MS „Sans Souci“ bereedert, hat sich für Stralsund entschieden, „denn die Hansestadt ist noch ein zartes Kreuzfahrt-Pflänzchen“, so Geschäftsführer Oliver Steuber, „und wir können unseren Gästen damit etwas bieten, was andere noch nicht in ihrem Portfolio haben“. Die Größe der „Hamburg“ sei darüber hinaus ideal für kleinere Destinationen mit hohem touristischen Wert.

Gleichwohl wünsche man dem Kreuzfahrthafen Stralsund neben den Flusskreuzern – kürzlich waren es fünf auf einen Streich – mehr Hochseekreuzfahrtschiffe. Für 2026 ist jedenfalls schon ein Anlauf in Planung: die MS „Nordstjer-

nen“. Der 1956 bei Blohm+Voss in Hamburg gebaute norwegische Hurtigruten-Oldtimer gilt als ältestes noch in Betrieb befindliches Kreuzfahrtschiff.

Hamburg, wir kommen!

An einer entsprechenden Infrastruktur für solche Anläufe müsse wohl noch gearbeitet werden, hört man aus Reederkreisen, denn die bisherigen Liegeplätze im Industriegebiet seien nicht ideal gewesen. Wenn allerdings irgendwann die ehrgeizigen Pläne für eine Tourismusmeile statt Ladungsumschlag im Nordhafen verwirklicht werden sollten, könnte man sich bessere Bedingungen vorstellen. Es ist zu hoffen, dass die MS „Hamburg“ wiederkommt – und mit ihr weitere „Kreuzer“ dieses Kalibers.

Nächster Hafen in Deutschland war Wismar, Welterbe-Schwester und Geburtsstätte des Schiffes. In Abänderung der Route, wahrscheinlich wetterbedingt, wurden Helsingborg und Kopenhagen an-

gelaufen, ehe die Fahrt nach Passage des Nord-Ostsee-Kanals in der Hansestadt Hamburg, die auch der Namensgeber des Schiffes ist, endet.

● MS „Hamburg“ (ex „Columbus“), Baujahr: 1997; Bauwerft: MTW, Wismar; renoviert: Mai 2012 bei der Werft Enti Bacini in Genua, Sommer 2020 bei Blohm+Voss, Hamburg; Eigner: Conti-Reederei, München; Bereederung: Hamburg-Cruise; Charterer: Plantours, Bremen; BRZ: 15.000; Länge: 144 Meter; Breite: 21,5 Meter; Tiefgang (max.): 5,15 Meter; Maschine: 10.560 kW; Geschwindigkeit (max.): 18,5 kn; Propeller: 2; Umwelt: Müllverbrennung, Bioklä- und Osmoseanlagen; Stabilisatoren: ja; Passagierdecks: 6; Passagierkapazität: 400; Kabinen beziehungsweise Suiten: 197/8; Crew: 170; Zodiacs: 6; Bordsprache: Deutsch; Bordwährung: Euro; Arzt, Hospital: ja; Flagge: Bahamas; Heimathafen: Nassau. Reisen: www.plantours-partner.de

GESCHICHTE

Aus alten Chroniken

Der Historiker und Chronist Thomas Kantzow erfasste auch Geschehnisse aus Belgard

Der älteren pommerischen Geschichtsschreibung fehlt es bisweilen an lokalgeschichtlichen Betrachtungen – während die Städte wie Kolbatz, Neuenkamp (Franzburg), Stralsund, Cammin, Stargard, Pudagla und Schivelbein eng mit der Geschichte der Klöster verknüpft war und deshalb von Mönchen aufgezeichnet wurde, fehlen Informationen in anderen pommerischen Landstrichen.

Daher hat man diese in Belgard, die Stadt liegt an der Persante, aus verschiedenen Notizen zusammengetragen. Dank dem Geheimschreiber der pommerischen Herzöge, Thomas Kantzow (*1505 in Stralsund † 1542 in Stettin), war das möglich. Der Stralsunder Historiker und Chronist verfasste drei Darstellungen seiner pommerischen Heimat: eine plattdeutsche Kurzchronik und zwei weitere hochdeutsche Bearbeitungen.

Seine zweite Arbeit mit dem Titel „Ursprung und Geschicht der Pomern und Rhüganer“ enthält für die Nachwelt wichtige Hinweise auf die Geschichte Bel-



Aus der Lubinschen Pommerkarte: Herzogs Philipp II. von Pomern ließ sie zwischen 1610 und 1618 von Eilard Lubinus aus Stralsund erarbeiten

gard. So geht laut Kantzow die Errichtung der ersten Kirche in der Stadt auf den Pommerapostel Otto von Bamberg zurück. Nach seinen Angaben erfolgte dies um den Jahreswechsel 1124/1125.

Im 13. Jahrhundert, so lässt es sich nachlesen, war Belgard sogar kurzzeitig der Sitz des mecklenburgischen Fürsten Pribslav. Und 1300 kam es zu einem Heerzug gegen die Polen: „Zu desselbigen Wla-

dislaw Zeiten ist Herzog Bugslav von Pomern auff seine Gerechtigkeith mit vielem Volck in Hinterpomern gezogen und hat gewonnen Belgard und die ganze Lantschaft darum her.“

Noch zwei weitere Male findet Belgard durch Kantzow Erwähnung: Im Kampfe gegen die Raubritter wird Hans von Borcke, Hauptmann zu Belgard, als Helfer des pommerischen Herzogs Georg I. (1493–1531) genannt. Und über die Schlacht in der Langener Heide (1469) notiert er, dass die Belgarder von den Schivelbeinern beim Dorfe Langen vollständig geschlagen wurden.

Auch wenn die Auszüge, die Kantzow uns zu Belgard und dem Belgarder Land mitteilt nur begrenzt sind, so lenken sie vielleicht auch wieder die Aufmerksamkeit auf einen unbekannt und fast vergessenen Wimpernschlag der pommerischen Geschichte.

Belgard gehörte einst zur Hanse und besaß das Lübisches Stadtrecht.

Torsten Seegert

● MELDUNGEN

Rosengarten, Trauer und „Vor 80 Jahren“



Hamburg – Der aus Pommern stammende Radio- und Fernsehmoderator Carlo von Tiedemann ist am 8. Juni im Alter von 81 Jahren in Hamburg verstorben. Der gebürtige Stargarder galt als Urgestein des Norddeutschen Rundfunks, für den er seit 1971 tätig war. Wir werden ihn vermissen! TS

Stettin – Eine direkte Schiffsverbindung von Stettin über Neuwarp nach Swinemünde soll bereits ab dem 28. Juni den Betrieb aufnehmen. Wie in es in ersten Berichten heißt, soll ein regelmäßiger Transport von 200 Fahrgästen und etwa 50 Fahrrädern ermöglicht werden. TS

Anklam – Der 25-jährige Martin Tesch saß mit zwölf Jahren erstmals in einem Segelflugzeug. Nun tritt der Vorpommer bei den Deutschen Segelflugmeisterschaften der Junioren (25. Juli bis 3. August in Musbach im Schwarzwald) als Mit-Favorit an. TS

Groß Möllen – Wie in allen pommerischen Seebädern kämpft auch Groß Möllen mit dem Ansturm von Sommerfrischlern im Pkw. Eine neue Ampelanlage für etwa 35.000 Euro soll nun für einen besseren Verkehrsfluss sorgen. Zum Einsatz kommt sie bereits ab Ende Juni 2025. TS

Ueckermünde – Die Jugendsegeljacht „Greif von Ueckermünde“ (ehemals SSS „Immer bereit“) lädt anlässlich des 65. Schiffsgeburtstages zum maritimen Fest am 14. und 15. Juni an das Neue Bollwerk ein. Höhepunkte: Haff Bigband, Shantychor Ahlbeck, Fackelschwimmen auf der Uecker. TS

Bütow – Im Westkaschubischen Museum zeichnete Bürgermeister Józef Gospodarek Bürger für ihre kulturellen Aktivitäten aus. Unter den Geehrten waren Szymon Nazarko und Paulina Masloch. Beide bringen sich in die Arbeit des kaschubischen Tanz- und Gesangsensembles „Bütow“ ein. TS

Stettin – Kultur, Klang und Kreativität unter freiem Himmel: Die 18. Saison der Kulturveranstaltung lädt jeden Sonntag um 12 Uhr zu Freiluftkonzerten ein. Ob Klassik, Jazz oder unterhaltsame Popmusik – das vielseitige Programm begeistert Besucher aus nah und fern. Alle Veranstaltungen finden im Stettiner Rosengarten statt und sind kostenfrei. BS

Vor 80 Jahren – Stettin. Die Anzahl der Deutschen beträgt nun etwa 45.000 Einwohner. Weiterer Zuzug von Rückkehrern wird durch die Rote Armee unterbunden. Am 6. Juni forderte die Stadtverwaltung in einer Petition die Sowjetregierung zur Anerkennung von Stettin als deutsche Stadt auf. TS

„Zeit für mehr Wahrheit und neue Perspektiven“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Sachlich und fachlich ein ganz hervorragender Beitrag“

Jan Kerzel, Diespeck
zum Thema: Masurens inoffizielle
Hauptstadt (Nr. 21)



Ausgabe Nr. 22

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

INS STAMMBUCH SCHREIBEN ZU: AUF DEN SPUREN VON ELSSES BERICHT (NR. 22)

So erfreulich es zu lesen ist, dass es eine Buch-Neuerscheinung zum Thema „Ostpreußen“ gibt, so ambivalent ist meine Meinung dazu. Wer Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen ist, wer an den Veranstaltungen der Kreisgruppen oder Heimatkreisgemeinschaften teilnimmt, kennt „Elses Bericht“ in vielhundertfacher Ausführung.

Nahezu jeder von uns hat ein derartiges familiäres Schicksal erlitten und kennt es aus erster oder zweiter Hand. Wer sich wirklich für Vertreibungsschicksale interessiert, hat sie erfahren, kann sie erfahren und wird sie noch einige Zeit erfahren können, denn noch gibt es Zeitzeugen der Erlebengeneration oder der ersten Nachfolgegeneration, die berichten können. Vielleicht nicht druckreif, doch dafür umso eindringlicher.

In der Verwendung der Begriffe „Deuschtümelei“, „Revanchismus“ und „Rütteln am Status quo“ kommen die Zweifel des Autors an den Vertriebenenorganisationen zum Ausdruck. Wie die meisten Deutschen verkennt er aber, dass gerade die Vertriebenen mit ihren furchtbaren Erfahrungen gegen jede Art von Revanchismus gefeit waren und sind – vermutlich in weit höherem Maße als die Mehrzahl der Deutschen. Und auch sein Satz, „Kaum jemand bezweifelt doch, dass es ohne die unbeschreiblichen Verbrechen in deutschem Namen nicht zur ethnischen Säuberung der deutschen Ostgebiete gekommen wäre“, mag der Political Correctness geschuldet sein, doch richtig ist er nicht, weil er den Vertriebenen und den Deutschen insgesamt eine Mitschuld an den damals völkerrechtswidrigen Vertreibungen und Enteignungen gibt.

Nein, die Vertreibungen im Osten sowie in Südosteuropa waren geplant. Die Ungarn haben dies in ihrem Parlamentsbeschluss vom 12. Dezember 2012 erkannt: Dort heißt es: „... mussten die Ungarndeutschen aufgrund der unwahren Vorwürfe und des unwahren Prinzips

der Kollektivschuld Verfolgung und Plünderung erleiden.“ Mir scheint, dieser Satz muss mit zunehmendem zeitlichen Abstand zu den Ereignissen immer mehr Deutschen ins Stammbuch geschrieben werden. *Wilhelm Kreuer, Unkel*

GESTANK VON BRAUNKOHLE ZU: STILLE RIVALITÄT ZWEIER SCHÖNHEITEN (NR. 22)

In fast jeder Ausgabe der PAZ stoße ich auf Orte und Ereignisse, die mir in einem langen Leben begegnet sind. Das ist mir sehr willkommen!

Vor langer Zeit habe ich in Thorn in sechs Wochen bei der deutschen Minderheit einen Grundkurs Deutsch gegeben, der, wie ich später feststellte, vor allem der Vorbereitung der Auswanderung in die Bundesrepublik Deutschland diente. Die Stadt Thorn habe ich als abgewohnten, nach Braunkohlenrauch stinkenden Weichselort wahrgenommen, wo die Polen alle Spuren der deutschen Vergangenheit sorgsam gelöscht hatten.

Nach Bromberg hatte ich kein Verlangen, denn es war für mich der Ort des „Bromberger Blutsonntags“. Während meines Aufenthalts in Thorn gab es aber einen Besuch der „Bromberger Deutschen“. Das war das Treffen einer bedrängten Restbevölkerung. Mit dem Abtreten der Erlebnissegeneration und gewaltigen finanziellen Zuwendungen der EU an Polen mag sich heute ein positiverer Eindruck ergeben. *Adolf Frerk, Geldern*

SCHREIE AUS DER HÖLLE ZU: DEM TODESMARSCH FOLGTE SIEBZIG JAHRE SPÄTER DER ERSTE VERSÖHNUNGSMARSCH (NR. 22)

Ich empfehle das Buch von Ingomar Pust „Schreie aus der Hölle ungehört – Das toteschwiegene Drama der Sudetendeutschen“. Wem bei dieser Lektüre nicht zumindest die Tränen in den Augen stehen, ist so empathielos wie ein Stein. *Peter Rupp, Jena*

GERECHTIGKEIT FÜR RICHTER ZU: KEIN PLATZ FÜR REVOLUTIONS-FOLKLORE (NR. 20) UND: DER PROZESS GEGEN DIE SPITZE DER „ERSTEN GENERATION“ (NR. 20)

Die PAZ hat der Rote Armee Fraktion (RAF) in der Ausgabe Nummer 20 dankenswerterweise gleich zwei Seiten gewidmet, eine davon galt dem ersten „Stammheim“-Prozess. Nach 50 Jahren, in denen der von Meinhof, Ensslin und Baader selbst kreierte RAF-Mythos übermächtig war, wird es wirklich Zeit für mehr Wahrheit und neue Perspektiven. Auch die Richter im ersten „Stammheim-Prozess“ von 1975 bis 1977 verdienen einen frischen Blick und eine Würdigung ihrer Leistung.

Diese Richter unter dem Vorsitz von Theodor Prinzing (1925–2025) hatten die NS-Diktatur erlebt. Sie hatten auch noch das furchtbare Getöse eines Roland Freislers vor Augen, der den Gerichtssaal zu einem Ort der Willkür pervertiert hatte. Die Stammheimer Richter standen hingegen fest auf dem Boden des Rechtsstaats. Sie verteidigten die rechtsstaatlichen Normen im Gerichtssaal vor allem gegen die Angriffe der Angeklagten und ihrer Verteidiger selbst. Die sahen den Rechtsstaat als „Schweinesystem“, die Richter als dessen „Büttel“, die es zu „entlarven“ galt.

Das strategische Ziel von Meinhof, Ensslin, Baader und Jan-Carl Raspe war es, den Gerichtssaal zur Propagandabühne zu machen, den Prozess täglich aufs Neue zu behindern und ihn am Ende scheitern zu lassen. Sie wurden damit zu den heftigsten Gegenspielern der Richter, die eine Politisierung des Prozesses eben nicht wollten und ein „normales“ und sachgerechtes Verfahren für die vier Hauptangeklagten durchzusetzen versuchten. Der Anklagepunkt Mord oder versuchter Mord sollte verhandelt werden, mehr nicht.

Gegenspieler hatten die Richter auch aus den Reihen der Politik und der Gesetzgebung. Schon im Vorfeld waren Ge-

setzesänderungen verabschiedet worden, die als Sonderregeln gelten konnten und damit das Bemühen der Richter um einen „ganz normalen“ Mordprozess unterließen. Fatal war die klammheimlich von Bundes- und Landespolitikern beschlossene rechtswidrige Abhörung der Inhaftierten, die im März 1977 aufflog.

Die Lauschaktion beschädigte nicht nur das Ansehen des Gerichts, dem prompt Mitwisserschaft unterstellt wurde. Die Politiker spielten mit dieser rechtswidrigen Aktion auch der Strategie der Wahl-Verteidiger (unter anderem Otto Schily) in die Hände. In dem zermürbenden Verfahren beging dann am Ende der Vorsitzende Richter Prinzing den gewünschten Fehler und musste zurücktreten. Die Medien standen damals überwiegend auf der Seite der RAF-Ideologen.

Wer diese RAF-Jahre miterlebt hat und sich erinnert, sieht noch die Bilder vor sich: „Stammheim“ – ein Hochsicherheitstrakt. In gepanzerten, dunklen Limousinen führen die Richter ein. Gepanzert waren auch die Häuser der Richter. Mit Attentaten und Entführungen war täglich zu rechnen, ein normales Familienleben nicht mehr möglich.

Personenschützer begleiteten die Richterfamilien rund um die Uhr. Für „Worst case“-Szenarien wurden auch die Kinder der Richter von der Polizei auf eine mögliche Entführung vorbereitet. Wie sich das wohl auf die Kinderseelen ausgewirkt hat? Wir sind es den Richtern, die damals unter Dauerbeschuss von vielen Seiten den Rechtsstaat verteidigten, jedenfalls schuldig, dass ihre Leistung noch einmal neu in den Blick genommen und gewürdigt wird.

Die Interviews, die Prinzing 2007 und Richter Kurt Breucker 2011 dem „Tagespiegel“ gegeben haben, sind noch im Netz abrufbar. Einen ausführlicheren Bericht hat Prinzing im Staatsarchiv Stuttgart hinterlegt. Die Mythen der RAF hat die Meinhof-Tochter Bettina Röhl hervorragend und mit Belegen auseinandergenommen, in: „So macht Kommunismus Spaß“ (2006) und vor allem: „Die RAF hat euch lieb“ (2018). *Henriette Piper, Solingen*

ANZEIGE

Mikronährstoffe gezielt nutzen: Für mehr Gesundheit, Energie und Lebensqualität

- Mangel erkennen und ausgleichen
- Beschwerden lindern
- Lebensqualität steigern
- Die Zeichen des Alterns umkehren

Leiden Sie unter Erschöpfung, Stress, Gelenksbeschwerden oder Hautproblemen? Möchten Sie Ihren Körper gezielt unterstützen – wissen aber nicht genau, wie? Das neue *Mikronährstoff-Kompendium* zeigt Ihnen, wie Sie Mikronährstoffe optimal einsetzen können, um Beschwerden effektiv zu lindern und Ihre Lebensqualität nachhaltig zu steigern.

Klare Anleitungen –
sicher und wirksam anwenden

Schluss mit Unsicherheiten! Der Ratgeber gibt Ihnen wertvolle Informationen zur optimalen Einnahme. Denn: Nur richtig eingenommen entfalten Mikronährstoffe ihr volles Potenzial.

Kompetenz, der Sie vertrauen können –
von der Expertin für Ernährungstherapie

Die erfahrene Autorin kombiniert neueste ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse mit ihrem umfangreichen Wissen aus der therapeutischen Praxis. **Das Ergebnis: ein verständlicher, praxisnaher und verlässlicher Ratgeber.**

- **Einzigartig übersichtlich:** Sofort passende Mikronährstoffe anhand Ihrer Beschwerden finden
- **Darmgesundheit im Fokus:** Erst wenn das Mikrobiom stimmt, wirken Mikronährstoffe optimal
- **Klar und praktisch:** Genaue Anweisungen zu Einnahmeform und Dosierung für maximale Wirkung
- **Von der Expertin:** Fundierte Informationen aus ernährungswissenschaftlicher und therapeutischer Praxis
- **Wissenschaftlich aktuell:** Basierend auf neuesten Studien und Erkenntnissen



Agnieszka Peralta Martin: *Mikronährstoff-Kompendium* • gebunden • 239 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 991 460 • 22,- €

www.kopp-verlag.de • Jetzt bestellen! Versandkostenfrei Lieferung innerhalb Europas

REALE SCHEINWELT

Zwischen Traum und Wirklichkeit

Ein Besuch im Dalí-Museum in St. Pete an Floridas Westküste

VON JENS EICHLER

Schon von außen scheint das Dalí-Museum in St. Pete die Grenzen der Realität zu dehnen. Das Gebäude an der Promenade des mondänen Küstenorts – ein kühner, surrealer Bau aus Glas und Beton – wirkt wie aus einem Traum geboren. Eine riesige gläserne Kuppel, der sogenannte „Enigma“, scheint sich wie ein Fremdkörper aus dem Betonkubus zu winden, als wäre sie aus einer anderen Dimension hierher gefallen. Schon bevor man einen Fuß ins Museum setzt, wird mir als USA-Korrespondent der PAZ klar: Das ist kein gewöhnlicher Kunstbesuch. Es ist vielmehr ein Schritt in das unergründliche Universum eines faszinierenden Genies, das Zeit, Raum und Logik aufgelöst hat – Salvador Dalí.

Das Museum liegt malerisch, eingerahmt von Palmen, Meerblick und offenem Himmel. Der Architekt Yann Weymouth hat hier mehr als nur einen Ausstellungsort geschaffen. Das Gebäude ist selbst eine Hommage an Dalís Geist: mathematisch präzise und gleichzeitig irrational verspielt. Der „Enigma“-Glasdom, bestehend aus über 1000 einzelnen Glasscheiben, erinnert an Dalís Faszination für die Wissenschaft und für symmetrische Strukturen wie die Doppelhelix. Wer das Museum betritt, findet sich sofort in einer Übergangszone zwischen Realität und Imagination wieder. Das Andere, das real Unreale, eine undefinierbare Faszination – alles ist irgendwie hautnah zu spüren, zu fühlen, es hüllt einen ein.

Die Sammlung im Inneren gehört zu den bedeutendsten Dalí-Sammlungen außerhalb Spaniens. Möglich wurde sie durch das Ehepaar Reynolds und Eleanor Morse, enge Freunde Dalís, die über 40 Jahre hinweg Werke des Künstlers sammelten. Ihre mehr als 2000 Werke umfassende Kollektion – darunter 96 Ölgemälde, Hunderte Zeichnungen, Skulpturen, Photographien und Manuskripte – bildet das Herzstück des Museums.

Bereits im ersten Ausstellungsraum schlägt einem das volle Gewicht von Dalís Genie entgegen. Großformatige Werke wie „Die Halluzinatorische Stierkampfarena“ oder „Gala schaut auf das Mittelmeer, das bei 20 Metern Entfernung wie



Das Dalí-Museum in St. Pete: Die Glasblase namens Enigma scheint sich aus dem Betonklotz zu quälen

Bild: shutterstock.com

derum das Porträt von Abraham Lincoln ergibt“ lassen den Betrachter schier sprachlos zurück. Diese Werke sind keine bloßen Bilder, sondern mehrdimensionale Gedankengebäude, in denen jeder Zentimeter voller Symbole, Anspielungen und psychologischer Tiefe steckt.

Das Spiel mit der Wahrnehmung

Ein zentrales Thema in Dalís Werk ist die Wahrnehmung – und wie leicht sie sich manipulieren lässt. Das Kunstmuseum nutzt moderne Technologien, um das raffinierte Spiel mit der Realität noch (be-)greifbarer zu machen. In einem immersiven Virtual Reality-Raum wird man buchstäblich in eines von Dalís Gemälden hineingezogen. Mit einer VR-Brille durchstreift man eine surreale Landschaft, in der Elefanten auf Stelzen wandeln, Uhren schmelzen, und der Himmel flüssig zu sein scheint. Es ist ein sinnlicher, fast meditativer Zustand, in dem man Dalís Kunst nicht nur betrachtet, sondern fühlt und verinnerlicht.

Beim Gang durch die Ausstellung begegnet der Besucher nicht nur dem Künstler, sondern auch dem Menschen Dalí – mit all seinen Widersprüchen, seiner Egozentrik, seiner Einmaligkeit. Fotos zeigen ihn mit seinem berühmten gewirbelten Schnurrbart, stets inszeniert, exzentrisch, fast karikaturesk. Doch hinter dieser Fassade verbirgt sich ein scharfer Intellekt, ein Mann mit tiefer Bewunderung für Freud, Newton und Einstein, ein rastloser Suchender auf der Grenze zwischen Kunst und Wissenschaft, zwischen Mythos und Mathematik.

Die Frau hinter dem Künstler: Gala

In einem der Räume widmet sich eine multimediale Installation Dalís Faszination für die Quantenphysik. Modelle von DNA-Strängen und holographische Darstellungen spiegeln seine Überzeugung wider, dass Kunst und Naturwissenschaften zwei Seiten derselben Wahrheit sind – ein Thema, das sich besonders in seinen späten Werken manifestiert.

Kein Besuch im Dalí-Museum wäre vollständig ohne die Begegnung mit Gala, Dalís Muse, Ehefrau und Managerin. In vielen Werken erscheint sie als Madonna, Königin oder mystische Führerin. Eine eigene Sektion des Museums beleuchtet ihre Rolle in Dalís Leben – nicht nur als Modell, sondern als kreative Kraft, ohne die der exzentrische Katalane wohl nie zur Ikone geworden wäre.

Neben den Gemälden bietet das Museum interaktive Bereiche, in denen Besucher – ob Kinder oder Erwachsene – spielerisch mit Dalís Motiven interagieren können. In einem Raum kann man digitale Uhren „schmelzen“ lassen und in einem anderen eigene surreale Gemälde generieren. Das Museum setzt auf Partizipation, nicht auf stilles Staunen. Und das macht den Besuch besonders lebendig.

Der Garten der Ideen

Zum Abschluss führt der Weg nach draußen in den sonnigen „Avant Garden“ – eine Freiluftoase voller symbolträchtiger

Skulpturen, labyrinthischer Wege und Zitate von Dalí in Stein gemeißelt.

Besonders auffällig ist der spiralförmige Baum aus Wunschbändern, an dem Besucher ihre Gedanken und Träume hinterlassen können. Ein Ort der Stille und des inneren Versinkens, an dem man Dalís Philosophie spüren kann: dass Träume und Kunst untrennbar verbunden sind.

Impressionen, die nachwirken

Ein Besuch im Dalí-Museum ist kein schneller Kunstgenuss – er ist ein Erlebnis, das lange nachwirkt. Man verlässt das Gebäude nicht einfach, man taucht daraus auf wie aus einem seltsamen, aber wundersamen Traum. Die Grenzen zwischen dem, was möglich scheint, und dem, was wirklich ist, verschwimmen hier auf faszinierende Weise.

In einer Welt, die oft von Eindeutigkeit und Pragmatismus geprägt ist, erinnert Dalí daran, dass das Irrationale, das Spielerische und das Visionäre ebenso wichtig sind. Sein Museum in St. Pete ist ein Tempel der Vorstellungskraft – und ein Ort, an dem man für ein paar Stunden nicht nur Kunst sieht, sondern der Wirklichkeit entflieht, indem man sie neu zu denken lernt – eine Twilightzone!



Halluzination: Bei naher Betrachtung schaut Gala aufs Meer, von Weitem aber entsteht das Porträt von Lincoln Bild: JE

KURIOS

Ein Ort, der nicht so heißen will

Floridas Saint Petersburg nennt sich selbst nur keck St. Pete – Wer das nicht weiß, tritt schnell ins Fettnäpfchen

150 Jahre sind für die USA schon richtig alt. Und für Florida erst recht. Man könnte daher meinen, dass St. Pete ein komplettes Museum ist, denn in diesem Jahr feiert die mondäne, schöne Küstenstadt an der Tampa Bay ihren 150. Geburtstag.

Von wegen alt! Gefühlt ist eher das Gegenteil der Fall. „Sunshine City“, wie die Stadt mit ihren rund 260.000 Einwohnern auch liebevoll heißt, wird immer jünger, schicker, trendiger. Längst haben sich architektonisch aufwendig gestaltete Hochhäuser zwischen altehrwürdige Bauten nahtlos eingefügt. Bei jungen Menschen ist die Stadt angesagt wie noch nie – eine bunte Nightlife-, Bar-, Club- und Restaurantszene wirkt wie ein Magnet. Dazu die wunderbar gestaltete Promenade mit den schönen Shops und Lokalen, als ob man die kleine Version des „Ocean Drive“ von Miami Beach erlebt – nur feiner, eleganter, gepflegter.

St. Pete ist eine Boomtown, ein Dorado für Touristen und ebenso für Einheimische. Aber stopp, wieso wird auch hier immer von St. Pete geschrieben? Heißt die Stadt nicht in Wahrheit Saint Petersburg? Vorsicht, das ist ein heißes Eisen und kann brenzlich werden ...

Als 1875 General John Williams aus Detroit hoch im Norden der USA in den ebenso sonnigen wie heißen Süden nach Florida zog, weil er sich dort ein Stück Land gekauft hatte, nannte er sein erstgebautes Hotel nach seiner Heimatstadt. Drumherum siedelten sich mehr und mehr Menschen an – nur einen Namen hatte der Ort bisher nicht. 13 Jahre später kam Peter Demens an. Ein Aristokrat, der seine Jugend im russischen St. Petersburg verbracht hatte. Und mit ihm kam die Eisenbahn, die Orange Belt Railway, dessen Besitzer Demens war. Eine Stadt, die einerseits in der Tampa Bay lag und so für



Pier und Jachthafen von St. Pete Bild: JE

den Schiffsverkehr prädestiniert war, zog ebenso viele Menschen an, wie damals eine eigene Eisenbahnstation. Und plötzlich hatte der wachsende Küstenort zwei Gründungsväter: John Williams und Peter Demens. Die beiden kannten und wertschätzten sich und waren sich schnell einig, dass das florierende Städtchen endlich einen festen Namen haben muss.

Einig waren sie nur nicht darüber, wie dieser lauten sollte. Also kamen sie überein, dass ein Münzwurf entscheiden soll. Kopf oder Adler? Little Detroit oder Saint Petersburg – diese beiden Namen standen zur Entscheidung. Und der russische Name gewann. Fortan wurde die südlich von Tampa und Clearwater gelegene Stadt Saint Petersburg genannt, der Name offiziell eingetragen und publik gemacht.

Doch schon keine 50 Jahre später regte sich Unmut darüber, weil das Städtchen an der Küste Westfloridas immer öfter

mit der russischen Metropole verwechselt wurde. Selbst die Post kam nicht immer dort an, wo sie ankommen sollte, sondern machte so manches Mal einen Umweg über Russland. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Name schließlich mehr oder weniger verboten, wenngleich man auf eine Umbenennung verzichtete. Man nannte sich ab sofort nur noch St. Pete, um jegliche Verwechslungsgefahr mit der Ortschaft im kommunistischen Sowjetreich – die damals kurioserweise anders, nämlich Leningrad, hieß – zu vermeiden.

Ob auf Postkarten oder T-Shirts, auf Straßenschildern oder in US-Atlanten – Saint Petersburg war Geschichte und St. Pete wurde als bisheriger Spitzname die inoffiziell offizielle Bezeichnung. Und daran hat sich auch zum 150. Geburtstag nichts geändert. Wer es also nicht weiß, tritt schnell ins Fettnäpfchen. St. Petersburg ist out – St. Pete ist in! Jens Eichler

● FÜR SIE GELESEN

Frauen in den 1950er Jahren

Deutschland 1954 – Die Fußballnationalmannschaft hat unerwartet die Weltmeisterschaft gewonnen, und die Bevölkerung ist aus dem Häuschen. Besonders in Kaiserslautern, woher fünf Nationalspieler stammen, ist jeder vom Fußballfieber befallen. Die eine oder andere Frau würde auch gern Fußball spielen, aber das ist verpönt und wird von den männlichen Familienmitgliedern verboten.

Luise, die Heldin in Juliana Weinbergs Roman „Der Traum vom Tor“, schleicht sich heimlich zum Fußballtraining davon. Sie und die anderen Spielerinnen müssen sich mit Notlügen diese Zeit für das Training erkämpfen. Generell wird gesagt, dass beim Kampf um den Ball die weibliche Anmut verschwinde, und dass der Körper und die Seele Schaden erlitten. Luise ist selbstbewusst und lässt sich ihr Leben nicht vorschreiben.

Weinberg zeichnet ein Zeitbild der 50er Jahre mit dem damals restriktiven Verhalten. Frauen, die während des Krieges ihren Mann gestanden hatten, sollten nun wieder in den Hintergrund treten. Der Roman ist sehr lesenswert, besonders für jüngere Frauen, die sich sicher nicht vorstellen können, wie unselbstständig Frauen zu der Zeit noch waren. *Angela Selke*



Juliana Weinberg: „Der Traum vom Tor“, Harper Collins, Hamburg 2024, Taschenbuch, 399 Seiten, 14 Euro

Wissenswertes über Bienen

Die naturbegeisterte Biologin Johanna Prinz schrieb zusammen mit der Illustratorin Chantal Descheppe das interaktive Abenteuer-Spielbuch „Bienen. Wilde Helfer der Natur“. Biene sei eigentlich nur ein Begriff für sehr viele Insektenarten, sagt die Autorin, denn es gehörten auch die Hummeln und Wildbienen dazu, und um verschiedene Arten geht es im Buch.

Seite für Seite wird ausführlich erklärt, wie Honigbienen leben, wie Honig entsteht, warum Bienen tanzen, was es mit der Bienenkönigin auf sich hat, wie Bienenkinder heranwachsen, welche Aufgaben die Bienen im Bienenstock haben und viele weitere Themen mehr. Die Seiten werden aufgelockert durch Rätsel und Aufgaben, die Kinder neugierig machen und spielerisch ihr Umweltbewusstsein fördern.

Interessant ist das Kapitel über die Wildbienenarten, deren Leben anders aussieht als das der Honigbienen. Zum Beispiel graben Sandbienen eine unterirdische Brutröhre, während Wollbienen Nester aus Pflanzenfasern bauen. Wildbienen leben oft allein statt in einem Bienenstock und werden daher auch Solitärbienen genannt. Für die Bestäubung der Pflanzen sind alle Bienen wichtig. *Silvia Friedrich*



Johanna Prinz/Chantal Descheppe: „Bienen. Wilde Helfer der Natur“, Léman Publishing, Arzier 2024, gebunden, 48 Seiten, 19,90 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Indien entdecken

Der erfahrene Reisejournalist Hans-Joachim Aubert entführt seine Leser in den Subkontinent und teilt mit umfangreichen Informationen und Tipps sein Wissen mit



Hans-Joachim Aubert: „Indien. Der Norden“, DuMont Verlag, Ostfildern. 6. aktualisierte Auflage 2025, broschiert, 504 Seiten, 26,95 Euro

Spaziergänge, Zugfahrten oder Safari – in Indiens Norden bieten sich vielfältige Möglichkeiten für ein unvergessliches Urlaubserlebnis. Für eine Reise in das südasiatische Land ist eine sorgfältige Planung vonnöten.

Hans-Joachim Aubert, der eine besondere Liebe zu Indien entwickelt hat, bietet sich als Experte an. Fotos, Kartenausschnitte und eng beschriebene Kapitel bilden eine umfangreiche Informationsquelle. *MRK*

BIOGRAPHIE

Das Leben eines tapferen Retters

Sebastian Christ erinnert an den unbekanntem Auschwitz-Häftling Otto Küsel, der polnische Häftlinge vor der Vernichtung bewahrte

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Mit „Auschwitz-Häftling Nr. 2. Der unbekanntem Held des Konzentrationslagers“ erinnert Autor und Journalist Sebastian Christ an Otto Küsel (* 1909 in Berlin, † 1984 in Oberviechtach) als einen Menschen aus einfachen Verhältnissen, der im KZ Auschwitz Hunderte von polnischen Mithäftlingen vor der „Vernichtung durch Arbeit“ rettete. Als Kapo und „Arbeitskommando“ ein privilegierter Häftling, widersetzte er sich der Forderung, seine Schicksalsgenossen brutal zu behandeln, was ihm Hafterleichterungen eingebracht hätte. Stattdessen sprach er ihnen Mut zu und suchte nach Möglichkeiten, den Geschwächten ein leichteres Arbeitskommando zu verschaffen.

In Deutschland kennt fast niemand Otto Küsel, während er in Polen als Held verehrt wird. Fast 22 Jahre hat der Autor akribisch zahlreiche Quellen ausgewertet, darunter die Berichte von polnischen Auschwitzüberlebenden. Otto selbst hat nur ein einziges Interview gegeben. Neben seiner Geschichte hat Christ bei der Rekonstruktion der Geschehnisse auch Biographien etlicher Mithäftlinge nachgezeichnet. In einzelnen Ausschnitten wird die unmenschliche Barbarei in dieser Hölle auf Erden aufgerollt, was einem das Blut in den Adern gefrieren lässt.

In den ersten zwei Jahren wurden in Auschwitz vor allem nicht-jüdische Polen interniert. Otto kam im Juni 1940 als einer der ersten 30 Häftlinge, sogenannte „Be-

rufungsverbrecher“, an den Ort des organisierten Massenmordes. Vermutlich wegen Diebstahls war er zuvor seit 1937 im KZ Sachsenhausen interniert. Nach seiner spektakulären Flucht aus Auschwitz im Dezember 1942 zusammen mit drei polnischen KZ-Flüchtigen lebte er neun Monate im Warschauer Untergrund, wurde erneut verhaftet und im September 1943 nach Auschwitz eingeliefert, dieses Mal im Block 11, dem Todeslager. Sein Leben verdankte er dem Wechsel der Lagerlagerleitung im November 1943.

Rudolf Höß wurde abberufen, sein Nachfolger Arthur Liebehenschel erließ eine Amnestie für die Häftlinge in Block 11. Otto kam wieder ins Stammlager. Im Februar 1944 wurde er als Zwangsarbeiter ins bayerische KZ Flossenbürg verlegt und überlebte zuletzt noch den Todesmarsch. Mit seinem stillen Widerstand war Küsel ein Einzelkämpfer. Seine außergewöhnliche Geschichte ist nicht an die Großdiskurse zum Widerstand in der NS-Zeit eingebunden, daher fiel er durch das Raster der kollektiven Erinnerung. Mit seinem Buch hat Sebastian Christ ein ihm gebührendes Denkmal gesetzt.



Sebastian Christ: „Auschwitz-Häftling Nr. 2. Otto Küsel – der unbekanntem Held des Konzentrationslagers“, Verlag Theiss, Freiburg 2024, gebunden, 272 Seiten, 26 Euro

POLITIK

Verhaltene Kritik an der Ära Merkel

Der „FAZ“-Journalist Eckart Lohse zieht seine eigene Bilanz über die bleierne Regierungszeit der langjährigen deutschen Kanzlerin

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Deutschen hinter Licht geführt, und viele Bürger ließen das auch gerne zu, weil es so wunderbar bequem war, angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit den Kopf in den Sand zu stecken. Das ist die Kernthese des Buches von Eckart Lohse „Die Täuschung. Angela Merkel und die Deutschen“.

Allerdings ignoriert die Bilanz der 16 bleiernen Regierungsjahre von Merkel, die der Bundesrepublik einen nie dagewesenen Abstieg bescherten, den Umstand, dass es zahlreiche Deutsche gab, die schon recht bald nichts mehr von der uncharismatisch-arroganten „Mutti Merkel“ und ihrer „heimeligen“ Politik wissen wollten. Und das grob rechtswidrige Handeln der Kanzlerin während der Asylkrise von 2015 ließ den Ruf „Merkel muss weg!“ dann noch lauter erschallen.

So fällt die Kritik des „FAZ“-Journalisten an Merkel ziemlich verhalten aus. Zwar thematisiert Lohse ihr prinzipienloses Taktieren beim Atomausstieg, übergeht aber die von der Kanzlerin mitverantwortenden Maßnahmenexzesse während der Corona-Zeit. Stattdessen lobt er das exekutive Handeln der Merkel-Regierung in der „schwierigen Phase der COVID-Pandemie“ und zitiert den bayerischen Ministerpräsidenten und führenden Corona-Scharfmacher Markus Söder mit den Worten: „Wir hatten den richtigen Kurs.“ Was für eine Fehleinschätzung!

Auch sonst enthält das Buch zahlreiche haarsträubende Passagen, welche in Kontrast zu den guten Abschnitten stehen, die präzise aufzeigen, wie Merkel versagt hat. So steht bereits auf der ersten Seite der unsinnige Satz: „Putin dreht Deutschland den Gashahn zu.“ Da fehlt eigentlich nur noch, dem Kreml die Schuld an der Nord-Stream-Sprengung zu geben. Geradezu paradox ist der Vorwurf, dass unter Merkel der „klimafreundliche Umbau von Wirtschaft und privater Welt ... auf halbem Weg ins Stocken geraten“ sei. Wir können uns glücklich schätzen, trotz aller Bemühungen um die „Energie-wende“ noch über einige Kohle- und Gaskraftwerke zu verfügen, denn was bei einem 100-prozentigen Verlass auf erneuerbare Energien droht, hat kürzlich der Blackout in Spanien und Portugal gezeigt.

Des Weiteren finden sich in dem Buch des Mainstream-Journalisten auch immer wieder Ausfälle gegen die AfD. Beispielsweise charakterisiert Lohse die Partei, welche eine Politik betreibt, die in Teilen der CDU früherer Jahre ähnelt, in abwertender Weise als „Sündenfall“ der bundesdeutschen Geschichte.



Eckart Lohse: „Die Täuschung. Angela Merkel und ihre Deutschen“, dtv Verlagsgesellschaft, München 2024, gebunden, 335 Seiten, 25 Euro

KÖNIGSBERG & OSTPREUSSEN

Wolfskinder – eine Geschichte des Überlebens

Eine emotional fesselnde Ausstellung um verlorene Waisen, die in den Wirren des Krieges um ihr junges Leben kämpften

VON JÖRN PEKRUL

In der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wurde schon mehrfach über die Hungerkinder aus Königsberg und Ostpreußen berichtet. Es sind Kinder, welche die Gräueltaten bei Kriegsende und nach der Eroberung bei vollem Bewusstsein erlebten. Teilweise hatten sie ein oder beide Elternteile verloren und irrten nun als Waisen durch die Ruinen. Stets begleitet von Gefahr, Gewalt und dem alles beherrschenden Hunger. Viele von ihnen schlugen sich in die Wälder Richtung Litauen in der Hoffnung auf Essen und Obdach.

Ein ostpreußischer Nachgeborener und Träger des Kulturpreises der Landsmannschaft Ostpreußen, Christopher Spatz, hat diese Tragödien in seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ (Verlag Ellert & Richter) in kompetenter Form und gefasster Sprache für die Jetztzeit zugänglich gemacht. Basierend auf diesem Buch wurde am 24. Mai 2025 im nordbrandenburgischen Templin eine sehenswerte Sonderausstellung eröffnet. Sie befindet sich im Museum für Stadtgeschichte, das seinen Sitz im Prenzlauer Tor hat.

Die Mitarbeiterin des Museums Teresa Esteban lernte den Buchautor und das Thema auf einer früheren Lesung im uckermärkischen Malchow kennen. Durch den Kontakt entstand die Idee zu dieser Ausstellung, die aus 14 Plakatwänden besteht. Auf zwei Tafeln wird ein Abriss der geschichtlichen Ereignisse gegeben. Es folgen zwölf exemplarische Biographien, die alle unterschiedlich sind, aber in sich den gemeinsamen Kern des „Wolfskinder“-Schicksals tragen. Die Lebensläufe sind selbst von den Protagonisten erzählt; in ihrem Dialekt und im ganz persönlichen Wort- und Sprachduktus.

Allein im Dschungel des Grauens

Diese Authentizität gibt den ausgestellten Tafeln eine zusätzliche Qualität, die das erzählte Geschehen – die Tafeln sind in gut lesbarer Schrift gestaltet – besonders nahbar macht. Diese Nähe wird durch Porträtfotos ergänzt. Es sind sensible, feinfühligere Aufnahmen, die keinen Effekt erhaschen wollen, sondern den Menschen hinter dem geschilderten Wort erfahrbar machen. Diese Kombination ist außergewöhnlich gut gelungen und gibt der Ausstellung eine besondere Qualität.

Zur Eröffnung fanden sich der Autor Spatz sowie Ursula Dorn, geboren 1935 in Königsberg, ein. Weiterhin war Heinz-Günther Krell – auch er ist 1935 in Königsberg geboren worden und war damals unbewusst Schicksalsgefährte von Dorn – mit seiner Frau anwesend.

Vor vollbesetztem Haus führte Spatz kurz in das Thema ein und leitete über zu Dorn. Sie berichtete über die Ereignisse aus der Perspektive eines damals zehnjährigen Kindes in Königsberg. Die erste Begegnung mit den Besatzungstruppen der Roten Armee in einem Keller nahe der Oberhaberberger Kirche (es waren Soldatinnen, die nach Armbanduhren verlangten) und das Heraustreiben auf die Straße in einer Stadt, die lichterloh brannte.

Es folgten die grausamen Märsche, zu denen die Zivilisten in ganzen Kolonnen durch das Umland von Königsberg gezwungen wurden. Tagelang, wochenlang; viele überlebten sie nicht. Die erste Apokalypse der Gewalt unter den „Befreiern“, die im Rausch des Sieges und wie man heute weiß durch Propaganda vorsätzlich aufgehetzt, ihre Rachsucht an wehrlosen Alltagsmenschen ausließen. Die brutalen Massenvergewaltigungen der Mädchen

und Frauen jedes Alters darin sind nur ein erschütternder Abgrund, der auch durch die Entfernung in der Geschichte nichts von seiner Unmenschlichkeit verliert. Und der sich auch nicht durch eine rückwirkende Verklärung des erhofften Sieges über die vorangegangene nationalsozialistische Barbarei als „notwendige Folge“ relativieren lässt. Gewalt gegenüber wehrlosen Zivilisten ließ und lässt sich niemals rechtfertigen – auch nicht in einer abgeschwächten Form.

Als Zeitzeugin wusste Dorn, zwischen durch angeregt durch behutsam pointierte und einordnende Rückfragen von Spatz, sehr detaillierte Schilderungen über die Zeit nach der Eroberung und die ersten Monate und Jahre unter der Besatzungsmacht, sowie die sich daraus ergebenden, ersten Fahrten nach Litauen zu berichten. Das zehnjährige Mädchen stieg am Königsberger Hauptbahnhof wahllos in einen Zug, der – mit Demontage- und Plünderungsgut beladen – nach Kaunas fuhr.

Hunger auf Informationen

Dorn ist eine sehr gute Berichterstatterin. Ihr Erinnerungsvermögen ist brillant, und sie hat die seltene Gabe, auch entsetzliche Erinnerungen gefasst sowie für die Außenwelt in einer gut verständlichen Form wiederzugeben. Man merkte es daran, wie gebannt das Publikum war, sah es in jedem Gesicht. In den Sprechpausen hätte man eine Stecknadel fallen hören können. Die geschilderten Ereignisse schienen vor dem geistigen Auge der anwesenden Zuhörerschaft im Bilde förmlich aufzuerstehen. Es war an den Fragen des anschließenden Publikumsgesprächs zu bemerken, das sehr aufmerksam zugehört wurde. Der Informationsbedarf an weiteren Details war groß, und man konnte den Eindruck gewinnen, dass ein geschichtliches Nebelfeld der deutschen Vergangenheit klarer wurde.

Die Erkenntnisse wurden von dem Buchautor und Moderator als auch der Zeitzeugin in einer perfekt aufeinander abgestimmten Kombination vermittelt und hallten noch lange nach. Dies beweisen die lebhaften, engagierten Gespräche, die noch andauerten, als die Veranstaltung längst zu Ende gegangen war.

Und wo ein Ostpreuße ist, sind auch die Bande der „ostpreußischen Familie“ nicht weit. Die Einwohner Templins, die an diesem Nachmittag in großer Zahl gekommen waren, konnten unter sich auch die angereisten Gäste Dietmar Rupschus von der Memellandgruppe Berlin sowie Renate Niedrig und Waltraut Ellerbrock (2. stv. Vorsitzende) von der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) kennenlernen. Für die Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) e.V. war der Autor dieses Beitrags selbst vor Ort in Templin.



Christopher Spatz, Träger des Kulturpreises der Landsmannschaft Ostpreußen, moderierte als Mitinitiator der Ausstellung in Templin die Veranstaltung, in der Ursula Dorn, Jahrgang 1935, als geborene Königsbergerin ihre Impressionen schilderte Bild: Pekrul



Das „Wolfskind“ Heinz-Günther Krell, der ebenso 1935 in Königsberg geboren wurde, hier mit seiner Frau vor der ihm gewidmeten Ausstellungstafel Foto: Pekrul

Doch diese Zugehörigkeiten vermischen sich dank der hervorragenden Präsentation rasch zu einem gegenseitig bereichernden Austausch. Ein Dank sei auch den Damen und Herren des Stadtgeschichtlichen Museums zu Templin ausgesprochen. Mit kleinen Erfrischungen wurden Besucher wie Ausrichter versorgt, ohne dass es die Präsentation beeinträchtigt hätte. Da sich neben dieser Sonderausstellung im Prenzlauer Tor auch die

Dauerausstellung zur Stadtgeschichte von Templin begutachten lässt, bekommt der Besucher ein doppeltes Erlebnis. Man sieht interessante Exponate zur Geschichte der Uckermark, die sich auf das Gebiet, aber auch auf die größere Geschichte Preußens beziehen. Ein altes Holzpferd in dieser Ausstellung bestätigt ein vertrautes Detail: der Gaul auf dem Feld blieb unentbehrlich – in Ostpreußen wie in der Uckermark.

Man kann den Besuch im Prenzlauer Tor mit einer Stadtbesichtigung verbinden. Templin ist eine sehenswerte Stadt, die in eine reizvolle Landschaft eingebettet ist.

Die Ausstellung „Wolfskinder – Eine Geschichte des Überlebens“ ist bis zum 24. August 2025 zu sehen. Der Eintritt ist frei. Öffnungszeiten: Fr.-Di. 10 bis 17 Uhr. Sa. und So. zwischen 12.30 und 13 Uhr geschlossen, www.templin.de/museum.



Ein Holzpferd im Museum für Stadtgeschichte, welches die Bedeutung der Pferde für die ganze Landschaft und Kultur in Ostpreußen verdeutlicht Foto: Pekrul



Die Versammlung in den Ausstellungsräumlichkeiten war gut gefüllt mit neugierig-aufgeschlossenen Besuchern des Museums Foto: Pekrul

● AUFGESCHNAPPT

Weltweit leben 23,4 Millionen Dollarmillionäre, davon allein 1,6 Millionen in Deutschland. Das heißt: Rund zwei Prozent der Deutschen verfügen über ein Gesamtvermögen von mindestens einer Million US-Dollar, was derzeit rund 870.000 Euro entspricht. Indes: Während weltweit die Zahl der Dollarmillionäre 2024 spürbar angestiegen ist, ging sie in Deutschland um 40.000 zurück. Das kann sowohl auf Kapitalflucht wohlhabender Deutscher zurückgehen als auf einen schrumpfenden Wohlstand bei besser betuchten Bürgern. Von links wird die Zahl der Millionäre gern zum Anfachen von Sozialneid aufgegriffen. Dabei ist zu beachten: Berücksichtigt wird der gesamte Besitz, auch Immobilien. Deutsche Landwirte dürften daher durchgehend als Millionäre gelten, obschon viele von ihnen kaum mehr über die Runden kommen. Auch durchschnittliche Einfamilienhäuser erreichen in den deutschen Metropolen mittlerweile einen stolzen Marktwert, ohne dass es dem Rentner, dem das Haus gehört, sonderlich gut gehen muss. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Gabor Steingart erklärt auf „Focus online“ (4. Juni), warum das Bürgergeld bei der arbeitenden Mittelschicht so viel Ärger auslöst:

„Das Bürgergeld als Lohnersatzleistung regt nicht so sehr die Millionäre auf, sondern Maurer, Schweißer und Busfahrer, die sich fragen, warum sie morgens aufstehen, derweil ihr Steuergeld von Politikern freihändig verteilt wird. Dieses leistungslose Grundeinkommen geht mittlerweile an über fünf Millionen Menschen.“

Der Ökonom Daniel Stelter rückt in der „Welt“ (6. Juni) ein lange gehegtes Trugbild von Deutschland zurecht:

„Das Problem ist diese Selbstillusionierung in der Politik in Deutschland. Mein Lieblingsbeispiel dafür ist immer der Satz: ‚Wir sind ein reiches Land.‘ ... Die Wahrheit ist: Wir sind kein reiches Land. Vielleicht haben wir ein bisschen Substanz, aber im Grunde haben wir unser Land substanzmäßig abgewirtschaftet und haben dringenden Sanierungsbedarf.“

Stefan Kooths, Leiter der Prognoseabteilung im Kieler Institut für Weltwirtschaft, warnt bei „Nius“ (4. Juni) vor den mittelfristigen Folgen der gigantischen Zusatzverschuldung über sogenannte Sondervermögen:

„Die größeren Spielräume heute schnürten den Akteuren in den 2030ern umso mehr die Handlungsmöglichkeiten ein. Es ist ein Spiel auf Zeit ... Der mäßige Verschuldungsgrad in Deutschland war bislang ein wichtiger Stabilitätsfaktor, weil auch in Krisenzeiten die Solvenz des deutschen Staats nicht infrage steht. Je schärfer man künftig am Wind segelt, desto weniger gilt das noch.“

Carola Tunk wirft in der „Berliner Zeitung“ (10. Juni) einen fast mitleidigen Blick auf Greta Thunberg und deren gescheiterte Propagandafahrt gegen Israel:

„Greta Thunberg gilt nun in Regierungskreisen als schwurbelige Antisemitin, zu der man besser Abstand hält. Und ihre inszenierte Segeltour wirkt mitunter schon fast kindischer als der Schulstreik einst. Sollte sie noch mal mit dem Schiff aufbrechen, sollte sie sich von erfahrenen Seefahrern beraten lassen – und eine alte Segeltradition beherzigen: Mast- und Schotbruch und immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel. Soll heißen: Die Reise genießen, schöne Bilder machen und einfach mal einen Gang runterschalten.“

● WORT DER WOCHE

„Wenn Deutschland klimaneutral wird, verlagert sich die klimaschädliche Produktion ins Ausland. Das ist Wohlstandsvernichtung auf Basis ideologischer Verblendung.“

Dieter Nuhr, Kabarettist, in der „Welt“ vom 8. Juni

DER WOCHENRÜCKBLICK

Das können wir besser

Wie Greta Thunberg so jämmerlich scheitern konnte, und wie wir in Deutschland vorgesorgt haben

VON HANS HECKEL

Die Aufführung war so penibel durchkomponiert, da konnte man verständlicherweise nicht im Handumdrehen umschalten. Gut eine Woche lang war die „Madleen“ von Sizilien aus Richtung Gaza unterwegs, um Israel mit allen medialen Mitteln ins trübe Licht zu rücken. Als abschließender Höhepunkt sollte eine dramatische, brutale Enterung des Bootes durch israelische Kräfte die ganze Schlechtigkeit des Judenstaates entlarven.

Das wären Bilder geworden! Israelische Kriegsschiffe bringen die „Madleen“ in einer martialischen Operation auf, zeren die Besatzung mit deren prominentestem Maskottchen Greta Thunberg prügeln von Bord und setzen das runde Dutzend dann erst einmal wochenlang fest.

Greenpeace hatte sich schon ein Kampagnenplakat für diesen schönsten aller Fälle entwerfen lassen: Darauf ist die „Madleen“ auf offener See zu sehen, derweil über dem Himmel die Parole „Release the Crew“ („Last die Mannschaft frei“) in gewaltigen, dramatisch wirkenden Buchstaben prangt. Der erwünschte Eindruck: Die „Aktivisten“ würden von Israel als „Geiseln“ genommen. Welch hübsche Relativierung der israelischen Geiseln, die seit dem 7. Oktober 2023 von der Hamas eingepfercht werden und von denen viele nicht mehr leben. Nach dem Motto: Guck mal, die Israelis nehmen ja selber ...

Ärgerlicherweise kam alles ganz anders: Das Boot wurde friedlich aufgebracht, die Besatzungsmitglieder von den israelischen Kräften mit belegten Broten und Getränken begrüßt, dann an Land gebracht, und – so sie es wollten – umgehend in ihre Heimatländer geflogen. Auch Greta war schwuppdwupp wieder auf dem Weg nach Schweden. Da war das „Release the Crew“-Plakat allerdings schon fertig und wurde also doch noch im Netz platziert.

Das war der angemessene Schlusspunkt einer Aktion, die weltweit als die Fahrt der „Selfie-Jacht“ belächelt worden war. Wobei einige in der Reisesgesellschaft mit recht harmonischen Kontakten zu den Hamas-Terroristen aufgefallen waren. Kurz bevor die Israelis das Boot kaperten, schmissen die „humanitären Helfer“ daher schnell noch ihre sämtlichen Telefone ins Mittelmeer. Na ja. Für uns Deutsche ist es völlig unverständlich, wie die „Madleen“-Truppe mit ihrer Insze-

nierung so jämmerlich versagen konnte. Uns wäre das nicht passiert, denn bei uns ist die Entfaltung und Bewirtschaftung von „öffentlicher Empörung“ längst in die Hände routinierter Impresarios gelegt worden, die es sogar geschafft haben, ohne Anlass Hunderttausende von Demonstranten zu aktivieren wie Anfang 2024 nach der „Correctiv“-Klamotte zum angeblichen „Geheimtreffen von Potsdam“.

Der Trick: Unsere Profis gehen auf Nummer Sicher und warten gar nicht erst darauf, dass die tatsächliche Öffentlichkeit ihren Aufführungen auf den Leim geht. Sie haben sich eine Ersatz-Öffentlichkeit geschaffen, die fest integriert ist in den Spielplan. Sie nennt sich „die Zivilgesellschaft“.

Die ist dazu da, Volk zu spielen und gleichzeitig das echte Volk in Schach zu halten. Die „Zivilgesellschaft“ sorgt beispielsweise dafür, dass die Straßen für solche Kräfte reserviert bleiben, welche für den vollständigen Sieg einer linksgrünen Weltanschauung kämpfen. Wie die „Gruppen der Zivilgesellschaft“ hierfür mit reichlich Steuergeld vollgepumpt werden, hat Björn Harms in seinem im vergangenen März erschienenen Buch „Der NGO-Komplex“ detailliert berichtet.

Alles sagen dürfen? Von wegen!

Mit der Berliner NGO „HateAid“ ist nun ein weiterer In-Schach-Halter mit dem Gütesiegel „Trusted Flagger“ geadelt worden. Die „Flagger“ sollen dabei helfen, nichtlinke Meinungen aus dem Netz zu tilgen. „HateAid“-Geschäftsführerin Josephine Ballon gibt als Ziel ihrer Arbeit offen zu: Es gebe eine „kleine Gruppe von Menschen“, die „alles“ sage, „was sie will“. Gegen die will sie vorgehen. Wobei nicht Strafrechtsverstöße im Visier stehen, denn die bekämpft der Staat auch ohne „HateAid“ und Genossen. Nein, solche „Flagger“ treten an, um Meinungsäußerungen im Netz zu verfolgen und für deren Löschung zu sorgen, die ausdrücklich legal sind, aber eben unerwünscht. Ganz im Stile der immer zahlreicher werdenden „Meldestellen“.

Die Älteren unter uns schlucken trocken. Waren wir nicht einmal stolz darauf, in einem Staat zu leben, in dem jeder frei und ohne Sanktionen frei reden konnte und „alles sagen, was er will“?

Gut, ganz so einfach war das in der Wirklichkeit auch früher nicht. Vor Jahrzehnten schon marodierten extremistische Stör-, Roll- und Prügelkommandos vor allem von

Hier warten wir nicht auf die Reaktionen der Öffentlichkeit. Dafür haben wir die „Zivilgesellschaft“, die fest in den Spielplan integriert ist



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de